Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 87 • Mai 2021 • 2,50 €

MAI

Gegen türkischen Staatsterror
Solidarität mit der HDP

DDR – Anspruch & Wirklichkeit
Ökonomie SBZ und DDR 1945 – 1949

Corona + Krise + Kapitalismus
Widerstand & Klassenkampf!

Inhalt

Klassenkampf

Fabrik-Zeitung
Auf die Straße am 1. Mai! 3

Österreich IA.RKP
Kampf dem Sozialraub! 7

International

Bolşevik Partizan
Aktuelles Nord-Kurdistan/Türkei
Verbotsklage gegen die HDP 9

Vorwärts auf den Spuren der Kommunardinnen 15

Antifaschismus Antirassismus

19. Februar 2021 – Ein Jahr Nazi-Anschlag in Hanau
Kein Vergessen! Kein Vergeben! Erinnern – Gedenken – Kämpfen! 17

Pandemie

Teil IV COVID-19 ist tödlich!
Tödlicher das kapitalistische System!
Ausweg: Sozialismus 35

Schwerpunkt

Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?
Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit
Teil 7 Ökonomie SBZ und DDR 1945 – 1949 35

Internationale Frauenkampftag!

8. März 2021 Flugblatt – Aktionsberichte
Frauenkampf ist Klassenkampf! 46

In Erinnerung

Nachruf
In unserem Kampf für Kommunismus wird unser Genosse weiterleben 53

Erklärung von Bolşevik Partizan & Trotz alledem!
An die Revolutionäre Öffentlichkeit 55

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de
trotzalledem.bplaced.net oder trotzalledem.org
V.i.S. d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe TA-LeserInnen und GenossInnen!

Treffen wir uns am revolutionären 1. Mai 2021 auf den Straßen! Lasst uns laut und sichtbar für eine andere Welt, für den Sozialismus demonstrieren. Krieg, Elend, Ausbeutung, Unterdrückung, Umweltvernichtung ist Alltag von Milliarden Werktätigen. Die Pandemie zeigt einmal mehr, wie marode das kapitalistisch-imperialistische System ist. Nur im entschlossenen Kampf – Klasse gegen Klasse – werden wir es bezwingen.

Revolutionär-demokratische Kämpfe können unsere Situation zwar verbessern, aber damit werden wir keinen fundamentalen Wandel erreichen. Die Alternative Sozialismus oder Untergang in der Barbarei heißt es konkret zu stellen. In der politischen Arbeit maximale Überzeugung in der ArbeiterInnenklasse über die Notwendigkeit des revolutionären Umsturzes der bestehenden Verhältnisse leisten! Die Organisierung vorantreiben.

In dieser Ausgabe findet ihr unter anderem Aktionsberichte, die zeigen, selbst in Zeiten von Corona ist es möglich und nötig unseren Protest auf die Straßen zu tragen.

In einer gemeinsamen Erklärung mit Bolşevik Partizan und einem Nachruf gedenken wir unseres Genossen Yusuf. Viel zu früh ist er im März an einer schweren Krankheit verstorben.

Der Kampf geht weiter …. **Euer Redaktionskollektiv**

TA hat eine neue Webseite – **trotzalledem.org**
Sie ist noch im Aufbau, aber ihr könnt schon mal vorbeischauen.

Wofür stehen wir?

Wir sind KommunistInnen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen ArbeiterInnenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis.

Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften KämpferInnen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der ArbeiterInnen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Eigentumsvorbehalt: Dieser Brief bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Briefes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 26 Mai 2021

Wann? – Wenn nicht jetzt! Auf die Straße am 1. Mai!

Klassenkampf gegen Krise & Kapital!

Uns reichts! Ein Jahr lang Abwälzen der Krise auf unsere Schultern durchs Kapital. Ein Jahr lang Pandemie, die uns ArbeiterInnen und Werktätigen am härtesten trifft. Ein Jahr lang Verweigerung des Staates und der Kapitalisten uns in der Produktion und in den Dienstleistungsbereichen, den Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen etc. zu schützen.

Ein Jahr lang bürokratische, unwirksame Strategien gegen die Corona-Epidemie um die Interessen der Großindustrie und Kapitalistenklasse bloß nicht einzuschränken.

Dagegen: **Einschränkung und Aushebelung** unserer demokratischen Grundrechte. Demonstrationsverbote bei vielen Anlässen: Am Jahrestag des mörderischen Anschlags in Hanau am 19. Februar 2021, für die Rechte von Geflüchteten, bei Arbeitskämpfen, wie Continental … In verschiedenen Städten wurden knallhart von Seiten der Polizei und Politik, Aktionen verhindert, das Verteilen von Flugblättern, das Verkaufen von Zeitschriften verboten. Obwohl Hygieneregeln eingehalten wurden.

Aber auf der anderen Seite: Der **tolerierte Aufmarsch** der faschistischen Bewegung von Corona-LeugnerInnen und QuerdenkerInnen durch Staat und Polizeiapparat. Seit Beginn der Corona-Pandemie geht das so. Mit der Ansage der Fascho-Organisatoren keinerlei Hygieneregeln einzuhalten. Und so marschieren sie zu Zehntausenden. Berlin, Stuttgart, München, Leipzig, Kassel … überall für sie die große Freiheit. **Absolute Covid-19 Spreader-Aktionen. Wen stört's schon?**

Den bürgerlichen PolitikerInnen aller Parteien geht's nur um eins: Bei den **Landtagswahlen** und der **Bundestagswahl** in diesem Jahr ihre Posten und Pöstchen zu behalten. Die PolitikerInnen und die Reichen schützen sich selber bestens. Sie brauchen sich um ihre Gesundheit keine Sorgen zu machen. Auch deswegen fällt eine **sinnmachende Pandemiebekämpfung**, die tatsächlich den **Schutz der werktätigen Menschen** in den Mittelpunkt stellt, aus. Hinzu kommt, der ganz normale Kapitalismus auch im politischen Betrieb: Ineffektive Bürokratie, föderalistisches Kleinklein, Bestechung, lukrative Geldmacherei mit Masken und Impfstoffen, „Lobbyismus" und so weiter. Das ist Regierungspolitik.

Und wir müssen das ausbaden, wir sollen gefälligst zur Arbeit und ansonsten uns möglichst einschließen. Auf keinen Fall unsere Stimme erheben. Herr Spahn diniert währenddessen im Luxusrestaurant mit seinen Wahlkampfsponsoren!

Pandemie in den Betrieben – kein Thema!

Die Lockdown-Politik der Regierung und Bundesländer hat seit Ausbruch der Pandemie **ganz gezielt** die Betriebe/Fabriken außen vorgelassen. Sicherlich auch ein Grund, warum sie so wenig effektiv war. Die Profite der Monopolgiganten sollen natürlich nicht angetastet werden.

Das Höchste der Gefühle ist, alle paar Wochen ein Appell von Merkel an die „Unternehmen" Testungen vorzunehmen. Alles leere Worte. Außer dem brutalen Skandal beim Tönnies-Fleischkonzern drang kaum etwas aus den Großbetrieben an die Öffentlichkeit. Aber es gab und gibt vielfache Corona-Ausbrüche und zwar gehäuft.

Nur eine kleine Auswahl: Im **Juli 2020** „Corona-Infektionen im Sprinter-Werk von **Mercedes Benz in Düsseldorf**, **November 2020**, **Daimler-Zulieferer ZF Friedrichshafen** muss sein Werk in Eitdorf wegen massivem Corona Ausbruch schließen. 91 von 700 ArbeiterInnen erkrankt! **März 2021** ein Ausbruch im

Mercedes-Werk in Rastatt. Unter der Schlagzeile „Daimler-Mitarbeiter erheben nach Corona-Ausbruch schwere Vorwürfe" heißt es in der Presse die Werksleitung lehne Tests ab. Aufgrund der Befürchtung vor erneuten Produktionsstopps verkündete der Stuttgarter Konzern „Arbeitskollegen sollten nicht als Kontaktpersonen angegeben werden." [1] Zur gleichen Zeit hat sich im **Ikea-Lager in Dortmund** ein lokaler Corona-Hotspot entwickelt! Ein Mitarbeiter besorgt: „Es passiert nichts". Im **Februar** größerer Corona-Ausbruch in einem der vier Logistikzentren des **Werkzeug-Handelsriesen Würth**.

Wieder einmal erweisen sich unsere ArbeiterInnenvertreter als ArbeiterInnenverräter. Die Gewerkschaften tragen die dem Kapital nützlichen Maßnahmen der Regierung ohne Wenn und Aber mit. Unsere Gesundheit wird dem Kapitalinteresse geopfert. „Unsere" Gewerkschaft sieht zu, wie wir ohne Schutz der Pandemie ausgesetzt werden. Keine Forderungen, keine Streiks, keine Kämpfe um unsere Gesundheit zu schützen!

Schluss mit Reformismus und Klassenversöhnlerei!

Beispiel: Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektrobranche

Die „Umstrukturierung" in der Autoindustrie und die Pandemie führen in den Betrieben zu Kurzarbeit. Unbezahlte Arbeitszeitabsenkung und Belegschaftsbeiträge führen aufgrund von Ergänzungstarifverträgen zu niedrigerem Lohn. Entlassungen, insbesondere von LeiharbeiterInnen laufen auf „Hochtouren".

Der Aufruf der IG Metall-Tarifkommission in der Tarifrunde 2021 war von vornherein keine Kampfansage sondern Aufforderung zur Klassenzusammenarbeit mit „Wir sitzen alle in einem Boot"-Sprüchen: *„Wir fordern die Arbeitgeber mit Nachdruck auf, nicht weiter auf Eskalation zu setzen, sondern gemeinsam mit uns nach Lösungen für die drängenden Fragen zu suchen und die Zukunft der Metall- und Elektroindustrie gemeinsam und konstruktiv zu gestalten."* [2]

Anstatt den Klassenkampf um zentrale Forderungen der KollegInnen aufzunehmen, fiel der IG-Metall nichts anderes ein, als an die **Zusammenarbeit mit den Konzernbossen** zu appellieren.

Das Entscheidende an der Tarifrunde 2021: Zum ersten Mal haben die Kapitalisten von vorneherein eigene Forderungen aufgestellt. Die Forderungen der IG Metall hatten sie einfach ignoriert.

Porth, Personalvorstand Daimler AG und Verhandlungsführer des Arbeitgeberverband Südwestmetall stellte offensiv und aggressiv, einen Forderungs-Mix [3] auf, der ein Schlag ins Gesicht der Belegschaften war und ist: Keine Entgeltsteigerungen, also Nullrunde! Vielleicht 2022 Einmalzahlung, aber sockelwirksame Tariferhöhung frühesten ab 2023. Mehr Flexibilität in den einzelnen Betrieben, Lohnverzicht. Einkassieren zahlreicher Sonderleistungen, wie Nachtzuschläge ab 19 Uhr, weitreichende Absicherung älterer ArbeiterInnen. Einführen der „Variabilisierung" der Weihnachtsgelder, in „schwierigen" Zeiten niedriger und in „guten Zeiten" höher.

Die Forderungen der Gewerkschaftsfürsten und ihre Antwort an die Kapitalisten war und ist erbärmlich: Läppische 4 Prozent mehr Lohn! Auch die erstmal wohlklingende IG Metall-Forderung nach einer 4-Tage-Woche hat einen großen Haken. KollegInnen hört, hört: Nicht bei vollem Lohnausgleich! Also Lohnkürzungen! Durchaus im Interesse der Kapitalseite.

Zentraler Angriff auf unsere bisherigen Rechte war aber die Forderung der Konzernbonzen aus den Flächentarifverträgen auszusteigen. Sie forderten offensiv, nur noch Verhandlungen zwischen **jedem einzelnen** Betrieb und den Gewerkschaften. Die Aushebelung der Flächentarifverträge hatte schon 2004 mit dem Pforzheimer Abkommen – dem die IG Metall zugestimmt hatte – begonnen. Die Chefs können weit in Flächentarifvertrag in einzelnen Betrieben eingrei-

Wie ist die ökonomische Lage?

Insgesamt geht es den Konzernen der Automobilindustrie prächtig. In einer Betriebsräteumfrage beurteilen 68 Prozent die Lage ökonomisch in ihren Betrieben als sehr gut bis normal.

Der IFO-Geschäftsklimaindex spricht von einer „aufgehellten Stimmung". Die Dividenden sprechen auch eine klare Sprache! Produktionseinbruch und Gewinnverdopplung sind kein Widerspruch. Das zeigen die präsentierten Jahreszahlen der Daimler AG.

Freuen durften sich vor allem die Aktionäre, denen eine üppige Dividendensteigerung in Aussicht gestellt wurde. Das Erfolgsrezept: drastische Senkungen der Lohnkosten durch Stellenstreichungen, erzwungener Gehaltsverzicht und staatliche Lohnsubvention in Form von Kurzarbeit.

Eine neue Studie von „Facing Finance" zeigt:

Den Beschäftigten mit Hilfe staatlicher Unterstützungsprogramme Geld aus der Tasche zu ziehen und es an die Aktionäre zu verteilen ist hierzulande bei fast allen Börsenkonzernen gang und gäbe.

1 www.hna.de/wirtschaft/inkompetente-werksleitung-daimler-mitarbeiter-erheben-nach-corona-ausbruch-schwere-vorwuerfe-zr-90247070.html 17.03.2021

2 Resolution Große Tarifkommission Tarifrunde BW, 24.02.2021

3 zukunft.suedwestmetall.de

fen und Veränderungen durchsetzen. Das sollte jetzt auf breiter Front zu Ende gebracht werden. Dem setzte die IG Metall nicht wirklich was entgegen!
Dabei wäre die Mobilisierung der ArbeiterInnen für Kampfmaßnahmen derzeit breit möglich. Die KollegInnen kochen vor Wut. Kurzarbeit, Arbeitsschikanen, verdichteter Arbeitsdruck, Auswirkungen der Pandemie. Über **600 000 ArbeiterInnen** sind aktiv bei den Warnstreiks rausgegangen.
Viele haben weitergehende Forderungen gestellt. Daran müssen wir KommunistInnen in unseren Betrieben anknüpfen und die Bewegung mit unseren KollegInnen zusammen vorantreiben.

Der Tarif-Abschluss – SIEG fürs Kapital auf der ganzen Linie! Wir werden verarscht! Jetzt kämpfen!

Ende März hat die IG Metall-Führung mit den Konzernbossen, noch vor Ostern, in NRW einen Deal für die Metall- und Elektroindustrie abgeschlossen. Der miese Ausverkauf unserer Interessen wird vom IG Metall Vorsitzenden Hofman gefeiert: *„erreicht haben wir, dass die Krisenfolgen fair verteilt und nicht einseitig bei den Arbeitnehmerinnnen und Arbeitnehmern abgeladen werden"*.
Das erbärmliche Ergebnis lautet:
Wir werden mit lächerlichen „Einmalzahlungen" abgespeist. Im Juni dieses Jahrs eine gnädige „Coronabeihilfe" von 500 Euro. Dann gibt's im Februar 2022 eine „Sonderzahlung" in Höhe von 18,4 Prozent eines Monatslohns. Diese steigt ein Jahr später auf 27,6 Prozent und soll in Zukunft jährlich gezahlt werden. Gleichzeitig gibt es dabei Einschränkungen, dass diese auch als „Teillohnausgleich" bei verkürzten Arbeitszeiten verwendet werden.
Im Klartext: Es gibt **faktisch keine Lohnerhöhungen!** Es gibt Almosen wie „Beihilfen, Sonderzahlung". Der letzte wirkliche Tarifabschluss war vor drei (!!) Jahren und lag bei 4,3 Prozent. Aber Achtung, durch die zusätzliche Vereinbarung die die IG Metall unterschrieben hat, sind auch diese nicht wirklich sicher. *„Durch einen automatischen wirksamen Entlastungsmechanismus für krisenbetroffene Betriebe"* der gemeinsam festgelegt wurde, können die gemachten Zusagen für die „Sonderzahlungen" für einzelne Betriebe einfach ausgesetzt werden. Der Flächentarif wird weiter aufgeweicht. Was auch sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass bei Übernahme dieses Abschlusses, die Frage der 35 Stundenwoche für den Osten auch unter den Tisch gefallen ist. Den NRW-Abschluss haben weitere Tarifgebiete übernommen. In Baden-Württemberg hat die IG-Metall noch weiter gehende Zugeständnisse gemacht.
Wir fordern weg mit diesem Ausverkauf unserer Interessen! Nutzen wir unsere Kampfkraft! Fordern wir reale Lohnerhöhungen und lassen wir uns nicht, wie so oft mit diesen billigen Almosen abspeisen!
Wenn wir verhindern wollen, dass die Krise nicht zugunsten der Konzerne und faschistischen Kräfte ausgeht, müssen wir für das Maximum kämpfen:
Gegen die Gewerkschaftsbonzen und gegen Illusionen in den Apparat. Ziel ist die Organisierung für den Klassenkampf wirklich **Klasse gegen Klasse** voranzutreiben und kommunistisch organisieren.
Das Kapital hat die Belegschaften völlig zersplittert, durch Leiharbeit, Werkverträge, Auslagerung. Zusätzlich zu den bereits seit langen bestehenden Spaltungslinie niedrigere Frauenlöhne, unterbezahlte Azubiarbeit usw.

Wir sind organisatorisch getrennt, aber arbeiten im gleichen Betrieb. Wir machen teils die gleiche Arbeit werden aber unterschiedlich bezahlt. Die vom Kapital geschürte Konkurrenz zwischen ArbeiterInnen auf allen Ebenen durch die Spaltungen. Das ist ihre Macht. Immer ums Maximum kämpfen heißt: Packen wir es an!
Bilden wir eigene Streik- und Kampfkomitees. Unsere Richtung ist das Klassenbewusstsein dahin zu entwickeln: Wir sind eine ArbeiterInnenklasse, wir sind eine Belegschaft.
Aber das Kapital spaltet auf vielen Ebenen. Daher

PARISER KOMMUNE

In Erwägung, dass wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns ein gutes Leben aufzubaun

18. März 1871 – Die Kommune von Paris hat vor 150 Jahren manifestiert: Die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ist machbar! Die bürgerlichen Staatsinstitutionen, Armee, Polizei, Bürokratie und Parlament wurden durch den Aufstand zerschlagen und abgeschafft. Das stehende Heer durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzt. Die Kommune organisierte die Verwaltung und Regierung von Paris durch direkte Wahlen des Volkes. Ihre KommunearbeiterInnen wurden gewählt und konnten jederzeit abgesetzt werden. Sie erhielten einen Lohn, der sich an den ArbeiterInnenlöhnen orientierte. Die Arbeitsbedingungen wurden für alle Werktätigen verbessert. Nachtarbeit der Bäcker wurde verboten. Frauen wurden rechtlich gleichgestellt. Sie konnten öffentliche Ämter ausüben und in der Miliz kämpfen. Ehescheidung wurde eingeführt. Eheliche und nichteheliche Kinder gleichgestellt. Strikte Trennung von Kirche und Staat wurde durchgesetzt. Betriebe wurden enteignet. Wohnungseigentum beschlagnahmt und Mieten gesenkt.

müssen die „Stammbelegschaften" sich gerade für die KollegInnen einsetzen, die verschärft ausgebeutet werden und bei gleicher Arbeit weniger verdienen. Für LeiharbeiterInnen und Arbeiterinnen. Ebenso für die KollegInnen in den Betrieben in Ostdeutschland, die immer noch weniger Lohn erhalten und mehr Stunden arbeiten müssen.

Organisieren wir die Solidarität der Werktätigen untereinander! Lassen wir die Fabrikherren in ihren Fabriken allein!

Gerade in der Metallindustrie, in den Großkonzernen der Autoindustrie, haben wir ArbeiterInnen uns über Jahrzehnte viele Rechte erkämpft. Unsere Forderung in der sich verschärfenden Pandemie ist: Alle Betriebe in nicht lebensnotwendigen Bereichen sofort schließen! Voller Lohnausgleich für alle Werktätigen!

Maximaler Gesundheitsschutz für alle Arbeitenden! Kürzere Schichten! Mehr Lohn! Ohne Kampf wird das nicht gehen! **Wenn die übergroße Mehrheit der Werktätigen, der ArbeiterInnen nicht bei ihrer Arbeit erscheinen, dann wird es aber gehen!**

Das ist ein Muss für unsere Gesundheit! Dann werden die Herrschenden sehen, dass Profit sich ohne unsere Arbeitskraft nicht von selbst generiert!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Weg mit Leiharbeit und Niedriglöhnen! Gleiche Rechte für alle ArbeiterInnen in einem Betrieb! In Ost und West!

Gegen Rassismus, Patriarchat, Faschismus! Gegen neokoloniale Unterdrückung der abhängigen Länder". Schluss mit Krieg und Aufrüstung! Das herrschende System Kapitalismus und Imperialismus angreifen! Nicht mehr auf faule Kompromisse bauen! In den Gewerkschaften und auf der Straße unsere revolutionär-demokratischen Forderungen durchsetzen!

Wir müssen – auch in dieser Situation – den **Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für den Sozialismus** – konsequent vorantreiben. Wir müssen mutig bleiben und jeden Tag aufs Neue unsere Klassengeschwister **davon** überzeugen: Dieses System hat keine Zukunft **für uns!**

FLUGBLATT

Österreich

IA.RKP Initiative für den Aufbau einer Revolutionär Kommunistischen Partei

Kampf dem Sozialraub! Arbeitslosigkeit bekämpfen – Arbeitslosenunterstützung erhöhen!

Laut AMS [1] sind mit Jänner 2021 ca. 521 000 Menschen in Österreich ohne Job. Ein Anstieg im Vergleich zum vorherigen Jahr um 28 Prozent. Der mit Jahreswechsel 2020/21 zu erwartende Anstieg von Kündigungen, verursacht durch das Ausbleiben zahlreicher Förderprogramme der Regierung hat nun noch deutlicher eingesetzt.

Auch die Zahl der Personen in Kurzarbeit, unter staatlicher Förderung bis März, stieg in der 2. Jahreshälfte 2020 nochmals auf ca. 417 000 Personen an. Statistisch nicht erfasst werden dabei Menschen, die, unter der Gefahr arbeitslos zu werden, in andere Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Vollzeit auf Teilzeit) gedrängt wurden. Derzeit werden zudem 136 620 Menschen vom AMS als Langzeitarbeitslose geführt (+37,3 Prozent).

Wir können hierbei also schon von Verhältnissen der Massenarbeitslosigkeit und bestehenden bzw. drohenden Massenarmut für große Teile der ArbeiterInnen und Volksmassen sprechen. Schuld daran ist aber nicht das Corona-Virus an sich, sondern die bürgerliche Politik und die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus.

Die sich bereits 2019 abzeichnende Wirtschaftskrise, wird durch restriktive und antidemokratische Maßnahmen der Regierung sowie dem Festhalten der großen Kapitalisten an ihren Profitinteressen verschärft. Da die Krise auch noch nicht ausgestanden ist und einige offene Fragen zur Erholung bestehen, ist mit weiteren Betriebsschließungen und Konkursen einerseits und mit zunehmenden Angriffen von Staat und Kapital auf bestehende Arbeits- und Sozialrechte, sowie andererseits mit Versuchen bestehende Kollektivverträge zu unterlaufen, zu rechnen.

Bereits jetzt zeigt sich, dass sich trotz Krise die Profite vieler monopolkapitalistischer Unternehmen erhöht haben. Krisengewinnler konnten auch 2020 in der Spekulation mit Wertpapieren, Firmenanteilen, Immobilien und der Technologie- und Rüstungsindustrie Profite in Rekordhöhe erzielen.

Die Vermögen von allein rund 2 200 Einzelpersonen weltweit wird mit 10,2 Billionen Dollar beziffert. 2021 werden auch zahlreiche Pharmamonopole ihre Gewinne ins praktisch unermessliche steigern können.

Diese offensichtliche Ungerechtigkeit ändert nichts daran, dass vom Staat auch nach unmittelbarem Ende von Covid-19 mit einem noch krasseren neoliberalen Kurs zu rechnen ist, bei dem wieder einmal die Krisenlasten den ArbeiterInnen und Volksmassen auferlegt werden. Zum Ausgleich des staatlichen Budgetdefizit, sollen die Massensteuern erhöht und zur Wiederherstellung der Profite der Kapitalisten die Löhne gesenkt werden. Der zu erwartende Lohnabbau für die kommenden zwei Jahre wird bereits von der WKÖ [2] prognostiziert.

Teuerung, Inflation, die Zunahme von prekären Arbeitsbedingungen im Niedriglohnsektor sowie die neoliberale Programmatik des Unterlaufens von Kollektivverträgen und Kündigungsschutz führen zum steten Absinken der Realeinkommen.

Der neue ÖVP-Arbeitsminister Martin Kocher, der in geradezu menschenverachtender Weise meinte, ein höheres Arbeitslosengeld würde bei den Leuten den

1 AMS – Arbeitsmarktservice Dienstleistungsunternehnmen des öffentlichen Rechts, Österreich (Anm. TA)

2 WKÖ – Wirtschaftskammer Österreich (Anm. TA)

Anreiz für die Arbeitssuche verringern, sprach sich im Jänner sogar für die Senkung der Nettoersatzrate aus. Kocher weiß als ehemaliger Direktor des neoliberalen Instituts für Höhere Studien ganz genau was er tut. Seine Hetze gegen den noch verbliebenen Sozialstaat sowie Mindestlöhne verfolgt ein klares Ziel im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse:
Hohe Arbeitslosigkeit dient den Kapitalisten nämlich als Druckmittel dafür Löhne und arbeitsrechtliche Standards zu senken (industrielle Reservearmee). Betriebsschließungen, selbst von profitablen Werken, wie am Beispiel von MAN-Steyr, zeigen die Untätigkeit und den Unwillen der Regierung an dieser Situation etwas zu ändern. Während den Großunternehmen relativ breit Umsatzgarantieren aus Steuergeldern gegeben werden, müssen unverschuldet in Arbeitslosigkeit geratene massive Abschläge im Realeinkommen hinnehmen, oder werden mit simplen Einmalzahlungen abgespeist.
Entgegen der Lügen von Kurz & Co hat Österreich im internationalen Vergleich mit ca. 55 Prozent ein sehr geringes Arbeitslosengeld. Selbst andere bürgerliche Staaten, wie die Schweiz (79 Prozent), Portugal (76), Dänemark (74) oder die Niederlande (74), haben deutlich höhere Nettoersatzraten. Niedriger als in Österreich ist die Unterstützung hingegen in Polen und Rumänien.
Der Kampf um jeden Arbeitsplatz und für eine Arbeitslosenunterstützung, die nicht an oder unter der Armutsgrenze liegt ist die Aufgabe der Stunde!

Schluss mit der Hetze gegen Arbeitslose! Die Kapitalisten sollen Ihre Krise selber zahlen! Widerstand gegen das sozialfeindliche Regime aufbauen! Für eine wirkliche ArbeiterInnen-Opposition!
Wir treten für die Schaffung einer Sozialversicherung ein, die auch in der Krise den Menschen ein Leben frei von Armut und Verschuldung sichert. Wir fordern die Anhebung des Arbeitslosengelds von derzeit durchschnittlich 55 Prozent auf 80 Prozent der Nettoersatzrate für die Dauer der gesamten Arbeitslosigkeit! Die Mindestsicherung muss auf mindestens 1.500, – Euro angehoben werden!
Beschränkung der Normalarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
Vollständige Rückzahlung von staatlichen Subventionen durch Betriebe, die Subventionen in Folge der Corona-Pandemie kassiert haben, ihre Werke aber dann schließen!
Die 100%ige Lohnfortzahlung im Falle zeitweiliger Betriebsschließungen auf Basis behördlicher Anordnung!

Auf zur österreichweiten Aktionswoche vom 22. bis 27. Februar!

IA.RKP Initiative für den Aufbau einer Revolutionär Kommunistischen Partei
www.iarkp.wordpress.com

19.02.2021

Aus dem Inhalt

„Corona" ist kein Produktionsverhältnis und das Virus ist nicht der Klassenfeind – Rückblick 2020 und Ausblick

Forderungen im Zusammenhang mit der „Corona-Epidemie" und der restriktiven und repressiven Politik der Regierung

Gegen den neuen Krieg im Kaukasus – Für die Solidarität der Völker

Genosse Manuel Sarmiento gestorben!

Jose Maria Sison:
Zum gegenwärtigen Charakter der philippinischen Wirtschaft

Ines Armand (1874-1920), aufrechte Kämpferin für die Weltrevolution

Lenin zur Frage des
revolutionär-demokratischen Kampfes in imperialistischen Ländern

Antwort auf den Leserbrief zum Hanau-Flugblatt von Trotz Alledem!

zu beziehen unter:
Stiftgasse 8 A 1070 Wien, Österreich – ia.rkp2017@yahoo.com

Internationalismus

Aktuelles aus Nordkurdistan/Türkei

Artikel von Bolşevik Partizan

Vorbemerkung TA

In Nordkurdistan/Türkei verändert sich die politische Tagesordnung rasant. Was sich aber nicht verändert, ist der alltägliche Faschismus nach innen und die neo-osmanische, imperiale Politik nach außen. Die Erdoğan/AKP-Regierung intensivierte mit der Unterstützung der faschistischen MHP brutale Angriffe gegen die revolutionären und demokratischen Kräfte, vor allem aber gegen die kurdische Nationalbewegung mit ihrer wichtigsten und stärksten Organisation PKK. Dagegen entfaltete sich erbitterter Widerstand.

Die AKP/MHP-Koalition firmiert unter dem Namen „Bündnis des Volkes" (Cumhur İttifakı). Sie schont auch die bürgerliche Opposition nicht, die sich im „Bündnis der Nation" (Millet İttifakı) um die CHP schart. Sie wird von der AKP/MHP-Koalition als 5. Kolonne – vor allem des US-Imperialismus – tituliert, der Unterstützung des „PKK-Terrorismus" beschuldigt und gleichzeitig zur Zielscheibe faschistischer Angriffe gemacht.

Die bürgerliche Opposition ist selbst türkisch-nationalistisch und faschistisch, wenn es um den Kampf des Staates gegen den „Separatismus", das heißt gegen den Kampf der kurdischen Nation für ihre nationalen Rechte, ihre Selbstbestimmung und vor allem für einen eigenen Staat, geht. Die „Opposition" versucht sich von den AKP/MHP-Beschuldigungen reinzuwaschen, indem sie sich lauter als die AKP als die „wahre Vertreterin der Nation", d.h. der türkischen Bourgeoisie empfiehlt.

In der Innenpolitik gibt es zwischen dem regierenden Block und der bürgerlichen Opposition keinen wesentlichen Unterschied, was die „Kurden-Politik" betrifft.

In der Außenpolitik führt die Regierung einen offensiven, imperial aggressiven Kurs, der auch vor militärischen Aktionen außerhalb der Grenzen des Staates Türkei nicht zurückschreckt: Die Besatzungsoperationen in West-Kurdistan (Nordsyrien) 2018-2019, die Errichtung von dutzenden Militärstützpunkten in Süd-Kurdistan (Nordirak) und die fast täglichen Bombardierungen in diesen Gebieten.

Die Installation von Militärstützpunkten in Libyen und nicht zuletzt die massive Unterstützung Aserbaidschans im Krieg gegen Armenien in Artzakh (Berg Karabach).

Im Ost-Mittelmeer und in der Ägäis versucht die AKP/MHP-Regierung die Seegrenzen der Türkei (d.h. der türkischen Bourgeoisie) zu erweitern. Sie ist bereit und willens, die Türkei, wenn nötig auch in Konfrontation mit den imperialistischen Mächten, als einen der entscheidenden Machtfaktoren, als einen der politischen Hauptakteure zu etablieren. Diese Haltung der Regierung tangiert natürlich auch die Interessen der Imperialisten.

Deswegen und nicht etwa wegen der „Verachtung der Menschenrechte", der „Angriffe auf demokratische Rechte", der „Abschaffung der Gewaltenteilung", der „Errichtung einer Ein-Mann-Diktatur" etc. wie viele, auch linke, oppositionelle Kräfte in der Türkei meinen, ist die Erdoğan/AKP-Regierung heute vor allem den westlichen Imperialisten ein Dorn im Auge. Denn sie formuliert offen neo-osmanische, imperiale Ziele und versucht, sie Schritt für Schritt umzusetzen.

Die Imperialisten wittern die Gefahr des Heranwachsens eines „unkontrollierbaren" Konkurrenten im Nahen Osten. Sie würden diese Regierung lieber heute als morgen durch eine „vernünftige", d.h. ihren Wünschen entgegenkommende Regierung ablösen. Da bietet sich die bürgerliche Opposition, die die Außenpolitik der Erdoğan-Regierung „abenteuerlich" findet, als die „vernünftige Alternative" an.

Diese Opposition sieht „im Westen" den Hort von „Demokratie und Menschenrechten". Sie erwartet von der Biden-US-Administration und von der ach so „demokratischen" EU mit ihren „universellen demokratischen Werten!" Unterstützung für die Demokratie in der Türkei und fordert scharfe Sanktionen gegen die Erdoğan-Regierung.

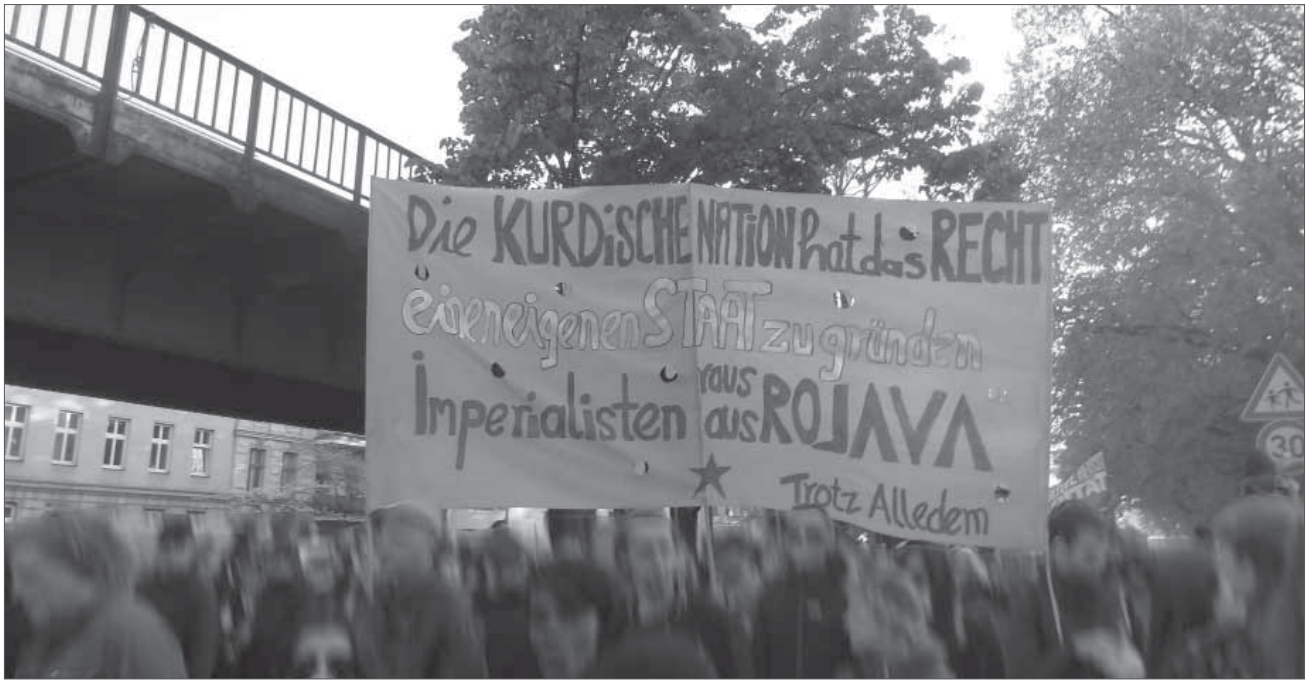
Allerdings sitzt diese Regierung noch ziemlich fest im Sattel. Trotz einer sich auch durch die Pandemie vertiefenden ökonomischen Krise und trotz sich entwickelnder Massenkämpfe gegen die Regierungspolitik. Und das, obwohl sie einen, von der CIA kontrollierten und von einer religiös angehauchten, westlich orien-

tierten Organisation [1] gestarteten Militärputsch 2016 überlebt hat. Auch wenn die bürgerliche Opposition jeden Tag das Ende dieser Regierung verkündet.
Die „Linke" und auch der Großteil der leider sehr schwachen revolutionären Linken, hat nicht vermocht, eine von der bürgerlichen Opposition unabhängige, revolutionäre Alternative zu entwickeln.
Dabei spielt die tiefe Spaltung des Großteiles der Gesellschaft in zwei Lager die Hauptrolle. Für das eine Lager ist Erdoğan das schlimmste Unglück der Türkei, ein selbstsüchtiger, größenwahnsinniger Diktator, ein Möchtegern-Sultan, der alles allein bestimmt, der durch seine außenpolitischen Eskapaden die Türkei von all ihren Freunden isoliert und ins Verderben führt.

1 Die Zentrale der Gülen Organisation (Gülen-Bewegung), benannt nach Fethullah Gülen, Imam und Sektenführer sitzt in Pennsylvania, USA. Seit den 1970er arbeitete sie daran, den türkischen Staat „von unten" zu erobern, in dem sie, in Gülen-Institutionen (Schulen, Hochschulen) ausgebildete Kader in Positionen im Staatsapparat brachte. Zugelassen, bzw. aktiv unterstützt von allen türkischen Regierungen. Die AKP selbst hat sich in ihrer Rivalität gegen die herrschende kemalistische Bürokratie auch auf die Gülen-Bewegung gestützt. So entwickelte sich im Laufe der Zeit ein Parallelstaat im Staat. Als die Gülen-Organisation immer mehr politische Macht forderte, zerbrach 2012 die Koalition zwischen Erdoğan/AKP und der Gülen-Bewegung. Ein erbitterter Machtkampf brach aus, wobei die ganze bürgerliche Opposition von der Gülen-Bewegung in ihrem angeblichen Kampf gegen die Ein-Mann-Diktatur, gegen Korruption, für Demokratie etc. instrumentalisiert wurde. Als die Gülen-Bewegung in dieser Auseinandersetzung ihre Bastionen im Staat nach und nach verlor und der Ausschluss von über 2000 Offizieren, darunter die Hälfte der Generäle, die Armee an die Reihe kam, hat sie als Ultima Ratio am 15.07.2016 einen erfolglosen Militärputsch angezettelt.

Für das andere Lager ist Erdoğan ein Geschenk Gottes für die Türkei. Er ist derjenige, der eine neue Türkei aufbaut und sie in eine helle Zukunft und zu alter Größe zurückführt.
Die „Linke", leider auch der Großteil der revolutionären Linken, schließt sich, anstatt eine eigenständige Politik gegen den türkischen faschistischen Staat zu entwickeln, dem ersten Lager an. Die Devise lautet, egal wie, egal mit wem – heute ist die Hauptsache, die Erdoğan-Regierung loszuwerden.
Einige wenige revolutionäre Organisationen versuchen eine dritte, von diesem Lagerkampf der Herrschenden unabhängige Kampffront aufzubauen. Diese Kampffront richtet sich nicht nur gegen die heutige AKP/Erdoğan-Regierung, sondern gegen den faschistischen türkischen Staat, gegen den Staat der türkischen Bourgeoisie insgesamt.
Eine dieser Organisationen ist die Bolschewistische Partei (Nordkurdistan/Türkei), die beharrlich am Aufbau der Kommunistischen Partei als Hauptwaffe im Kampf des Proletariats für die Befreiung arbeitet. In die demokratischen Massenbewegungen der kämpferischen ArbeiterInnenbewegung, der kurdischen Befreiungsbewegung, des militanten Frauenwiderstands und aller Unterdrückten trägt sie die einzig mögliche Alternative, Revolution und Sozialismus.

Nachfolgend veröffentlichen wir zwei Erklärungen zu aktuellen Entwicklungen in Nordkurdistan/Türkei. Leider gibt es bisher nur wenige Übersetzungen der aktuellen Positionen von Bolșevik Partizan (NK/T) in deutsch.



Letzte Station der Lynchkampagne gegen die KurdInnen: Verbotsklage gegen die HDP

Der Oberstaatsanwalt der Republik Bekir Şahin beim Kassationsgericht hat eine Verbotsklage beim Verfassungsgericht eingereicht. In seiner „Anklageschrift" wird der HDP [1] vorgeworfen, „Die Mitglieder der HDP" würden „mit ihren Worten und Taten darauf abzielen, die unverbrüchliche Einheit zwischen dem Staat seiner Nation zu verletzen und abzuschaffen." In der „Anklage" wird die HDP mit der PKK gleichgesetzt. Der zuständige Oberstaatsanwalt beantragte neben dem vollständigen Verbot der HDP auch ein Verbot der politischen Tätigkeit für 687 HDP-PolitikerInnen.

Vom Verhandlungstisch zum Verbot!

Wie vielfach bekannt ist, entwickelte sich zwischen 2012 und 2015 in der Türkei ein sogenannter „Lösungsprozess". In diesem Zeitraum liefen zwischen der AKP-Regierung im Namen des türkischen Staates und der PKK Verhandlungen auf verschiedenen Kanälen für die „friedliche Lösung" der kurdischen Frage. Einige führende HDP-PolitikerInnen hatten damals mit Wissen und Zustimmung des faschistischen türkischen Staates in diesen Verhandlungen als NachrichtenübermittlerInnen und ModeratorInnen zwischen dem Staat/Kandil [2]/Imralı [3] fungiert.

Im April 2015 hat der kolonialistische türkische Staat diesen Prozess einseitig beendet. Seitdem ist die erklärte Politik des türkischen Staates die militärische Vernichtung der PKK. Mit allen dem türkischen Staat zur Verfügung stehenden Mitteln wird seitdem ein Vernichtungskrieg gegen die PKK, nicht nur in Nord-, sondern auch in Süd- und Westkurdistan geführt. Bei diesem ungerechten, kolonialistischen Krieg leidet vor allem das zivile kurdische Volk. Dieser Krieg geht auch heute intensiviert weiter.

Die bürgerlichen Medien leisten in diesem Krieg als Hetzer zu Lynchkampagnen gegen alle Menschen, die die PKK nicht als terroristische Organisation verdammen, vor allem gegen die HDP, ihren unheilvollen Dienst.

Der sich als links gebende Faschist Doğu Perinçek [4], „Lieblingsdiskutant" in politischen Diskussionsrunden der bürgerlichen, (pro-AKP) TV-Sender hat als Erster das Verbot der „separatistischen" HDP gefordert. Aufgegriffen und übernommen wurde die Forderung vom Führer der faschistischen MHP, Devlet Bahçeli. Seit Monaten forderte er die „Oberstaatsanwaltschaft der Republik" auf, ihres Amtes zu walten.

Diesem Ruf ist die Oberstaatsanwaltschaft am 2. März gefolgt. Es wurde eine offizielle Untersuchung gegen die HDP angeordnet. Am 17. März wurde das Ergebnis dieser „Untersuchung" als „Anklageschrift" mit der Parteiverbotsforderung beim Verfassungsgericht eingereicht. So sieht die Antwort der angeblich unabhängigen Justiz aus auf die seit Monaten laufende Kampagne, vor allem der MHP-Faschisten.

Natürlich ist diese „Anklageschrift" zugleich ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bahçeli und Erdoğan und seiner AKP, die sich in der Frage des Parteiverbots erstaunlich zurückgehalten hatte.

Warum wurde gezielt der 17. März gewählt? Weil genau an diesem Tag im Jahr 1994 die ParlamentarierInnen der damaligen „Partei der Demokratie", deren Immunität kurz vorher aufgehoben worden war, im Parlament verhaftet und mit Polizeigewalt aus dem Parlament hinausgetragen worden waren.

Der Oberstaatsanwalt des faschistischen Staates übermittelt mit genau diesem Datum seiner Anklageschrift

1 Alle Anmerkungen sind von der Übersetzerin zum besseren Verständnis deutschsprachiger LeserInnen.
HDP (Halklarin Demokratik Partisi) „Demokratische Partei der Völker" ist die drittstärkste der im türkischen Parlament (TBMM Große National Versammlung der Türkei) vertretenen Parteien. Sie ist die einzige Partei, die in der nationalen Frage das heutige System in Frage stellt. Mit einem Stimmenanteil über zehn Prozent spielt sie eine entscheidende Rolle. Sie hat sich bei den letzten Wahlen sich der bürgerlichen Opposition angehängt.

2 Im Kandil-Gebirge in Südkurdistan (Irak) befindet sich die Leitungsebene der PKK-Guerilla.

3 Auf der Gefängnisinsel Imralı ist seit mehr als 22 Jahren der Gründer der PKK Abdullah Öcalan als Geisel des Staates festgesetzt und wird in Isolationshaft gehalten. Von allen Ebenen der PKK wird er als „Serok Apo" (Vorsitzender Apo) in Worten als unumstrittener Führer anerkannt. In der politischen Praxis wird allerdings vielfach von der Leitungsebene entgegen seiner Vorstellungen agiert.

4 Doğu Perinçek ist schon 1972 von İbrahim Kaypakkaya, Gründer der TKP/ML als ein Erzkemalist bekämpft worden. Er ist Gründer der damals, sich als „Mao Zedong Ideen"-Anhängerin ausgebenden illegalen „TİİKP" (Revolutionäre Arbeiter Bauern Partei der Türkei). Als erzkemalistischer Faschist, Parteichef der „Vatan Partisi" (Heimatpartei) ist er einer der eifrigsten Verteidiger der imperialen Regierungspolitik im Namen des Kampfes gegen den Imperialismus!

der HDP die Botschaft, *‚Euer Ende wird genauso, wie das eurer Vorgänger sein, die wir über zehn Jahre in Gefängnissen als Geiseln inhaftiert hatten.'*

Gegen fast alle ParlamentarierInnen, die von der kurdischen Bevölkerung als VertreterInnen ihres politischen Willens gewählt und ins Parlament entsandt worden sind, sind dutzende von Klagen erhoben worden und werden täglich noch immer neue Klagen erhoben. Die Staatsanwälte liefern sich einen obskuren Wettbewerb der Anklageerhebung gegen fast jede auch am Parlamentspult gehaltene Rede bzw. Erklärung der HDP-Abgeordneten.

Bisher wurde 13 HDP-ParlamentarierInnen die Immunität aberkannt. Am 17. März wurde auch die Immunität des HDP-Parlamentariers und Menschenrechtsaktivisten Haluk Gergerlioğlu aufgehoben. Er war mit 90 000 Stimmen in Istanbul gewählt worden.

In den Regionalwahlen am 31. März 2019 wurden in verschiedenen Wahlbezirken insgesamt 65 HDP-Kandidaten als BürgermeisterInnen gewählt. Bei sechs von ihnen wurde die Wahl für nichtig erklärt mit der Begründung, sie seien mit einer „Verordnung im Rang eines Gesetzes" [5] vom Staatsdienst entlassen worden. In 49 Orten wurden die gewählten HDP-BürgermeisterInnen mit einer Verfügung des Innenministeriums

5 Vier Tage nach dem gescheiterten Militärputsch am 15.06.2016 wurde im Parlament der Ausnahmezustand beschlossen und der Regierung die Möglichkeit gegeben mit „KHK" (Kanun Hükmünde Kararname) Erlasse zu regieren. Zehntausende wurden mit KHK s vom Staatsdienst entlassen.

Deutscher Imperialismus und „System Erdoğan" – Wohin geht die Reise?

BRD-Diplomat Erdmann im Ruhestand, gibt nach fünf Jahren Türkeiaufenthalt eindeutige Handlungsanweisungen wie der deutsche Imperialismus die „türkischen Verhältnisse" zu regeln habe. Im Interview mit dem Tagesspiegel antwortet Erdmann auf die Frage: *„Wie könnten Deutschland und Europa besser mit der Türkei umgehen?"* wie folgt: *„Wir müssen auf den **Tag danach blicken** – den Tag, an dem diesem System die politische Puste ausgegangen ist. Und es gibt so viele Anzeichen für die Erosion des Systems Erdoğan: Parteigründungen von ehemaligen Weggefährten, Parteiaustritte; die Meinungsumfragen gehen in den Keller. Wir müssen eine Brücke bauen. Wie machen wir das? Indem wir nicht nur einseitig auf die Regierungsbank blicken und dort unsere Kontakte pflegen. Das müssen wir zwar ohnehin tun, aber wir müssen **viel mehr auf die Opposition** zugehen, Kontakte zur Opposition aufbauen, ein Vertrauensverhältnis, menschliche Netzwerke mit der Opposition und der Zivilgesellschaft – damit **wir am Tag danach mit einer neuen Führung kraftvoll in die Zukunft gehen können**."* [1]

Weg mit der Erdoğan-AKP/MHP-Regierung! Klarer Aufruf zum Regimechange! Mit der Maßgabe die Opposition in der Türkei, also die faschistische CHP und die ebenso faschistische İyi-Partei, plus die bürgerlich-demokratische HDP, die, wenn überhaupt, nur die Funktion eines Feigenblatts übernehmen darf, an die Macht zu hieven. Mit „Wir" meint Herr Erdmann „Deutschland und Europa", vor allem aber den deutschen Imperialismus, die mit der **„neuen Führung" der Opposition vorausmarschieren** werden.

Klare Ansage, wer hier Herr ist und wer der Knecht! Dieser Regierungswechsel soll Garant für die deutsche Monopolbourgeoisie und die EU sein um ihre Interessen in der Türkei und im Mittleren Osten **effektiver** durchzusetzen. Denn das „System"-Erdoğan ist für den deutschen Imperialismus, für alle westlichen imperialistischen Mächte kein „verlässlicher Partner" mehr. Es hat sogar die Unverschämtheit, die eigenständigen Interessen der türkischen Bourgeoisie zu formulieren und versucht diese auch durchzusetzen. Für ihre imperialen Absichten und Ziele nutzt die türkische Großbourgeoisie, die **Konkurrenz** zwischen Russland, China und Amerika, Deutschland, EU aus. Aber das will der Westen unbedingt verhindern. Um das Erdoğan-Regime los zu werden, wird, wie so oft in diesen Fällen, die Verteidigung der Demokratie, der Freiheits- und Menschenrechte bemüht. Das ist eine große Lüge. Das Erdoğan-Regime ist ein Dorn im Auge der Imperialisten, weil es nicht mehr unter seiner direkten Kontrolle steht bzw. sich nach und nach ihrer Kontrolle entzieht. Und nicht etwa weil es faschistisch ist, was Fakt ist. Eine Regierungsablösung durch die Opposition unter Führung der CHP wird den faschistischen Charakter des türkischen Staates **keinen Deut** verändern. Allerdings werden die westlichen Imperialisten, dann wieder einen willfährigen Bündnispartner in der Türkei haben, der nicht aus der Reihe zu tanzen versucht!

Wir schließen uns der Einschätzung von Bolşevik Partizan an:

Nur wenn die revolutionäre, kommunistische Bewegung eine eigenständige Politik gegen die herrschende Klasse und Politik entfaltet, wird sie eine tatsächliche Alternative entwickeln können. Gemeinsam mit der kurdischen Befreiungsbewegung und den Werktätigen der Türkei für die demokratische Revolution, mit der Perspektive für den Sozialismus kämpfen – das ist die Aufgabe des Tages!

TA-Redaktion

1 „Erdoğan beraubt das Land seiner Zukunft", TSP, 01.04.2021

aus ihren Ämtern „entfernt" und durch „Treuhänder" ersetzt. Das alles zeigt klar, dass in Nordkurdistan/Türkei nicht einmal bürgerliches Recht existiert. Gegenüber der HDP wird das Kriegsrecht angewandt.

Parteiverbote sind nichts Neues

Der türkische faschistische Staat ist in puncto des Verbots politischer Parteien sehr berüchtigt und „erfahren". In den Parteiverbotslisten rangieren die kurdischen Parteien in der ersten Reihe. Die erste Vorgängerpartei der HDP war die am 25. Juni 1992 gegründete „Partei der Freiheit und Demokratie" (Özgürlük ve Demokrasi Partisi). Bereits am 30. April 1993 wurde sie verboten. Auch die am 7. Juni 1990 gegründete HEP (Halkın Emek Partisi) „Partei der Arbeit des Volkes", deren Vorsitzender Ahmet Türk war, ereilte am 14. Juli 1993 dasselbe Schicksal. Die von Hatip Dicle angeführte und am 7. Mai 1993 gegründete Demokratie Partei, DEP (Demokrasi Partisi), wurde am 16. Juni 1994 verboten. Bereits vor Auflösung der Partei durch das Verfassungsgericht hatten die FührerInnen der DEP die HADEP gegründet. Nachdem die HADEP aus den gleichen Gründen am 13. März 2003 verboten wurde, wurde die DEHAP gegründet. Diese löste sich, nachdem gegen sie ein Verbotsverfahren angestrengt worden war, am 17. August 2005 selbst auf. Die gleiche Gruppe hat am 9. November 2005 die DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft) gebildet, die wiederum vom Verfassungsgericht am 11. Dezember 2009 aufgelöst wurde. Die „Frieden und Demokratie Partei", BDP (Barış ve Demokrasi Partisi) gründete sich am 2. Mai 2008. Am 11. Juni 2014 änderte sie ihren Namen in „Demokratik Bölgeler Partisi" (Demokratische Partei der Regionen). [6] Die HDP wurde am 15. Oktober 2012 gegründet. Es scheint so, dass sie sich nun in die Reihe der verbotenen Parteien einreihen wird.

In der bürgerlichen Politik der Türkei läuft es häufig so, dass jeder/jede, die in der Politik aus der Reihe tanzt und gegen die Interessen der Herrschenden agiert, bestraft wird. Das ist die Essenz der faschistischen Politik in Nordkurdistan/Türkei. Die türkischen herrschenden Klassen wollen in ihrem Parlament nur ParlamentarierInnen dulden, die für ihre Interessen stimmen. Sie fordern von der HDP, zu erklären, dass die PKK eine terroristische Organisation und zu verurteilen sei. Wenn die HDP dieser Forderung nicht nachkommt, wird sie selber zum Terrorhelfer und ja, zur terroristischen Organisation erklärt. Sie wird systematisch unter Druck gesetzt, verfolgt, terrorisiert. Tausende HDP-Mitglieder und AnhängerInnen werden in den Knast gesteckt. Jedes Mittel ist recht, um die HDP mundtot zu machen. Die HDP ist nicht nur die Zielscheibe staatlichen Terrors. HDP-Mitglieder, ihre Büros etc. werden auch von zivilen faschistischen Banden überfallen.

Es waren gerade zwei Wochen vergangen, seit Erdoğan seinen „Reformplan" hinsichtlich der „Wahrung der Menschenrechte" in der Türkei vorgestellt hatte, als die Immunität des HDP-Parlamentariers Gergerlioğlu aufgehoben und der Verbotsantrag gegen die HDP in die Wege geleitet wurde. Damit wurde noch einmal klar, dass die Worte der Herrschenden über die „Demokratisierung" in der Türkei nichts als leere Worthülsen sind. Jede/r ParlamentarierIn, der/die gewählt wird, ist dazu verpflichtet die Interessen ihrer WählerInnen zu verteidigen und ist ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig.

Die HDP-ParlamentarierInnen handeln nach dieser Devise. Sie erklären auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass sie gegen „jede Art von Gewalt" sind, dass sie dafür arbeiten, dass kein Blut mehr fließen soll, dass sie nicht für eine Separation/Abtrennung sondern für die Einheit eintreten, dass die Lösung der kurdischen Frage deswegen die Voraussetzung ist etc. Die Herrschenden haben ihr eigene

6 Eine HDP-Parlamentarierin hat sich dieser Partei angeschlossen, so dass sie nun im Parlament eine Vertreterin hat. Es wird darüber spekuliert, ob nach einem eventuellen Verbot der HDP, diese Partei dann ihren Platz einnimmt.

Agenda, die sie der ganzen Gesellschaft überstülpen. Für sie ist schon die Nennung der nationalen Rechte für KurdInnen „Separatismus".

In Nordkurdistan/Türkei erleben wir eine Periode, in der Rassismus, Chauvinismus, Nationalismus ihre wilden giftigen Blüten treiben. Die Palaver der VertreterInnen der Herrschenden über die Türkei als „demokratischer Rechtsstaat" können die ungehemmten rassistischen und chauvinistischen Angriffe nicht verdecken. Der faschistische türkische Staat versucht mit rassistisch-chauvinistischer Propaganda, die Massen unter der Fahne der Bourgeoisie zu sammeln. Damit wird die Spaltung und Feindschaft unter den ArbeiterInnen und Werktätigen aus verschiedenen Nationalitäten immer weiter vorangetrieben. Die ArbeiterInnenklasse wird von ihren ureigensten Problemen und Forderungen abgelenkt.

Wirkliche Lösung – die Revolution!

Wir haben die Aufgabe, gegen die rassistische und chauvinistische Hetze, gegen den Versuch der Herrschenden, die ArbeiterInnen und Werktätigen aus verschiedenen Nationalitäten gegeneinander aufzuhetzen, zu kämpfen. Die Interessen der ArbeiterInnen und Werktätigen aller Nationalitäten sind gleich. Alle gehören derselben Klasse an, sie sind Klassengeschwister, deren Interessen den Interessen der Herrschenden diametral entgegenstehen.

Die Solidarität und Einheit der werktätigen Massen auf der Grundlage des Gedankens der Geschwisterlichkeit der Völker, das brauchen wir. Wir haben die Aufgabe, die Massen im Kampf gegen den Faschismus für die Revolution über die Notwendigkeit der Zerschlagung dieses faschistischen Staates aufzuklären und zu organisieren. Nur durch die Zerschlagung dieses Staates ist die Befreiung möglich.

In der Situation, wo die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die HDP und die KurdInnen intensiviert werden, ist es Zeit für alle KommunistInnnen, DemokratInnen, RevolutionärInnen, sich unter den Parolen „Wir sind alle Kurdinnen", „Wir sind alle HDP'lerInnen" zusammenzuschließen und zu kämpfen.

Das ist heute vor allem für die türkischen ArbeiterInnen und Werktätigen eine brennende Aufgabe. Die Quelle der aktuellen brutalen Unterdrückung der kurdischen Nation ist das Ausbeutersystem und sein Staat. Solange dieses System existiert, gibt es keine wirkliche Lösung.

Die richtige Lösung liegt in der eigenen Herrschaft der ArbeiterInnen und Werktätigen, die alle ausbeuterischen Klassen, ihr System in welcher Form auch immer auf der Müllhalde der Geschichte begraben wird.

Nein zum reaktionären Krieg, Chauvinismus, Rassismus, Nationalismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Der einzige Weg für die Geschwisterlichkeit der Völker ist die Revolution!

18. März 2021
Bolşevik Partizan
https://twitter.com/BolsevikP

8. März 2021 – In unserem Kampf für die Befreiung der Frauen...

Vorwärts auf den Spuren der Kommunardinnen !

Vor 150 Jahren am 18. März 1871 hat das Proletariat in Paris zum ersten mal in der Geschichte mit einer Revolution seine eigene Macht errichtet. In den vordersten Reihen der Aufständigen der Kommune von Paris haben die Frauen mitgekämpft. Sie waren es, die auf den Barrikaden die Kommune mit der Waffe in der Hand gegen die Angriffe der Bourgeoisie mit verteidigt haben.

Die Pariser Kommune konnte nur 72 Tage aufrechterhalten werden. Aber in diesen 72 Tagen wurde in der Verwirklichung der Parole der bürgerlichen Revolution „Freiheit-Gleichheit-Geschwisterlichkeit" mehr erreicht als in Jahrzehnten der Herrschaftszeit der Bourgeoisie.

Fest entschlossen und ohne jede Zeitvergeudung hat die Kommune, diese „Botschafterin einer neuen Zeit", auch wichtige Schritte in der wirklichen Frauenbefreiung getan: Aktives und passives Wahlrecht für Frauen wurde beschlossen und durchgesetzt. Das Recht auf Arbeit für Frauen, Recht auf Bildung für alle BürgerInnen, ob männlich oder weiblich, wurde durchgesetzt. Für Frauen wurde in den Fabriken, für Mädchen in den Schulen Möglichkeiten für eine berufliche Ausbildung geschaffen.

Es wurde ein Scheidungsrecht durchgesetzt, das die Unterscheidung zwischen „ehelichen" und „außerehelichen" Kindern abschaffte. Für Kleinkinder wurden kostenlose Krippen, für Kranke kostenlose Krankenhäuser eröffnet, der Schulbesuch für alle Kinder war kostenlos. Für sozialen Austausch wurden Begegnungsräume geschaffen, etc.

Die Frauenorganisation „Union des Femmes", die in der Pariser Kommune eine aktive Rolle spielte, war Mitglied der I. Internationale. Die Pariser Kommune hat den Weg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland 1917, aller nachfolgenden Revolutionen unter Führung des Proletariats und den Weg für die wirkliche Befreiung der Frau eröffnet.

Heute 150 Jahre nach der Pariser Kommune drängt sich weltweit der Kampf für Frauenbefreiung nötiger als je zuvor auf die Tagesordnung

Die Covid-19 Pandemie zeigt noch einmal ganz deutlich das barbarische Gesicht des Imperialismus. Im Fokus der Aufmerksamkeit der Imperialisten und der Weltreaktion stehen auch in dieser Pandemie nicht die Gesundheit der Menschen, sondern die Interessen der Profitökonomie.

Die Ungleichheiten, das Unrecht, alle Übel des ausbeuterischen Systems wurden durch die Pandemie noch mehr verschärft. Die Pandemie bedeutet für die unterdrückten und ausgebeuteten Massen weltweit noch mehr Armut, noch mehr Erwerbslosigkeit und noch mehr Tote wegen fehlender Gesundheitsversorgung.

Am meisten sind von der Verschlechterung der Lebensbedingungen wieder einmal die Arbeiterinnen und werktätigen Frauen betroffen. Ihre Lage wird auch durch die soziale Ungleichheit unter den Geschlechtern und die Unterdrückung durch patriarchale Strukturen noch mehr verschlechtert.

Frauen: In den vordersten Reihen des Kampfes gegen Unterdrückung und Ungleichheit:

Frauen spielen in den Kämpfen gegen die vom imperialistischen System verursachten Ungerechtigkeiten, in den Kämpfen gegen Rassismus, Faschismus, gegen die Vernichtung der Umwelt, in den Massenbewegungen gegen den Klimawandel, in den Protestaktionen und Streiks, usw. eine immer größere Rolle.

In den Kämpfen für Frauenrechte, für Menschenrechte, für Freiheit und Demokratie sehen wir in den vordersten Reihen immer mehr Frauen.

In Indien in den Streiks und Kämpfen gegen das faschistische Modi-Regime; in Bangladesch bei den Kämpfen für seit Monaten nicht bezahlte Löhne; in Südafrika beim Generalstreik; in Peru, in Ecuador, in Venezuela, in Bolivien... Gegen rassistische und sexistische Angriffe in Europa. In den USA... In Weißrussland, wo Freiheit und Demokratie mit Füßen getreten

werden; in Myanmar, wo sich die Massen gegen den Putsch stellen; in Polen, wo Abtreibung völlig verboten wurde; in der „Me Too" Bewegung, die sich zu einer weltweiten Kampagne entwickelte; in Nordkurdistan-Türkei in den Kämpfen gegen die Ermordung von Frauen, in den Kämpfen gegen die Abschaffung gewonnener Frauen- und Freiheitsrechte, im Widerstand der kurdischen Nation gegen die Angriffe auf ihre nationalen Rechte…

Überall in der Welt halten die Frauen mutig und entschlossen die Fahne des Kampfes hoch!

Damit diese Kämpfe vorangetrieben und die Erfolge beständig werden können, brauchen wir eine weltweite kommunistische Frauenbewegung. Nur eine kommunistische Frauenbewegung kann die demokratische und revolutionäre Frauenbewegung in ihrem Kampf für Freiheit und Gleichheit auf dem Pfad der Pariser Kommune und der sozialistischen Oktoberrevolution vorwärts und auf eine höhere Ebene tragen.

Der Kampf der Frauen für Freiheit und Gleichheit, für wirkliche Befreiung muss als ein Kampf gegen das kapitalistische System geführt werden. Die Männerherrschaft wird vom kapitalistischen System aufrechterhalten. Das Patriarchat ist eine der Hauptsäulen auf die sich der Kapitalismus stützt. So kann der Kapitalismus Frauenarbeit maximal ausbeuten!

Kinderhüten und Kindererziehung, häusliche Pflege der Kranken und der Alten, alle gesellschaftlich notwendigen Arbeiten, die für die Reproduktion der Arbeitskraft, die unter dem Namen „Hausarbeit" zusammengefasst werden, werden zur „Privatsache" erklärt und unentgeltlich von Frauen gemacht.

Die kommunistische Frauenbewegung, die demokratische und revolutionäre Frauenbewegung prangert diese maximale Ausbeutung der Frauenarbeit an! Diese „häuslichen" Arbeiten sind nicht „Privatsache" der Frauen, sie sind gesellschaftlich notwendige Arbeiten und Aufgaben. Und diese müssen gesamtgesellschaftlich gelöst werden.

In diesem Sinne

Wir gedenken am 150. Jahrestag der Pariser Kommune den führenden Kämpferinnen der Pariser Kommune – Louise Michel, André Leo und Elizabeth Dimitrieff, und allen Kommunardinnen!
Für die Freiheit und volle Gleichheit der Frauen ...
Auf den Spuren der Kommunardinnen
Auf in die Reihen des Kampfes für Volksdemokratie, Sozialismus, Kommunismus ...
Es lebe die Kommunistische Frauenbewegung!

26. Februar 2021

Bolsevik Partizan
https://twitter.com/BolsevikP

19. Februar 2021 – Ein Jahr nach dem Nazi-Anschlag in Hanau

Kein Vergessen! Kein Vergeben! Erinnern – Gedenken – Kämpfen!

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin

In der faschistischen Terrornacht in Hanau wurden neun Menschen mit Migrationsgeschichte im wahrsten Sinne des Wortes hingerichtet. Die migrantische Community und antifaschistischen Menschen in Deutschland waren zutiefst erschüttert. Eine Welle der Empörung in Hanau und in vielen Städten. Schluss mit den rassistischen Morden!

Das Zerschlagen der faschistischen Netzwerke, Aufklärung und Konsequenzen werden von den Angehörigen der Opfer und den überlebenden Opfern des Anschlags, von antifaschistischen, antirassistischen Initiativen sowie revolutionären Bewegungen eingeklagt. Gründung der Initiative „19. Februar Hanau". Ihr Aufruf an diesem ersten Jahrestag lautet:

„Wir klagen an und fordern Taten statt Worte: Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen."

Die Mordserie in Hanau ist ein weiteres Glied in der langen Kette der gewalttätigen Geschichte faschistischer Angriffe und Morde.

Seit 1945 zieht sich eine Blutspur durch Deutschland. Nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus haben „entnazifizierte" Alt-Nazis in führenden Positionen den Staat BRD mit aufgebaut. Rassistische Nazi-Netzwerke konnten weiter morden: Terror gegen Roma und Sinti, gegen jüdische Menschen, gegen migrantische ArbeiterInnen aus Italien, später der Türkei, Marokko, Tunesien, das Bombenattentat auf dem Münchner Oktoberfest 1980. Bis hin zu den NSU-Morden 2001 – 2006 an neun Migranten quer durchs Land. Das ist „deutsche Tradition".

Elf Jahre lang, bis 2011, wurden die Angehörigen der Opfer des NSU-Netzwerkes von den staatlichen Behörden als angebliche TäterInnen massiv verdächtigt und gnadenlos verfolgt. Im Münchener Prozess wurden die Familien der Angehörigen vom Gericht rassistisch zum Schweigen gebracht und NSU-TäterInnen zu grotesk niedrigen Strafen verurteilt.

Andere, wie involvierte V-Leute oder Staatsbeamte noch nicht einmal angeklagt. In diesem Jahr 2021 jährt sich die sogenannte Enttarnung der NSU-Mörder zum zehnten Mal. Die von der Bourgeoisie – Staat und Politik, vorneweg von Merkel, angekündigte Aufklärung ist nie erfolgt und wird nicht erfolgen.

Keine Illusionen in den Staat – auf unsere eigene Kraft vertrauen!

Dieses Muster wiederholt sich in allen Fällen rassistischer Angriffe und Morde. Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Dessau. In Hanau ... viele Fragen stehen ungeklärt im Raum: Über den Täter, seine Netzwerke, seinen Vater als mutmaßlichen Unterstützer. Dubios auch der Ablauf des gesamten Polizeieinsatzes in der Tatnacht, wie die von der Polizei ignorierten Notrufe. Notausgänge an einem Tatort waren versperrt. Einige Medien sprechen das zwar an aber haken diese Vorfälle unter dem Motto Versäumnisse, Pannen, Mängel und Versagen ab. [1]

Angehörige und die Initiative 19feb-Hanau recherchieren, decken Hintergründe auf, beharren auf umfassender Aufklärung, fordern Konsequenzen. und Entschädigung für die Opfer von faschistischer Gewalt. Wir alle müssen gemeinsam diesen Kampf führen. Das sind demokratische Grundrechte, die in diesem Land ständig von Staatswegen ausgehebelt werden. Aber warum? Weil dieser Staat, weil die „da oben" in die Machenschaften der Nazi-Netzwerke involviert sind und die Faschisierung vorantreiben.

Der hessische Ministerpräsident Bouffier, der sich nun als Antirassist gebärdet, hat die Sperrung der NSU-Akten, die höchstwahrscheinlich den V-Mann Temme beim NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel belasten, für 120 Jahre unter Verschluss gestellt. Gemeinsam mit seinem Regierungspartner den Grünen. Die sogenannten Lügen, Pannen, Versäumnisse sind nichts

1 „Ein Jahr nach dem Attentat von Hanau: Tödliche Versäumnisse? Gefährlichkeit des Täters unterschätzt?", Monitor 28.01.21, „Rechter Terroranschlag in Hanau: Panne und Gedenken", taz, 02.02.2021

anderes als ein Gewähren lassen wenn nicht sogar Fördern von faschistischen Netzwerken, um rassistische Hetze gegen Menschengruppen, die als „nicht deutsch" markiert werden, zu betreiben.

Nach Hanau im Februar folgt im Herbst 2020 der antisemitische und antimuslimische Anschlag in Halle.

Die Losung der deutsch-chauvinistischen „Leitkultur", die völkisch-nationalistischen Kampagnen gegen Geflüchtete, MigrantInnen, JüdInnen, Schwarze Menschen, der sich alle bürgerlichen PolitikerInnen in der einen oder anderen Weise bedienen – das ist der Nährboden und der Sumpf in dem die Nazi-Netzwerke agieren und stärker werden! Auch innerhalb des bürgerlichen Staatsapparates. Strukturelle rassistisch-faschistische Gewalt in Polizei und Militär bis hin zu den bekannten Morden in Polizeigewahrsam wie in Dessau, in Celle und in Kleve sind an der Tagesordnung. Nicht zu vergessen die Morddrohungen des NSU 2.0. Wohnadressen von bedrohten Personen werden von hessischen Polizeicomputern, von PolizistInnen selbst abgegriffen und weitergegeben.

Insofern ist der kapitalistische Staat direkt das Problem. Wollen wir tatsächlich die Grundlagen von Rassismus und Faschismus angreifen, dürfen wir uns keinerlei Illusionen in dieses kapitalistische System und seinen Staat machen. Die rassistischen Angriffe werden nicht gestoppt solange sie existieren und herrschen.

Wir können, sollen und werden uns nicht auf diesen Staat verlassen. Wir müssen auf solidarischen, antifaschistischen Selbstschutz und Selbstverteidigung setzen.

Darum unser Aufruf: **Staat und Nazis Hand in Hand – organisieren wir den Widerstand!**

Solidarisches Gedenken und Kämpfen! Gegen staatliche Heuchelei!

Die am 5. Februar veröffentlichte offizielle Ankündigung der „Gemeinsamen Gedenkfeier des Landes Hessen und der Stadt Hanau" zum Jahrestag lässt schon im Vorfeld die kommenden zynischen Lippenbekenntnisse von Bundespräsident Steinmeier, Bouffier und Hanaus OB Kaminsky erahnen. Unermessliche Heuchelei! Die Ankündigung, eine einzige Litanei aus selbstbeweihräucherndem Selbstlob, ob des angeblich umfassenden antirassistischen Engagements und der Großzügigkeit der hessischen Regierung, Politiker und der Stadt Hanau für die Opfer des Anschlags, ihrer angeblich engsten Verbundenheit mit den Angehörigen. Dieser Doppelzüngigkeit treten wir mit unseren Forderungen massiv entgegen. Die Angehörigen, die Initiative19feb-Hanau, die antifaschistische und antirassistische Bewegung, wir alle werden an diesem Jahrestag an das Leben der Opfer in Hanau erinnern. Wir tragen sie in unseren Herzen und Kämpfen mit uns. Wir bekunden laut unsere Solidarität mit allen Opfern von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit. Wir machen die Heuchelei von Politik und Staat sichtbar und klagen an. Wir zeigen auf, dass Rassismus und Faschismus ein Problem des Systems sind!

Tragen wir am 19. Februar unser Gedenken und Erinnern, unsere Empörung und Wut, unsere Solidarität und Forderungen, unseren Kampf für eine andere befreite, sozialistische Gesellschaft auf die Straßen!

Februar 2021

19 Şubat 2021 – Hanau'daki Nazi Suikastının Üzerinden Bir Yıl Geçti

Unutmayacağız! Affetmeyeceğiz! Hatırlıyor – anıyor – mücadele ediyoruz!

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin

Hanau'daki faşist terör gecesinde, göç geçmişi olan dokuz kişi tam anlamıyla katledildi. Almanya'daki göçmen çevre ve anti-faşist insanlar derinden sarsıldı.

Hanau'da ve birçok kentte öfke dalgası yükseldi: Irkçı cinayetleri durdurun!

Kurbanların yakınları ve saldırıda hayatta kalan kurbanlar tarafından, anti-faşist, ırkçılık karşıtı girişimler ve devrimci hareketler tarafından faşist ağların parçalanması, olayların aydınlatılması ve gereken sonuçların çıkarılması talep ediliyor. „19 Şubat Hanau" girişimi kuruldu. Bu birinci yıldönümünde yaptıkları çağrı şöyle: „Laf değil, eylem talep ediyoruz: Anımsama, adalet, açıklığa kavuşturma, gerekenin yapılması." Hanau'daki cinayet dizisi, faşist saldırıların ve cinayetlerin şiddetli tarihinin uzun zincirinin yeni bir halkasıdır.

1945'ten beri Almanya'da bir kan izi var. Almanya Hitler faşizminden kurtarıldıktan sonra, „Nazilikten arındırılmış!" eski Naziler Federal Almanya Cuhuriyeti (Batı Almanya) devletinin kurulmasında belirleyici konumlarda yer aldılar. Var olan Irkçı Nazi ağları öldürmeye devam edebildi: Roma ve Sinti'lere, Yahudi insanlara, İtalya'dan sonra Türkiye'den, Fas'tan, Tunus'tan gelen göçmen işçilere yönelik terör, 1980'de Münih Oktoberfest'teki bombalı saldırı. 2001-2006 yıllarında ülke çapında dokuz göçmenin katledildiği NSU cinayetlerine kadar. Bu bir „Alman geleneğidir". 2011 yılına kadar, onbir yıl boyunca, NSU ağının kurbanlarının yakınları, devlet yetkilileri tarafından suçlu olarak büyük ölçüde şüphe altında tutuldu ve acımasızca takibata uğradı. Münih davasında, cinayetlerin kurbanlarının aileleri ve yakınları mahkeme tarafından ırkçı biçimde susturuldu ve NSU faillerine komik derecede çok düşük cezalar verildi.

Bu cinayetlere dahil olan ajan veya ilgili devlet görevlileri gibi diğerleri hakkında suçlama bile yapılmadı. Bu yıl, 2021'de, NSU katillerinin sözde açığa çıkışının onuncu yıldönümü. Burjuvazinin, devlet ve siyasetin, en başta Merkel'in ilan ettiği aydınlatma, hiçbir zaman gerçek-leşmedi ve gerçekleşmeyecek.

Devlete değil – kendi gücümüze güvenelim!

Bu örnek, tüm ırkçı saldırı ve cinayet vakalarında tekrarlanıyor. Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Dessau. Hanau'da birçok soru cevapsız kalıyor: Failin bizzat kendisi, bağlantıları, şüpheli bir destekçi olarak babası hakkında sorular cevaplanmadı...

Aynı şekilde olay gecesindeki tüm polis operasyonunun seyrinde olduğu gibi, polisin acil aramaları görmezden gelmesi de şüpheliydi. Olay yerindeki acil çıkışlar kapalıydı. Medyada bazen bundan bahsediliyor, ancak bu olaylar ihmal, aksilik, kusur ve başarısızlık olarak nitelendiriliyor. *(„Hanau Suikastından bir yıl sonra: Öldürücü ihmalkarlık mı? Faillerin tehlikeli küçümsenmesi mi?", Monitor 28.01.21, „Hanau'da sağ terör saldırısı: Aksilikler ve Anma", taz, 02.02.21)*

Kurbanların yakınları ve „19 Şubat-Hanau Girişimi" araştırıyor, arka planı ortaya çıkarıyor, kapsamlı bir açık-lığa kavuşturma için ısrar ediyor ve gereğinin yapılmasını talep ediyor. Ve faşist şiddet mağdurları için tazminat talep ediyor. Bu mücadeleyi hep birlikte yürütmeliyiz. Bunlar, bu ülkede devlet tarafından sürekli olarak zedelenen temel demokratik haklardır. Ama neden? Çünkü bu devlet, çünkü „yukarıdakiler" Nazi ağlarının entrikalarına ortaktır ve faşistleşmeyi teşvik ediyor.

Şimdi kendini ırkçılık karşıtı olarak lanse eden Hessen Başbakanı Bouffier, NSU'nun Kassel'deki Halit Yozgat cinayetinde büyük olasılıkla gizli ajan Temme'nin parmağı olduğuna işaret eden NSU dosyalarını 120 yıl süreliğine kilit altına koydu. Hükümet ortağı „Yeşiller" ile birlikte aldılar bu kararı.

Bu sözümona yalanlar, aksilikler, ihmaller, faşist ağların „Alman değil" şeklinde işaretlediği insan gruplarına karşı ırkçı ajitasyon yürütmesine göz yummaktan, hatta teşvik etmekten başka bir şey değildir.

Şubat ayında Hanau'dan sonra, 2020 sonbaharında Halle'deki anti-Semit ve Müslüman karşıtı saldırı gerçekleşti.

Bütün burjuva politikacıların öyle ya da böyle kullandıkları Alman-şovenist „lider kültür“ sloganı, mültecilere, göçmenlere, Yahudilere, siyahlara karşı milliyetçi kampanyalar, Nazi ağlarının harekete geçip güçlendiği üreme alanı ve bataklığıdır!

Burjuva devlet aygıtı içinde de varlar ve ürüyorlar. Dessau, Celle ve Kleve gibi polis nezaretindeki bilinen cinayetlere kadar polis ve orduda yapısal ırkçı-faşist şiddet gündemde. Tehdit altındaki kişilerin ikamet adreslerinin, Hessen polis bilgisayarları ve bizzat polis memurları tarafından alınıp başkalarına aktarıldığı, NSU 2.0'dan gelen ölüm tehditlerini unutmamak gerek.

Bu anlamda doğrudan sorun olan bizzat kapitalist devletin kendisidir. Irkçılığın ve faşizmin temellerine gerçekten saldırmak istiyorsak, bu kapitalist sistem ve onun durumu hakkında herhangi bir yanılsamaya sahip olmamalıyız. Bunlar var olduğu ve hüküm sürdüğü sürece ırkçı saldırılar da du rmayacaktır. Bu devlete güvenemeyiz, güvenmemeliyiz ve güvenmeyeceğiz. Dayanışmaya, anti-faşist öz korunmaya ve öz savunmaya güvenmeliyiz. **Bu yüzden çağrımız şudur: Devlet ve Naziler el ele – haydi Nazilere ve Devlete karşı direnişi örgütleyelim!**

Devletin ikiyüzlülüğüne karşı! Dayanışmacı ve mücadeleci anma!

5 Şubat'ta yayınlanan, yıldönümünde „Hessen Eyaleti ve Hanau Şehri Ortak Anma Günü“ resmi duyurusu, Federal Başkan Steinmeier, Bouffier ve Hanau'nun Belediye Başkanı Kaminsky'nin ikiyüzlülüğünü gösteriyor. Ölçü-lemez bir ikiyüzlülük bu!

İster iddiaya göre kapsamlı ırkçılık karşıtı angajmanları olsun, ister Hessen hükümetinin, politikacıların ve Hanau şehrinin saldırının kurbanları için cömertliği, sözümona kurbanların yakınlarıyla yakından hissettikleri vb. olsun – yaptıkları baştan sona kendi kendilerini övmedir! Bu iki-yüzlülüğün karşısına kitlesel olarak taleplerimizle dikili-yoruz. Kurbanların Yakınları, 19Şubat-Hanau Girişimi, anti-

faşist ve ırkçılık karşıtı hareket, hepimiz bu yıldönümünde

Hanau'daki kurbanların hayatlarını anacağız.

Onları kalbimizde taşıyoruz ve mücadelemizde bizimleler.

Irkçılık, anti-Semitizm, anti-zigan ve İslamofobinin tüm kurbanlarıyla dayanışmamızı yüksek sesle ifade ediyoruz. Siyasetin ve devletin ikiyüzlülüğünü görünür kılıyor ve onu suçluyoruz. Irkçılığın ve faşizmin sistemin bir sorunu olduğunu gösteriyoruz!

19 Şubat'ta hatırlama ve anmamızı, kızgınlığımızı ve öfkemizi, dayanışma ve taleplerimizi, başka bir toplum, özgürleşmiş sosyalist toplum için mücadelemizi sokağa taşıyalım!

Şubat 2021

Erinnern – Gedenken – Kämpfen
Überall ist Hanau!

Die in Hanau von der Initiative „19. Februar Hanau" geplante bundesweite Gedenkaktion zum Jahrestag des rassistischen Anschlags wurde von den staatlichen Behörden aufgrund der Pandemie verweigert.
Die Antwort darauf war der Aufruf der „Initiative 19. Februar" und zahlreicher Initiativen und Organisationen, überall wo es möglich ist, an die Opfer und Überlebenden zu erinnern. Ihre Namen zu nennen, ihre Geschichte zu erzählen und die Anklage gegen den Staat und seine Institutionen laut vorzubringen. In über 100 Städten entfaltete sich eine Manifestation des Gedenkens an die Opfer des Anschlags und gegen das Vergessen.
Eindrückliche Beiträge von Überlebenden aus Hanau, von Cetin Gültekin, Piter Minnemann, Kim Schneider und Angehörigen abgespielt. [1]

Gegen Rassismus und faschistische Entwicklungen! Zehntausende vor allem junge AktivistInnen in West und Ost, in Nord und Süd! Für Solidarität! Für eine andere Gesellschaft!

Wir veröffentlichen nachfolgend Berichte von TA-AktivistInnen aus verschiedenen Städten:

TÜBINGEN

Die Zeit des Redens ist längst vorbei! Lasst uns praktisch antifaschistisch aktiv werden und die Nazis sowie ihre Steigbügelhalter mit unserem Widerstand konfrontieren!

Trauer zu Wut!
Wut zu Widerstand!

Unter diesem Motto fand am 19. Februar anlässlich der rassistischen Morde in Hanau eine Kundgebung mit anschließender Silent Demo (Stille Demo) in Tübingen statt. Ca. 600 AntirassistInnen versammelten sich auf dem Marktplatz, um den neun Menschen zu gedenken, die vor einem Jahr durch einen rassistischen Mord in Hanau starben. Es war eindrucksvoll. Es waren unglaublich viele junge Menschen auf der Gedenkkundgebung, um an die Ermordeten zu erinnern, zu trauern und zu mahnen, dass so etwas nie wieder passieren darf!

1 Nachzuhören unter http://19feb-hanau.org/2021/-02/18/audiofiles/.

Kein Vergeben – kein Vergessen! Erinnern heißt kämpfen!

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin

Der Anschlag in Hanau war kein Einzelfall...
und reiht sich ein in unzählige verbrecherische Akte von rassistischem und faschistischem Terror in der BRD. Die Kundgebung und anschließende Demonstration wurde von antirassistischen Gruppen organisiert: OTFR (offenes Treffen gegen Faschismus und Rassismus), Migrantifa Tübingen, Black Visions & Voices und Women Defend Rojava. *„Rechte Gewalt hat in Deutschland Kontinuität und wird oftmals nicht so eingeordnet"*, so ein Vertreter der Migrantifa Tübingen.

Das Offene Treffen gegen Faschismus und Rassismus für Tübingen und Region (OTFR) schrieb: *„Wir wollen uns heute Abend mit den Opfern des rechten Terrors solidarisieren und gemeinsam gegen die rechte Hetze und Gewalt stehen. Der Täter habe eine Art Manifest veröffentlicht, in dem er die rassistische Motivation für seine Taten dargelegt und propagiert habe, dass die ‚Überfremdung Deutschlands' mit solchen Taten ‚gesäubert' werden müsse."*
Auf der Auftaktkundgebung hat jede der vier organisierenden Gruppen eine kämpferische Rede gehalten. Die Migrantifa hat auch über den alltäglichen Rassismus gesprochen. Viele Reden handelten davon, Wut und Trauer in einen konsequenten antirassistischen Widerstand zu wandeln.

Die Planung zu einer „Silent Demo" führte bei einigen AntirassistInnen und AntifaschistInnen zu der Kritik, dass ein Gedenken nicht Schweigen heißen muss. Einige argumentierten, einem stillen Trauern und Gedenken Raum zu geben, sei eine Form des migrantischen Umgangs mit dem Gedenktag.

An diesem Punkt haben sich Migrantifa und Black Visions & Voices durchgesetzt. Das OTFR hat das von vorneherein kritisiert, einen „migrantischen Umgang mit Gedenken" kann es nicht geben, das sei vorgeschobene Identitätspolitik. Auch in anderen Gruppen organisieren sich MigrantInnen und diese seien nicht für eine Silent Demo. Im Nachhinein wurde dann auch selbstkritisch erklärt: *„Bei vielen von uns, gerade auch unter den von Rassismus betroffenen Menschen, konnte mit der Silent Demo bestehende Wut und das lähmende Ohnmachtsgefühl nicht in kraftvolles Empowerment gewandelt werden."*

Dennoch waren die Kundgebung und Demonstration sehr eindrucksvoll. So unglaublich viele junge Menschen, so viel Anteilnahme und kämpferische Stimmung, das war beeindruckend und hat noch lange angehalten. *„Am Ende ist uns noch wichtig zu sagen, dass die Wut, die Angst und das Ohnmachtsgefühl, denen von Rassismus betroffene Menschen tagtäglich ausgesetzt sind, durch lautstarke Demonstrationen und andere Aktionen zwar in Widerstand umgewandelt werden können, der tatsächlich etwas verändert. Sie werden aber erst dann endgültig verschwinden, wenn wir dieses kapitalistische System überwinden, das Rassismus und rechte Hetze befeuert und sogar von ihnen profitiert. Also lasst uns an dieser Überwindung weiterarbeiten – für eine antirassistische und klassenlose Gesellschaft!"* [2]

NRW … DÜSSELDORF … AACHEN … DORTMUND

Staat und Nazis Hand in Hand – Organisieren wir den Widerstand!

Wir, AktivistInnen von Trotz alledem! in der NRW-Region haben lange zuvor beschlossen, falls es am 19. Februar 2021 zum ersten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau Gedenkaktionen in NRW geben wird, wir uns an diesen aktiv beteiligen werden. Als Ziel haben wir uns vorgenommen, alle Möglichkeiten zu nutzen, Redebeiträge in diesen Aktionen zu halten. Unsere Erwartungen an den ersten Jahrestag haben sich erfüllt. Am ersten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau haben in vielen Städten in NRW (Aachen, Bochum, Bonn, Essen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Krefeld, Köln, Münster, Oberhausen, Paderborn, Wuppertal) eine Reihe von Gedenkveranstaltungen, Demos und Kundgebungen stattgefunden. Die meisten Gedenkaktionen wurden von antirassistischen, antifaschistischen, ja auch von revolutionären, kommunistischem Gruppen und Organisationen geplant und veranstaltet. In NRW haben wir in vier Städten, in Aachen, Düsseldorf, Duisburg und in Dortmund aktiv teilgenommen. Die Aktionen in diesen Städten wurden von folgenden Gruppen organisiert:

In **Aachen** wurde die Gedenkkundgebung von „Die Linke" initiiert. Hier waren ca. 500 Menschen mobilisiert. **In Dortmund** beteiligten sich 1 000 Menschen an einem Meeting, organisiert von DIDIF.

In **Duisburg** wurde die Gedenkdemonstration vom Antifaschistischen Aktionsbündnis veranstaltet und ca. 300 Menschen wurden mobilisiert. Hier waren migrantische Organisationen sehr aktiv und die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen migrantisch. Wir haben mit einigen GenossInnen teilgenommen.

In **Düsseldorf** wurde die Demonstration von dem Verein Mosaik e.V. organisiert, ca. 1 500 Menschen sowie folgende Organisationen SDAJ, DKP, ADHK, ATIK, FIDEF, SPD, „Die Linke", Cem Haus Duisburg, Antifa Düsseldorf, Navdam Düsseldorf, MKP und wir, Trotz alledem! beteiligten sich. Also ein sehr breites politisches Spektrum.

2 Migrantifa Tübingen und das Offene Treffen gegen Faschismus und Rassismus Tübingen und die Region, März 2021, otfr.noblogs.org/post/2021/03/09/1-jahr-hanau-kritische-nachbereitung-der-silent-demo-am-19-februar-in-tuebingen/

Wir wollten auch eine Rede halten, aber unser Wunsch wurde von den OrganisatorInnen mit der Begründung abgelehnt, dass politische Gruppen und Organisationen keine Reden halten dürfen. Geplant war, dass nur einzelne Personen, ein Theater-Schauspieler, ein Erwerbsloser und eine Migrantin sprechen. Abschlussrednerin war die DGB-Chefin in Düsseldorf. Trotz der Verhinderungsversuche seitens der Polizei haben wir Flugblätter verteilt und unsere Zeitung verkauft.

Wir haben alle unsere Bekannten, Verwandten, FreundInnen, ArbeitskollegInnen eingeladen, sich diesen Gedenkaktionen anzuschließen. Leider waren wir bei der Mobilisierung nicht so erfolgreich wie es eigentlich hätte sein müssen.

Obwohl es bei solchen Aktionen einfach ist, Menschen zu mobilisieren, haben wir es dennoch nicht ausreichend geschafft. Wir haben nur einen kleinen Teil unserer Umgebung mit mobilisieren können. Wir alle müssen über diesen Misserfolg nachdenken und uns fragen, mit welcher Arbeitsweise und welchen Methoden wir die Menschen besser überzeugen können.

Bei der **Gedenkkundgebung in Aachen** wurde an die neun in Hanau ermordeten Menschen mit großen Bildern erinnert und Transparente gegen Rassismus getragen. Wie z.B. von der „Die Linke" **„Vereint gegen Rassismus!"** (In Deutsch, Kurdisch, Türkisch, Arabisch, Griechisch, Englisch, Russisch und Französisch). Ein zweites Transparent war von der Antifa Aachen **„Kein Vergeben, kein Vergessen!"**. Auf unserem Transparent stand der schlagkräftige Spruch **„Staat und Nazis Hand in Hand – Organisieren wir den Widerstand!"** und es war während der Gedenkkundgebung vom Anfang bis zum Ende in der Mitte der Aktion sichtbar.

Unser Transparent hat, wie auf den Demos und Kundgebungen zuvor, auch bei dieser viel Aufmerksamkeit erregt und Diskussionen angeregt. Es war nicht nur sichtbar, sondern eine Feststellung der objektiven Tatsachen. Deswegen war es ein Dorn in den Augen der Polizeikräfte.

Unser Transparent verdeutlicht, dass der Staat diesen und alle anderen rassistischen Anschläge und Morde „Hand in Hand mit den Nazis" durchgeführt hat. Daher erregt es die Aufmerksamkeit des Staates und der Polizei, sie wollten es verbieten, das gelang ihnen nicht. Weitere sporadische Einwände gegenüber unserem Transparent gab es unter anderem auch von Teilnehmenden der Aktion. In den Diskussionen, die wir mit vielen führten, haben allerdings nur sehr wenige vertreten, die Aussage „**Staat und Nazis Hand in Hand"** halten sie nicht für richtig und für zu pauschal. Aber selbst sie haben zugegeben, dass die staatlichen Institutionen vor allem die Polizei eine Reihe von Fehlern gemacht haben.

Viele Fragen seien tatsächlich ungeklärt und viele der Taten wurden nicht richtig verfolgt und aufgeklärt. Aber die große Mehrheit, die an der Gedenkkundgebung teilgenommen hat, solidarisierte sich mit der Aussage unseres Transparents und fanden unser Motto richtig. Sie gaben uns das Gefühl, diese Parole sehr mutig zu finden und schon bei dem kleinsten Eingriff seitens der Polizei, uns zu verteidigen.

Während der Gedenkaktionen, an denen wir in vier NRW-Städten teilnahmen, hielten eine Reihe von Gruppen und Organisationen Reden über den Anschlag in Hanau. Ein Teil der Beiträge waren zutreffende antirassistische, antifaschistische Reden.

Ein anderer Teil wiederum war sehr humanistisch und hat sich nur auf die Entlarvung des Rassismus beschränkt. Einige haben betont, dass der Staat bei rassistischen Angriffen auf einem Auge blind ist, dass er die Widersprüche, Fragen nicht richtig beantwortet

hat, dass er keine wirkliche Aufklärungsarbeit geleistet hat und nicht konsequent genug war und ist.
Sie wagten aber nicht zu sagen, dass der Staat und seine Institutionen, wie Verfassungsschutz, Polizei, Bundeswehr an diesen rassistischen Angriffen beteiligt waren und dass der Staat mit den Nazis Hand in Hand agiert hat. Vielmehr haben sie keine kühnen, aber wahren Schlussfolgerungen gezogen. Bei der Benennung dieser rassistischen Angriffe und Morde in Bezug zum Staat waren sie zögerlich und schüchtern. Diese Art war befremdend!
Zur der **Gedenkkundgebung in Aachen** am Elisenbrunnen waren ca. 500 Menschen gekommen. 90 Prozent waren junge Menschen unter 25 Jahren. Beiträge wurden im Namen von „Die Linke", Solid, Die Seebrücke, Antifa Aachen, We won't be quiet (Wir werden nicht schweigen) und Kurdisches Volkshaus Aachen gehalten.

In Aachen haben wir die Möglichkeit bekommen, einen Redebeitrag zu halten. Wir haben unser Flugblatt agitativ und ausdrucksstark vorgetragen. Die TeilnehmerInnen haben mit starkem Applaus unseren zentralen Aussagen zugestimmt und damit unterstrichen.
Zunächst als wir die historische Kontinuität betonten: *„Die Mordserie in Hanau ist ein weiteres Glied in der langen Kette der gewalttätigen Geschichte faschistischer Angriffe und Morde"* und auch bei der Textstelle *„Seit 1945 zieht sich eine Blutspur durch Deutschland. Nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus haben „entnazifizierte" Alt-Nazis in führenden Positionen den Staat BRD mit aufgebaut. Rassistische Nazi-Netzwerke konnten weiter morden".*
Dann als wir aufforderten *„Keine Illusionen in den Staat – auf unsere eigene Kraft vertrauen*!" und den Zusammenhang hergestellt haben: *„Aber warum? Weil dieser Staat, weil die „da oben" in die Machenschaften der Nazi-Netzwerke involviert sind und die Faschisierung vorantreiben."* Und als wir zum Ende dazu aufgerufen haben: *„Wir können, sollen und werden uns nicht auf diesen Staat verlassen. Wir müssen auf solidarischen, antifaschistischen Selbstschutz und Selbstverteidigung setzen. Darum unser Aufruf: Staat und Nazis Hand in Hand – organisieren wir den Widerstand!"* erhielten wir sehr starken Zuspruch.
Die Gedenkkundgebung endete mit unserer Rede.
Wie in vielen anderen Städten fand auch in **Dortmund** ein Meeting anlässlich des ersten Jahrestages des Massakers in Hanau statt. Vor der Reinoldi-Kirche in der Stadtmitte versammelten sich über 1 000 Menschen, unterschiedliche Gruppen und Organisationen. Von den Grünen, über die SPD und DKP bis hin zu DIDIF.
Unglaublich viele junge Menschen beteiligten sich. Viele Kartons mit Aufschriften und Transparente wurden gehalten. Zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen haben gesprochen. Nur sehr wenige haben den Staat und seine Verantwortung an den Morden, die Verharmlosung des Nazi-Täters zur Zielscheibe der Kritik gemacht. Ganz wenige haben die Frage nach dem politischen-ökonomischen System gestellt, das solche Taten und Täter hervorbringt und gewähren lässt. Die große Mehrheit der RednerInnen ist nicht über den Rahmen des herrschenden Systems, der bürgerlichen Demokratie, hinausgegangen.
Als wir um 18.00 Uhr ankamen, waren noch nicht sehr viele Menschen da. Wir haben an die nach und nach ankommenden TeilnehmerInnen unser Flugblatt verteilt. Ein junger Freund von DIDIF kam zu uns und teilte uns mit, dass die Polizei aus Pandemiegründen den Verkauf von Zeitungen und das Verteilen von Flugblättern für die Aktion untersagt habe.
Wir besprachen mit ihm, dass wir es versuchen und wenn die Polizei ankommt und verbieten will, sagen wir erstmal das wussten wir nicht. Natürlich werden wir die Aktion nicht gefährden. Das fand er auch ok. Prompt steuerten nach kurzer Zeit des Flugiverteilens drei Polizisten auf uns zu und verwarnten uns. Wir würden den notwendigen Mindestabstand nicht einhalten, usw. Das war einfach gelogen, wir hielten den Leuten aus großer Entfernung unser Material hin. Na ja, wir haben weiter gemacht und sie haben sich nicht mehr gezeigt.
Auf der Aktion selbst wurden kaum Flugblätter verteilt. Eine Gruppe von jungen DemonstrantInnen kam, nachdem sie unser Flugi gelesen hatten, auf uns zu, und meinten, das fänden sie für die Aktion echt gut. Sie haben sich einen Stapel geschnappt und selber weiter verteilt.

BERLIN

Kundgebungen und Großdemonstration

„Erinnern heißt Verändern“

In Berlin setzte „NIKA“ (Nationalismus ist keine Alternative) am Vorabend des 19. Februar ein drastisches Zeichen. Der Slogan **„Seine Waffe – Eure Munition“** wurde auf die Fassaden des BILD-Axel-Springer-Hauses, des LKA (Landeskriminalamt) und die Bundesgeschäftsstelle der AfD projiziert.

Am 19. Februar versammelten sich nachmittags über 4 000 Menschen zu Gedenkkundgebungen auf drei Plätzen in Berliner migrantischen ArbeiterInnenbezirken – auf dem Leopoldplatz im Wedding, dem Oranienplatz in Kreuzberg und dem Rathausplatz in Neukölln.

Alle standen unter dem Motto „Erinnern heißt Verändern“. Viele MigrantInnen und viele junge Menschen waren vor Ort.

Antifaschistischer Rap und Redebeiträge wechselten sich ab. Als erste Rednerin sprach eine Roma-Sinteza über den allgegenwärtigen Rassismus, dem sie in den deutschen Staatsinstitutionen und ihrem alltäglichen Leben begegnet.

In den anderen Beiträgen wurde ausgeführt, dass das Massaker in Hanau kein Einzelfall war, sondern dass es Rassismus und rassistische Morde schon vorher gab und auch in der Zukunft geben wird – gegen MigrantInnen, Geflüchtete, JüdInnen, Roma und Sinti, Schwarze Menschen.

Der Anschlag auf die Synagoge in Halle und der Mord an Walter Lübcke in Kassel, die NSU-Morde etc. all das seien Ergebnisse des herrschenden Systems. Verfassungsschutz, Polizei, Armee, Justiz sind Organe des Staates, die die faschistischen Organisationen schützen.

Aufgerufen wurde, sich keine Illusionen in dieses System zu machen, das die AntifaschistInnen niemals schützt, sondern Hexenjagden auf sie veranstaltet. Weiter wurde gefordert, dass die kollektive Selbstorganisation gegen die Faschisten unbedingt notwendig ist.

Am **Oranienplatz** wurde ein Denkmal installiert, das an die Opfer erinnerte.

Redebeiträge wurden gehalten, zum Beispiel von einer jungen Frau, die den Anschlag von Halle überlebt hat. Eindringlich schilderte sie, welchen Repressionen und Anfeindungen sie als Jüdin in dieser Stadt ausgesetzt ist. Sie machte die existentielle Erfahrung deutlich, was es heißt, sich Tag und Nacht bedroht zu fühlen und rief zur Solidarität und zum gemeinsamen Kampf auf!

Auf dem **Leopoldplatz,** auch hier viele junge Menschen. Die Veranstaltung wurde, wie auch in Kreuzberg mit einer Schweigeminute eröffnet.

Zettel und Stifte wurden von den VeranstalterInnen an die TeilnehmerInnen verteilt, auf denen sie ihre Gedanken und Gefühle ausdrücken konnten. Dann wurden diese kurzen Botschaften verlesen. Die Namen der Opfer wurden einzeln gerufen und geantwortet: Hier!

In diesem Land entwickelt sich die Faschisierung und der Rassismus. Mut machend ist, dass der Kampf dagegen voranschreitet und die große Mehrheit der TeilnehmerInnen in den antirassistischen Aktionen Jugendliche sind.

Am Samstag, einen Tag später, zieht ein **riesiger unübersehbarer, kämpferischer Demonstrationszug** stundenlang durch Berlin. Organisiert von der Migrantifa Berlin und anderen Gruppen. Erwartet wurden 2 000 Menschen – es kamen über 20 000 Menschen zu der Demo.
Parolen, Sprechchöre und Transparente gegen Rassismus, Staat und Kapitalismus:
„Deutschland Du Einzeltäter!", „Antifaschistischer Selbstschutz jetzt", „Von Moria bis Hanau – kein Vergeben – kein Vergessen! #rassismustötet #lager abschaffen", „Stoppt die Brandstifter", „Hanau Das war Deutsche Leitkultur!" „„Hanau war kein Einzelfall!" und „Wir müssen gegen das Vergessen Kämpfen!"
An die ermordeten Menschen wurde erinnert!
Ihre Namen

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin

wurden wieder und wieder gerufen. Ihre Porträts prägten den Demonstrationszug!

Wir empfehlen:

„Trauer, Wut und Widerstand – Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik"

Broschüre vom Bündnis „Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund"

Inhaltsverzeichnis

Die „doppelte Mauer" und Rassismus in der DDR
Initiative 12. August – In Gedenken an Raúl Garcia Paret und Delfin Guerra 6
Vom vergessenen zum langsamen Erinnern
Die Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân 9
Eine kritische Gegenerzählung zur Entpolitisierung
Die Initiative kritisches gedenken erlangen 13
„Von Rassismus wurde damals nie gesprochen"
Die Initiative Duisburg 26. August 1984 16
Geteiltes Leid ist halbes Leid
Gedenken an Ramazan Avcı und Mehmet Kaymakçı 20
Interview: Hinterbliebene über rassistischen Mord: „Ich war sehr alleine" 27
Weg vom Mythos der unvorhersehbaren Gewalt
Erinnerung an die Pogrome in Hoyerswerda 31
Engagement für mehr Gerechtigkeit
Ibrahim Arslan und sein Einsatz gegen Rassismus 36
Die Perspektive der Betroffenen
Initiative Hafenstraße'96 38
Nicht locker lassen
Die Initiative „Keupstraße ist überall" in Köln 44
Ein Mahnmal für die Keupstraße
Herkesin Meydanı 47
Oury Jalloh – Das war Mord
Break the Silence 49
Grenzen zwischen Communities überwinden
Bündnis Tag der Solidarität / Kein Schlussstrich Dortmund 53
Die Forderungen der Betroffenen müssen an erster Stelle stehen
Das Bündnis Kein Schlussstrich Hessen 56
#burakunvergessen: Acht Jahre Forderung nach Aufklärung
Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş 60
Warum musste Amed sterben?
Die Initiative Amed Ahmad 66
„Die Wahrheit steht außer Frage"
Die Initiative Gerechtigkeit für Adel B. 74
„Wir müssen den Alltag stören"
Anti-Rassismus-Protest am 8. Mai 77
140 Quadratmeter gegen das Vergessen
Die Initiative 19. Februar Hanau 80
Gastkommentar von Newroz Duman 83

Bündnis Tag der Solidarität –
Kein Schlussstrich Dortmund
Münsterstr. 56, 44145 Dortmund
buendnis_tagdersolidaritaet@keinschlussstrich-do.de

COVID-19 ist tödlich!
Tödlicher ist das kapitalistische System!
Ausweg: Sozialismus
Teil IV

In der letzten Ausgabe der *Trotz alledem!* haben wir in unserem COVID-19 Artikel geschrieben: *„Im zweiten Lockdown (sogenannter Lockdown-light) seit Anfang November haben die Herrschenden gezeigt, dass für sie Menschenleben der werktätigen Bevölkerung nur zählen als ProduzentInnen des Mehrwerts und als DienstleisterInnen, die das System aufrechterhalten.*

Völlig überfüllte Schulklassen und Kindertagesstätten, mieseste Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, in Produktionsstätten wie der Fleischindustrie, bei Amazon usw. Das Leben der Werktätigen ist keinen Pfifferling wert. Warum auch? Es gibt ja weltweit genügend Menschen dieser Kategorie, die prima ausgebeutet werden können.

Auch im so genannten harten Lockdown seit Dezember werden die Werktätigen in die Fabriken geschickt, damit die Produktion weiterläuft. Kleine Betriebe werden geopfert, sollen die doch Pleite gehen.

Sollen doch hunderttausende ArbeiterInnen in die Erwerbslosigkeit katapultiert werden. Hauptsache die Wirtschaft läuft. Hauptsache das kapitalistische Ausbeutersystem bleibt erhalten!"

An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert! Wieder einmal völlig unvorbereitet befinden wir uns mitten in der dritten Welle und den von der Regierung organisierten Chaostagen. Wöchentlich werden neue und sich widersprechende Maßnahmen getroffen: willkürliche regionale Ausgangssperren, die wieder gekippt werden, Erfindung eines neuen Feiertages, wie kurz vor Ostern, der nach einem Treffen von Merkel mit der Automobilindustrie und dem Bundesverband der Arbeitgeber (BDA) zurückgezogen wird – mit einer dramatisch gestalteten „Entschuldigung"! der Kanzlerin.

Impfchaos und Testchaos. Seit dem 8. März sollte allen BürgerInnen – mit deutscher Staatsangehörigkeit (!) in der Theorie ein kostenloser Schnelltest pro Woche zustehen. Welche Rechte zum Beispiel Menschen, die eine Aufenthaltsgenehmigungen haben und krankenversichert sind, ist dem Beschluss nicht klar zu entnehmen. Klarheit und richtiges Kommunizieren ist nicht die Sache der EntscheiderInnen.

Die Praxis sieht anders aus: Kein Personal, die Apotheken sind weder genügend mit Schnelltestkits und extra Räumen noch Schutz ausgestattet.

Was das Impfen betrifft: Erklärtes Ziel und Versprechen bei der Impfung war und ist: Alle impfwilligen BürgerInnen werden bis Ende des Sommers dazu die Möglichkeit bekommen. Nur jetzt ist schon klar, dafür ist nicht genügend Impfstoff da. Für einen der Impfstoffe, den englisch-schwedischen AstraZeneca, wurde die Impfung einige Tage völlig ausgesetzt. Wegen „lebensgefährlicher Indikationen". Dann wurde der Impfstoff für über 60-Jährige ohne weitere Priorisierung freigegeben! Die Menschen sind zu Recht völlig verunsichert. Gefundenes Fressen für ImpfgegnerInnen, Corona-LeugnerInnen und Co.

Wenn es aber um das Kapital geht, sieht es ganz anders aus: Innerhalb von Tagen hat Deutschland hunderte Millionen Euro an Finanzspritzen für Konzerne lockergemacht. Für die kostenlose Bereitstellung von FFP2-Masken für eng begrenzte Bevölkerungsgruppen brauchte es ein dreiviertel Jahr.[1]

Deutschland! – Du Einzelfall!

Die sogenannten Maskendeals von PolitikerInnen sind dermaßen zynisch und zeigen ganz klar: Es geht ihnen nur um Profit. Der Vizevorsitzende der Unionsfraktion Georg Nüßlein, CSU, soll von einem Hersteller von Hygienemasken die kaum fassbare Summe von 660 000 Euro als Provision erhalten haben. Der Ex-CDU-Abgeordnete Nikolas Löbel strich eine Viertelmillion Euro Vermittlungsgebühr für Maskengeschäfte ein. Der CDU Politiker Mark Hauptmann machte ebenfalls Geschäfte mit Masken. Im bislang letzten Einzelfall geht es um einen der Kohl-Söhne. Er verklagt den Staat auf fünf Mio. Euro, weil dieser sich weigert, die von Kohl Junior organisierte (schadhafte) Maskenlieferung (eine Mio.) zu bezahlen.

Die Maßnahmen werden alle mit der Bekämpfung der

1 Für diese „Verzögerung" spielen folgende Gründe eine Rolle. Die Masken wurden den berechtigten Personen nicht einfach per Post zugesandt. Nein, der Staat ließ in der Bundesdruckerei Millionen „fälschungssichere Gutscheine" drucken und an die Haushalte per Post senden. Auf so eine glorreiche Bürokratenidee muss man erstmal kommen! Auch dafür floss ein Haufen Geld. Ein zweiter Grund ist der Masken-Ankauf-Schwarzhandel, in dem diverse PolitikerInnen/Abgeordnete involviert sind, die sich als RechtsanwältInnen, GrundbesitzerInnen oder SchokoladenfabrikantInnen eine goldene Nase beim „Vermitteln" zwischen internationalen/nationalen Maskenproduzenten und Staat verdienten.

Pandemie und dem Schutz der Gesundheit begründet. Ihre Inkonsequenz, ihre Willkürlichkeit, ihre praktische Umsetzung zeigen aber klar, dass sie wenig mit der Gesundheit der werktätigen Bevölkerung zu tun haben. Zudem gehen sie einher mit massiver Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit und Aushebelung unserer demokratischen Rechte. Der Lockdown light beschränkt sich vor allem auf den privaten und Freizeitbereich. Mitten im Lockdown wird in Großbetrieben munter weiter produziert. Die Werktätigen gehen weiterhin ihrer „Arbeit" nach – in überfüllten Bussen und Zügen. Kaufhäuser, Einkaufszentren, Discounter etc. sind aktuell, mit Hygiene-Maßnahmen, teilweise wieder geöffnet.

Während also Produktion und Konsum auf Kosten der Werktätigen am Laufen gehalten wird, kennt die menschenverachtende Politik dieses Systems auch sonst keine Grenzen: Weiterhin wird abgeschoben, sogar nach Afghanistan, eines der am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder dieser Welt. Mitten im Lockdown werden Geflüchtete in Eiseskälte an den EU-Außengrenzen festgehalten oder in menschenunwürdige Lager gesteckt.

Innere Faschisierung und Militarisierung werden vorangetrieben

Im März demonstrierten in Kassel 20 000 Corona-LeugnerInnen und QuerdenkerInnen Schulter an Schulter mit offen auftretenden FaschistInnen. Die Mehrheit der Anwesenden hielt sich weder an die geltenden Abstandsregelungen noch an die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Die Polizei ließ die Protestler weitestgehend ungestört gewähren, während sie gewaltsam gegen GegendemonstrantInnen vorging. Außerdem löste die Polizei in Düsseldorf eine Kundgebung zum kurdischen Newroz-Fest unter Verweis auf die hohe TeilnehmerInnenzahl auf. Wegen Corona hatten die VeranstalterInnen zwei getrennte Demonstrationen mit jeweils 500 TeilnehmerInnen angemeldet. Eine der Demonstrationen wurde aber verboten, so dass sich logischerweise mehr als 1 000 TeilnehmerInnen an der anderen Demonstration beteiligten. Ein ganz ähnliches Bild Anfang April in Stuttgart, im Ursprungsländle der QuerdenkerInnen. Immer wieder wurde nachgefragt, warum die Polizei nicht einschreitet, sondern lieber den Gegenprotest von der Straße prügelt. „*Wenn wir da reingegangen wären, um die Auflagen durchzusetzen, hätte das die Situation eher verschlimmert als verbessert im Hinblick auf den Infektionsschutz*", so der Einsatzleiter. [2] Purer Zynismus! Das gilt offensichtlich nur bei Demos von Corona-LeugnerInnen, nicht aber bei linken antikapitalistischen Aktionen.

Das Ganze hat System: Dass die herrschende Klasse mit den Corona-LeugnerInnen kein Problem hat, ist schon lange klar. Das geht über Händeschütteln und Herzchenzeichen von PolizistInnen, diesen Bütteln des Systems, weit hinaus. Es geht darum, die Werktätigen sollen nicht verstehen, dass hinter deren ganzen Maßnahmen die reine Profitmaximierung steht. Dafür brauchen sie Kräfte, die davon ablenken und diese

2 stuttgarter-zeitung.de/inhalt.coronademos-in-stuttgart-protest-gegendemos-und-stau.f7ea38d8-9838-44c9-9f87-5b3f9f03ee37.html

Foto: Lichtgut Julian Rettig

Rolle kommt den Corona-LeugnerInnen zu. Deshalb machen Staat und Staatsmacht auch nichts, um sie zu hindern.

und das System heißt Kapitalismus.

Militarisierung: 53,03 Milliarden Euro Rüstungs- und Militärausgaben, eine Steigerung von 3,2 Prozent zum Vorjahr. Das Verteidigungsministerium hat einen absurd hohen Finanzbedarf angemeldet – von 55,4 Milliarden Euro in 2023, über 59,3 Milliarden in 2024 und 61,5 Milliarden Euro im Jahr 2025.

Der Haushalt der Bundeswehr wurde bis 2024 um mindestens 3,2 Mrd. Euro im Rahmen des Konjunkturpaketes erhöht. [3]

„Rheinmetall wird in diesem und im nächsten Jahr der Bundeswehr insgesamt 1 000 zusätzliche Militär-Lkw im Gesamtwert von rund 389 Millionen Euro liefern. Das teilte der Konzern mit. Der Auftrag wird aus den Zusatzmitteln des Konjunkturpakets finanziert." [4]

Die imperialistischen Widersprüche spitzen sich zu. Im März startete „Defender Europe", Militärgroßmanöver von EU und USA. Tausende US-Streitkräfte werden nach Europa verlegt, um einen etwaigen militärischen Konflikt mit Russland vorzubereiten. Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle als Drehscheibe für den militärischen Aufmarsch der NATO gegen Russland. „Defender Europe 2020" übte Truppenverlegungen in die Ostseeregion. „Defender Europe 2021" trainiert die Truppenverlegung in Richtung Schwarzes Meer. Zugleich proben die US-Streitkräfte mit asiatischen Bündnispartnern im Rahmen des „Defender Pacific" den Aufmarsch gegen China.

Der Verteidigungshaushalt wächst, im Jemen wird bombardiert, in Afghanistan wird bombardiert und in Mali wird bombardiert...

Klassenkampf gegen die Innere Faschisierung und Militarisierung!

AstraZeneca hin und her verboten erlaubt, erlaubt verboten...

In Deutschland war der Impfstoff von AstraZeneca für kurze Zeit verboten. Seit Anfang April empfiehlt die STIKO (Ständige Impfkommission) die Impfung mit AstraZeneca nur noch Menschen ab 60 Jahren. Es heißt, man geht von einem Thrombose-Risiko bei jüngeren geimpften Frauen aus. Was soll's – Deutschland und die imperialistischen und kapitalistisch entwickelten Länder haben ausreichende Alternativen. Deutschland kann im zweiten Quartal diesesn-Jahres etwa 57 Millionen Impfstoffdosen anderer Hersteller beschaffen. Das Vakzin von AstraZeneca macht nur ein Fünftel der Lieferungen aus. Insgesamt hat sich die Bundesregierung weit mehr Dosen gesichert, als sie für alle EinwohnerInnen benötigt, vorausgesetzt, alle gekauften Vakzine werden termingerecht geliefert – was bisher nicht der Fall ist. Was von den Impfstoffen übrig bleibt, kann an abhängige Länder „gespendet" werden. So lebt Deutschland gleich auch noch seinen „Internationalismus" vor – mit Finanzierung der UN-Initiative Covax, die die internationale Verteilung der Dosen übernimmt und angeblich für weltweite „Impfgerechtigkeit" gegenüber den wenig entwickelten und abhängigen Ländern sorgen soll.

Auf dem afrikanischen Kontinent erfolgen derzeit nahezu 90 Prozent aller Impfungen mit AstraZeneca. Wenn aber von einem Thrombose-Risiko bei jüngeren Geimpften auszugehen ist, dann wären die Folgen auf dem afrikanischen Kontinent fatal! Die Bevölkerungen ist im Durchschnitt sehr jung, die Zahl der Gefährdeten ist also besonders hoch. Dagegen sind die Kapazitäten zur Überwachung und Behandlung eventueller Nebenwirkungen äußerst eingeschränkt.

Impfrassismus

Als die ersten Impfstoffe (Vakzine) gegen Covid-19 zugelassen wurden, deckten sich die imperialistischen und kapitalistisch entwickelten Länder gleich richtig ein. Laut Netzwerk People's Vaccine Alliance, dem Organisationen wie Amnesty International, Global Justice Now und Oxfam angehören, hatten sie sich bereits im Dezember 2020 bis zu 53 Prozent der Dosen gesichert. [5]

Im Januar 2021 zog der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Fazit: *„Über 39 Millionen Dosen Impfstoff sind in mindestens 49 Staaten mit hohem Durchschnittseinkommen verimpft worden. In den Staaten mit dem geringsten Einkommen wurden lediglich 25 Dosen verimpft."* [6]

Nicht 25 Millionen, nicht 25 000 – **nur 25!** Selbst innerhalb der Europäischen Union wurden die ersten Lieferungen un-gleich verteilt: Italien erhielt 9 750, Frankreich 19 500 und Deutschland 151 125 Dosen. Bis Ende Februar waren erst zwei afrikanische Länder mit Impfdosen beliefert worden; in ganz Afrika waren bis Mitte März nur 1,7 Prozent der Menschen geimpft. Anfang April erhielt der Jemen läppische 360 000 Dosen des kostengünstigen und umstrittenen AstraZeneca. Für die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen bezogen und beziehen die Pharmakonzerne Milliarden Euro an Staats-Subventionen. Die Europäische Kommission zum Beispiel schoss mehr als zwei Milliarden Euro zu.

3 Informationsstelle Militarisierung, imi-online.de/2021/03/24/ruestung-trotz-pandemie/

4 n-tv.de/wirtschaft/Rheinmetall-erhaelt-Bundeswehr-Grossauftrag-article22273057.html

5 amnesty.org/en/latest/news/2020/12/campaigners-warn-that-9-out-of-10-people-in-poor-countries-are-set-to-miss-out-on-covid-19-vaccine-next-year/

6 aerztezeitung.de/Politik/Nur-25-Corona-Impfdosen-fuer-ein-Land-Moralisches-Versagen-416339.html

Biontech erhielt einen Kredit über 100 Mio. US-Dollar von der Europäischen Investitionsbank. Die Bedingung war, dass 25 Mio. US-Dollar **aus den erzielten Profiten** an die Investitionsbank zurückfließen sollen. Es ist also von vorneherein vollkommen klar und auch so geplant, dass mit Impfstoffen hohe Gewinne erwirtschaftet werden. Zusätzlich hat Biontech öffentliche Fördermittel in Höhe von 375 Millionen Euro erhalten. Für 2021 erwartet der Konzern einen Umsatz in Milliardenhöhe. [7] Die beiden Großaktionäre von Biontech haben ihr Vermögen mehr als verdoppeln können.

Wem gehört der Impfstoff?

Die Antwort ist ganz einfach: Den Konzernen. Trotz der öffentlichen Förderung behalten die Konzerne die Kontrolle über ihre Patente. Sie bestimmen, wer wie viel herstellt, was der Impfstoff kostet und auch, wer ihn bekommt. Das ist das sogenannte Recht am „geistigen Eigentum".

Den Grundstein für den Impfstoff im „Westen" legten weltweit öffentliche Forschungsprojekte, wie an der Universität Mainz und an der University of Pennsylvania in den USA. Die Pharmakonzerne kaufen die Erfindung – von der Allgemeinheit. Die Völker der abhängigen Länder werden als Versuchskaninchen benutzt. In Peru z.B. wurden an Tausenden Menschen Impfstoffe von verschiedenen Konzernen getestet.

Im Mai 2020 schlug Costa Rica den „Covid-19 Technology Access Pool" (C-Tap) zur allgemeinen Verfügbarmachung von Impf-Know-how vor. Ziel war, Wissen, geistiges Eigentum und Daten sollen geteilt werden, so dass auch in abhängigen und wenig entwickelten Ländern große Mengen von Impfstoffen gegen Covid-19 produziert werden können.

Die Kampagne versandete. Im Oktober schlugen Südafrika und Indien für alle Produkte, die zur Vorbeugung, Eindämmung und Behandlung von Covid-19 notwendig seien, ein zeitweises Aussetzen des Patentschutzes vor. Aber die Imperialisten blockierten – auch die EU und Deutschland – unterstützt von der mächtigen Pharmalobby. Danach wurde von der WHO die COVAX-Facility gegründet. Über das COVAX- Programm sollen abhängige und wenig entwickelte Länder Zugang zu Covid-19-Impfstoffen bekommen. Allerdings gewährt die Facility ihnen lediglich einen Preisnachlass. Die Möglichkeit, selbst Impfstoffe herzustellen – sofern sie in der Lage sind, eine Produktion vor Ort aufzubauen – bleibt diesen Ländern weiter verwehrt. Öffentlich-private Impfallianzen, die COVAX abwickeln, sorgen dafür, dass von dem Programm keine Gefahr für das herrschende Patentrecht ausgeht.

Das ist Kapitalismus – alles ist Ware!

In einer sozialistischen Gesellschaft würde Forschung und Entwicklung, die Herstellung, sowie die Verteilung der Medizin nicht so einem menschenverachtenden Quatsch, wie Patentschutz unterliegen. Und auch nicht der Gier nach noch mehr Profit. Nein! Im Gegenteil: Im Sozialismus würde die Wissenschaft an einem Strang ziehen und eine schnellere Impfstoff-Entwicklung ermöglichen, eine effiziente Produktion schaffen und eine gerechte und schnelle Verteilung organisieren. **Für den Sozialismus! Für den Kommunismus!**

Diese Ökonomie is stupid!

Erwerbslosigkeit: 40 000 Arbeitsplätze sollten allein bei den 30 DAX-Konzernen im Laufe des Jahres 2020 abgebaut worden sein. Für 2021 planen sie mit einer zumindest doppelt so hohen Zahl. Bei der Deutschen Bank und der Commerzbank könnte es zur Streichung jedes fünften Arbeitsplatzes kommen. Bis Ende 2022 sollen etwa 18 000 ArbeiterInnen und Angestellte entlassen werden. Das trifft nicht die BankerInnen. NEIN! Hier geht es um die Werktätigen in den Callcentern, die sowieso gerade mal den Mindestlohn verdienen.

Volkswagen will 27 000 Stellen streichen, BMW will weltweit etwa 6 000 ArbeiterInnen plus 10 000 LeiharbeiterInnen entlassen. Und das sind nur die DAX-Konzerne. Lufthansa plant mindestens 11 000 Stellen zu streichen, Klöckner (Stahl- und Metallwaren) schließt 19 Standorte, Galeria Karstadt-Kaufhof hat die Schließung von mehr als ein Drittel ihrer Kaufhäuser angekündigt...

Kurzarbeit: Im Februar 2021 ist im Vergleich zum Vormonat die Kurzarbeit um 100 000 gestiegen auf 2,8 Mio., das ist jede/r zwölfte sozialversicherungspflichtige Job. [8]

Lohnverlust: 15,5 Millionen Haushalte in Deutschland mussten bis Ende August 2020 Einkommenseinbußen hinnehmen, das waren überdurchschnittlich oft **„prekär Beschäftigte"**. Weltweit trifft die Krise **Frauen** besonders hart. Auch im angeblich ach so gleichberechtigten Deutschland: Der Frauenanteil in den schlechtbezahlten Berufen liegt zwischen 73 und 92 Prozent. Das sind die sogenannten systemrelevanten Berufe, wie Krankenpflege, Altenpflege, Beschäftigte in der Kinderbetreuung sowie Verkauf im Lebensmitteleinzelhandel. Zudem liegen die Einkommenseinbußen bei Frauen ungleich höher: Frauen reduzieren in der Krise ihre Arbeitszeit häufiger und in größerem Umfang als Männer. Im Verhältnis 24 zu 16 Prozent. [9]

7 Le monde diplomatique, März 2021, S. 1

8 junge Welt, 05.03.2021, S. 5

9 junge Welt, 03.03.2021, S. 5

Armutsgefährdet: In Deutschland trifft die Armut vor allem Alleinerziehende (41 Prozent), Geringqualifizierte (35 Prozent) und die „Soloselbständigen". Liegt klar auf der Hand, dass sich in der Corona-Krise die Lage verschärft hat: Alleinerziehende tragen die Lasten doppelt wegen Kinderbetreuung und durch wegbrechendes Einkommen. 29 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund sind armutsgefährdet, bei Menschen ohne Migrationshintergrund trifft das auf nur 11,7 Prozent zu. Und auf viele Werktätige in Ostdeutschland (22 Prozent).

Und die Reichen werden immer reicher

Die 500 reichsten MilliardärInnen der Welt haben zwischen Ende 2019 und Oktober 2020 ihr Vermögen um 15 Prozent gesteigert, die 100 reichsten Deutschen sogar um 20 Prozent. [10]

Das Gesamtvermögen der MilliardärInnen in Deutschland beläuft sich auf 606,8 Mrd. US-Dollar. **45 Familien** besitzen so viel wie die ärmere **Hälfte** der Bevölkerung. Allein die zehn reichsten Deutschen besitzen ein Vermögen im Wert von 241,9 Mrd. US-Dollar. [11]

Das sind die Konzernherren und -Damen der Autoindustrieinklusive Zuliefererbranche, von Groß- und Einzelhandel, Logistik, nicht zu vergessen die Bosse der Immobilienkonzerne und ganz klar die PharmakonzernchefInnen. Volkswagen, Daimler und BMW haben zusammen im vergangenen Jahr 2,4 Millionen weniger Autos produziert, aber trotzdem 16,6 Milliarden Gewinn erzielt. **Weniger Absatz**, aber **höhere Gewinne**. Damit das funktioniert wurden weltweit 20 000 ArbeiterInnen entlassen. Etwa eine Milliarden Euro Kurzarbeitergeld haben die drei Autokonzerne bekommen – und die Aktionäre konnten sich mit **Dividenden** in Höhe von **7,2 Milliarden** Euro bereichern.

Wie in jeder Krise geht das Großkapital als Gewinner hervor: Der US-Konzern Apple hat im vergangenen Jahr seinen Wert um **87 Prozent** auf 263 Mrd. US-Dollar **gesteigert**. Der Wert von Amazon stieg um 15 Prozent auf 254 Milliarden Dollar. **Zwölf** der 30 im Deutschen Aktienindex (DAX) gelisteten Konzerne haben im vergangenen Jahr Kurzarbeitergeld bezogen. **Elf** davon haben dennoch Dividenden im Umfang von **13,7 Milliarden!** Euro an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Mindestens 32 Mrd. Euro insgesamt wollen allein die 30 DAX-Konzerne auszahlen.

Die **Siemens AG** nahm von allen DAX-Konzernen am meisten Kurzarbeitergeld und zahlte die höchsten Dividenden: **3,17 Milliarden** Euro. Und das obwohl die ArbeiterInnen Lohneinbußen von 33-40 Prozent verkraften mussten. Zudem kündigte der Konzern im Februar an, 3 000 Stellen in der BRD, 1 700 in den USA und 3 100 an anderen Standorten zu streichen.

BASF SE schüttete 3,03 Milliarden und die Deutschen Telekom AG 2,85 Milliarden Euro an Dividenden aus. **BMW** hatte 2020 knapp 40 000 ArbeiterInnen in Kurzarbeit geschickt und zahlte im Mai eine Dividende von 1,646 Milliarden Euro. Die **Knorr-Bremse AG** hat 2020 den Großteil der ArbeiterInnen in Kurzarbeit geschickt und eine Dividende von 200 Mio. Euro allein an ihren größten Einzelaktionär ausbezahlt. Die **Deutsche Bank** hat im letzten Jahr fette Profite eingefahren: 624 Mio. Euro Überschuss und 113 Mio. Euro Gewinn. Fett Geschäfte macht der Konzern mit seiner Zockersparte Investmentbanking. [12] Die Deutsche Bank hat

bereits Milliarden-Boni an ihre Investmentbanker angekündigt. **Thyssen-Krupp** hat angekündigt, 11 000 Stellen zu streichen. 4 000 ArbeiterInnen wurden bereits Ende Dezember entlassen. Der Vorstand hat dafür eine Sonderzahlung erhalten! [13]

10 junge Welt, 27.03.2021, S. 5
11 junge Welt, 26.01.2021, S. 1

12 Das Investmentgeschäft umfasst im Finanzwesen insbesondere die kollektive Vermögensverwaltung und andere hiermit zusammenhängende Geschäfte durch Kapitalverwaltungsgesellschaften nach den Prinzipien der Risikodiversifizierung, der Fremdverwaltung und der kollektiven Kapitalanlage.
13 facing-finance.org/files/2021/02/Report_Dividenden_

Hunderte Milliarden Euro für die Monopole – Kein Geld für das Gesundheitssystem? Das ist Kapitalismus!

Weltweit fehlen sechs Millionen Menschen in der Pflege, obwohl immer mehr von ihnen benötigt werden. Während die Reichen sich, übrigens schon lange vor Corona, auf Luxusstationen pflegen lassen, krankt auch in einem der reichsten Länder der Erde, hier in Deutschland die Gesundheitsversorgung für die Werktätigen. Hier fehlen im „Normalbetrieb" schon heute mehrere zehntausend Pflegekräfte Keine Besserung in Sicht! Bis zum Jahr 2035 sollen – einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge – 500 000 Pflegekräfte in Deutschland fehlen. In den Ländern der Europäischen Union werden bis 2030 elf Millionen zusätzliche Pflegepersonen gebraucht. [14]

Die daraus folgende massive Verschlechterung von Arbeits- und Pflegebedingungen hat gravierende Auswirkungen auf Pflegende und PatientInnen: Arbeitsverdichtung, Dauerstress, Krankheit und immer stärkere Belastungen auf der einen, miserable Versorgung, Gesundheits- und Lebensgefahr auf der anderen Seite ... um ein Vielfaches verstärkt zeigt sich diese Situation seit Beginn der Pandemie: 9 000 Pflegekräfte haben seitdem ihren Job aufgegeben. Von wegen systemrelevant!

Die regelrechte Missachtung der Pflegeberufe ist bodenlos. Niedriglöhne und Abspeisen mit einem „Corona-Bonus", den noch nicht einmal alle bekommen … Dazu kommt, dass ausgerechnet hier der Infektionsschutz unzureichend ist. Menschen in Pflegeberufen sind besonders häufig wegen einer Corona-Infektion krankgeschrieben. 1 242 pro 100 000 in der Haus- und Familienpflege. 1 205 von 100 000 unter den AltenpflegerInnen und 1 101 unter den KrankenpflegerInnen. Das ist mehr als doppelt so viel wie der bundesweite Durchschnitt. Der liegt bei knapp 500. [15]

Das reicht den ProfiteurInnen aber immer noch nicht! Als wäre das scharenweise Ausbrennen der Pflegekräfte kein Alarmsignal, werden eine Reihe von Krankenhäusern – in der Krise – geschlossen, wenn sie keinen Profit erzielen. Laut Bericht des Bundesrechnungshofs ist jede zehnte Klinik davon bedroht. [16]

Linke und demokratische Organisationen und Gruppen machen mobil gegen die Privatisierung der Krankenhäuser. Doch das reicht nicht! Die Privatisierung des Gesundheitswesens verurteilen wir als Verschärfung des Sozialabbaus hart und beteiligen uns auch an den Kämpfen dagegen. Aber es muss klar sein: der Staat ist – im Kapitalismus – nicht der bessere Arbeitergeber! Nur als Beispiel: Im kommunalen Klinikverbund „Gesundheit Nord" (Geno) in Bremen werden zurzeit 440 Vollzeitstellen vernichtet. Grund: der Klinikverbund arbeitet nicht profitabel.

Der private Krankenhauskonzern Helios

2020 strich der Konzern einen **Gewinn** von **mehr als 600 Mio. Euro** ein – vor Zinsen und Steuern. Die rund 21 000 nichtärztliche Beschäftigten der 34 Kliniken des Helios-Konzerns sollen sich mit nur 3,8 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von 24 Monaten sowie einer einmaligen „Corona-Prämie" in Höhe von 400 Euro zufrieden geben plus einem sogenannten „Corona-Entlastungstag". Helios kann sich die Entgelterhöhung ohne weiteres leisten, denn der Konzern sagte seinen Aktionären sogar eine erhöhte Dividendenausschüttung zu!

Niedriglohn und Tarifverhandlungen

Ver.di hatte einen Tarifvertrag für die Werktätigen in den Pflegeeinrichtungen ausgehandelt. Die Mehrheit der knapp 15 400 Heime und 14 600 ambulante Pflegedienste ist in privater oder in kirchlicher Trägerschaft. Und die wenigsten haben sich einem bundesweiten Tarifverbund angeschlossen. Ver.di hatte sich mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche schon Ende 2020 auf eine bundesweite Ausweitung des Tarifvertrags Altenpflege verständigt. Ende Februar hat die **katholische** Caritas das verhindert.

Für die zusätzliche Beschaffung von Intensivbetten beschloss die Regierung, Zuschüsse zu zahlen. Im April gab es 22 000 Intensivbetten, im Sommer bereits 32 000. Die Krankenhäuser hatten 626 Mio. Euro erhalten. Was aber fehlte, um diese zu nutzen, war Personal. Gutes Geld, das besser für mehr Pflegepersonal eingesetzt worden wäre.

Was nun? Was tun?!

Verstärkt durch Krise und Corona-Zeiten weht ein Wind der Veränderung um die Welt. Dabei drehen sich die Kämpfe in Deutschland hauptsächlich um Lohn und Arbeitsplatzerhalt, Klima, Antirassismus und Antifaschismus. Seit Ende Januar fanden und finden in mehreren Städten in der BRD Kundgebungen und Demonstrationen von Linken Kräften zu den Maßnahmen der BRD-Regierung in der Corona-Pandemie statt. Zentrale Forderung ist ein soziales, demokratisches statt kapitalistisches Krisenmanagement. Die Kritiken decken ein weites Feld ab. Es gibt Kritik an den Großunternehmen, die sich durch oder trotz der Pandemie weiter bereichern, vor allem an der Rüs-

und_Kurzarbeit_in_Deutschland_202102.pdf

14 aerztezeitung.de/Politik/In-der-EU-sind-bis-2030-weitere-elf-Millionen-Pflegekraefte-noetig-417481.html

15 junge Welt, 01./02.04.2021, S. 13

16 lokalkompass.de/dortmund/c-politik/krankenhausschliessungen-trotz-coronakrise_a1486119

tungsindustrie und den genehmigten Waffenlieferungen in Konfliktländer. Es werden in den Tarifauseinandersetzungen höhere Löhne gefordert und besserer Arbeitsschutz. Es wird ein Lockdown für die Wirtschaft gefordert. Es geht um Niedriglöhne und Überarbeitung in der Pflege sowie um die Überforderung von Eltern, die Homeoffice mit Homeschooling und Fürsorgearbeit vereinen müssen. Auch die Situation von Wohnungslosen, die Lage der Geflüchteten, und die neuen Polizeigesetze stehen im Fokus. Alles richtige und wichtige demokratische Forderungen.

Die Corona-Pandemie ist eine Klassenfrage!

Aber der zentrale Knackpunkt ist: Ursache, Entstehung und Verbreitung der Pandemie ist eng verknüpft mit der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, mit der menschen- und naturverachtenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise im Imperialismus. Diese können wir nicht grundlegend durch Reformen und staatliche soziale Maßnahmen verändern. Wir können durch demokratisch-revolutionäre Kämpfe sicherlich hier und da einiges verbessern und verändern, aber wir können damit nicht die Haupttendenz des Imperialismus, die Barbarei aufhalten. Das ist unmöglich! Diesen Zusammenhang müssen wir KommunistInnen in unserer Politik und Arbeit überall aufdecken und bewusst machen. In die Kämpfe gilt es diese Erkenntnis hineinzutragen und sie populär zu machen. Nur wenn dieses System durch Revolutionen zerschlagen und ein neues, sozialistisches System errichtet wird, dann und **nur dann** wird die Menschheit überleben.

Es gilt: Alle Kämpfe um Befreiung, gegen Unterdrückung, gegen Kriege, Umweltzerstörung, gegen Patriarchat zu verbinden im großen Strom des antikapitalistischen Klassenkampfes, um das System insgesamt zu stürzen – das ist die einzige Lösung! Kampf gegen die Covid-19 Pandemie ist ein Kampf gegen das kapitalistische System –**Trotz alledem!**

Unsere Aufgabe ist es, weiter unermüdlich die heutige wichtigste Herausforderung für alle KommunistInnen zu propagieren und daran zu arbeiten, die Kommunistische Partei aufzubauen. Auch in Corona-Zeiten hat sich nichts an dieser Hauptaufgabe geändert.

ArbeiterInnen, das ganze Land steht still, wenn unser starker Arm es will!

Das wirkliche Übel heißt Kapitalismus und Imperialismus! **Klassenkampf ist angesagt und möglich!**

LESERMAIL
Irfan, Betriebsarbeiter
Kapitalistischer Betrieb & Gesundheit der Werktätigen

Ich arbeite seit vielen Jahren in einem Mittelständischen Lebensmittel-Betrieb, der ca. 1 000-1 200 ArbeiterInnen beschäftigt. Seit März 2020 leben wir in der Zeit der Pandemie. Seit fast über einem Jahr begleitet uns das Virus in unserem Alltag. Die ersten Corona-Fälle im Betrieb hatten wir Anfang Mai und damit wurde auch die Ernsthaftigkeit des Viruses von Geschäftsleitung und Betriebsrat gesehen.

Anfang Mai wurde ein Corona-Team unter der Leitung der Personalabteilung gebildet. Im Betrieb wurden an vielen Stellen Desinfektionsspender und Hinweisschilder wie „Bitte 1,5 m Abstand halten" angebracht. Die Startzeiten der Produktionsanlagen wurden versetzt, damit sich die Wege der Arbeiter/innen nicht kreuzen. Die Kantine wurde umgestellt, damit die Mitarbeiter/innen zwischen den Sitzplätzen die jeweiligen Abstände einhalten können. Sowohl die Personalleitung als auch das Corona-Team hat die Mitarbeiter/innen über die Vorsichtsmaßnahmen und Vorgehensweisen informiert.

Seit Anfang September wird am Eingang des Betriebs und vor allen drei Schichten die Temperatur der Arbeiter/innen gemessen. Wenn jemand eine Temperatur über 38 Grad hat, wird ihm/ihr der Zutritt verweigert, um die Sicherheit der anderen Mitarbeiter/innen zu „schützen".

Anfang September wurde im Betrieb wochenlang von Geschäftsführung und Betriebsrat über die Maskenpflicht diskutiert, und am Ende wurde sich schließlich darauf geeinigt, dass alle ArbeiterInnen, die den Abstand von 1,5 Meter nicht einhalten können, eine Einweg-Maske (sogen. Medizinische OP-Maske, die nicht die TrägerInnen selbst schützen) tragen müssen. Die Geschäftsleitung hat die Abteilungsleiter und Schichtleiter darauf hingewiesen, die Einweg-Masken sparsam zu verteilen. Aus diesem Grund bekamen alle Arbeiter/innen nur eine Maske pro Schicht. Zwischendurch wurden sie immer wieder darüber informiert, dass sie auch ihre eigenen Masken benutzen können. Darauf wurde bewusst hingewiesen um Kosten zu senken. Das übelste war, dass die Geschäftsleitung die Abteilungs- und Schichtleiter ständig dazu aufgefordert hat, darauf zu achten, dass keine/r der Arbeiter/innen zusätzliche Masken mit nach Hause nimmt. Zu diesem Zeitpunkt haben die Einweg-Masken pro Stück ca. 50 Cent gekostet.

Der ausschlaggebende Vorrang des kapitalistischen Kostenfaktors lässt sich auch an anderen Beispielen verdeutlichen.
Die Instandhaltungs-Leitung hat mobile Trennwände aus Plexiglas für die KollegInnen, die am Fließband arbeiten, fertiggestellt. Die Kosten betrugen einige 10 000 Euro. Es folgten erneute Nachfragen, Vorwürfe und Diskussionen seitens der Geschäftsleitung und des Inhabers, was die jeweiligen Kosten betrifft. Die zentrale Frage war wieder einmal: „Warum wurde so viel Geld ausgegeben?".
Ein anderes Beispiel für die Ignoranz gegenüber der Gesundheit der ArbeiterInnen: Seit Anfang September wurden drei KollegInnen freigestellt, die zuvor am Eingang des Betriebes (Früh, Spät und Nachtschicht) die Temperaturen der jeweiligen Mitarbeiter/innen gemessen haben. Wieder ein Geschrei! Wieder ein Gezeter über die Kosten.
Die Frage war wieder einmal, „wie können wir diese Kosten sparen". Der Inhaber hat über die Geschäftsleitung die Werksleitung umgehend dazu aufgefordert, über andere Möglichkeiten nachzudenken und diese so schnell wie möglich umzusetzen. Daraufhin wurde überlegt, einen Roboter (Künstliche Intelligenz) an der Pforte anzubringen, um die Kosten der drei Arbeiter/innen einsparen zu können. (Dieser Vorschlag wurde immerhin vom Betriebsrat abgelehnt.)
Die kapitalistische Gier hat keine Grenzen und kein Ende. Die Geschäftsleitung hat sich sogar in die Privatsphäre der Arbeiter/innen eingemischt und die Belegschaft dazu aufgefordert, darauf zu achten wie sich ihre KollegInnen privat verhalten und ob sie die Kontaktbeschränkung ernst nehmen. Also die **Aufforderung zum Bespitzeln und zur Denunziation!**
Die Informationen und Hinweise der Geschäftsleitung waren gleichzeitig immer auch **Bedrohungen gegenüber der gesamten Belegschaft.**
Sie hatten nur ein einziges Ziel: Die Arbeiter/innen müssen gesund bleiben, um die Warenproduktion aufrechtzuerhalten, ansonsten würde der Betrieb seine Aufträge verlieren und wäre gezwungen Arbeitsstellen abzubauen.

Das war und ist die Logik des kapitalistischen Geschäftsführers. Wenn die Gesundheit der Belegschaft so wichtig gewesen wäre, hätten diese Kostendiskussionen nicht stattgefunden.
Für einen kapitalistischen Geschäftsführer ist die Gesundheit der Mitarbeiter/innen allerdings nicht wichtig. Wichtig sind die Kosten und das Geschäft!
Der **Betriebsrat** hat sich in diesen Fragen, wie immer, insgesamt nicht kämpferisch verhalten. Die Proteste waren sehr schwach. Die Haltung des Betriebsrats war „weder Fisch noch Fleisch". Nur einige Betriebsratsmitglieder haben das Vorgehen der Geschäftsführung als „beschämend" bezeichnet und gefragt, wo die immer so angepriesene angebliche „Wertschätzung" bleibt?
All diese Vorgehensweisen und Corona-Hygienemaßnahmen waren und sind Betrug und Augenwischerei. Diese Vorsichtsmaßnahmen sind nicht für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der werktätigen Frauen und Männer gedacht, sondern für das **Weiterdrehen des Ausbeutungsrades**. Das alles für die „Gesundheit" der Belegschaft? Niemals! Die Kosten der Masken sind viel wichtiger! Nicht die Gesundheit der Belegschaft! Die Kosten der mobilen Trennwände sind viel wichtiger! Nicht die Gesundheit der Belegschaft! Die Gesundheit der Belegschaft ist nicht wichtig! Wichtig ist auch in Pandemie-Zeiten eine maximal kostengünstige Produktion aufrechtzuerhalten in trauter Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat.
An diesen Bespielen sehen wir eindeutig, dass Leben und die Gesundheit der Werktätigen, Frauen und Männer nicht wichtig sind. Wichtig ist, das Mehrwert- und Ausbeutungs-System aufrecht zu erhalten!
Im kapitalistischen Ausbeutungssystem lautet die Devise: **VOLLER** Gesundheitsschutz für den Ausbeuter und die herrschende Klasse.
NULL Gesundheitsschutz für die ausgebeutete und werktätige Klasse!

5. April 2021

Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit

Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Teil 7

Ökonomie SBZ und DDR 1945 – 1949

Vorbemerkung

In dieser Artikelserie stellen wir die Ergebnisse unserer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR und der SED zur Diskussion. Noch ist das keine abgeschlossene Analyse.
Aufgrund der Nachfragen von TA-LeserInnen wollen wir nochmals dazu ermuntern, uns Eure Kritiken, Anmerkungen und Ergänzungen, Gedanken mitzuteilen. Sie sind uns sehr willkommen. Unser Ziel ist, als Ergebnis der Artikelreihe Thesen und ein programmatisches Dokument zu verfassen.

In unseren bisherigen Beiträgen zur Analyse der DDR haben wir klar herausgearbeitet, dass die SBZ (Sowjetische Besatzungszone) später DDR in ihren Anfangsjahren der „bessere", demokratische und antifaschistische deutsche Staat war. Wenn wir mit AnhängerInnen von verschiedenen linken und sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Parteien über die DDR reden, sind sie oft über unsere Positionen erstaunt oder weisen sie mit Wut und Ärger zurück. Gegen unsere Argumente werden, je nachdem wer gerade spricht, entweder die Positionen der SED, der RevisionistInnen oder die der K-Gruppen der 1970er Jahre wiedergekäut.
In einer Stellungnahme des letzten SED-Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzen der vor 30 Jahren implodierenden DDR, Egon Krenz, wird die DDR nostalgisch verklärt: *„Daß wir einen **nicht kapitalistischen Staat** errichtet hatten, in welchem das Recht auf Arbeit, Bildung, Kultur, medizinische Versorgung und andere existentielle Menschenrechte gesetzlich garantiert waren. In welche Frauen und Männer gleichberechtigt lebten und die Demokratie am Arbeitsplatz funktionierte. Und von dem eine Außenpolitik gemacht wurde, die auf Frieden und Verständigung zielte, und der eine Volksarmee unterhielt, deren einziger Auftrag die Friedenssicherung war. Ganz zu schweigen von der entschiedenen Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern und deren Adepten, den Fremdenhassern und Antisemiten. In summa… trotz aller Defizite und Unzulänglichkeiten, ein Staat, in dem der Mensch nicht des Menschen Wolf war, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr existierte, in dem kameradschaftliche und menschliche Beziehungen wichtiger waren als Profit."* [1] (Hervorh. TA)
Hier ist die Verklärung der DDR zu einem faktisch sozialistischen Staat mit all seinen positiven Errungenschaften „trotz aller Defizite und Unzulänglichkeiten" von Krenz gut auf den Punkt gebracht worden. Von einem eingefleischten Revisionisten können wir auch keine ehrliche Analyse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus erwarten.
NostalgikerInnen und RevisionistInnen, wie Krenz, argumentieren hinsichtlich der ökonomischen Lage gegen unsere Position: In der DDR existierte die *„Ausbeutung des Menschen durch den Menschen"* nicht mehr. Die DDR war sozialistisch, weil dort kein Privateigentum an Produktionsmitteln existierte. Es gab die Volkseigenen Betriebe, VEBs, und auf dem Land gab es die Kollektivierung.
Hinsichtlich der politischen Bewertung werden der DDR ohne historischen Bezug Merkmale zugeschrieben, die nicht einmal die SED anfänglich vertreten hat: Beispielsweise, dass von vornherein die Diktatur des Proletariats in Form der Volksdemokratie und damit der Sozialismus geherrscht hätte. Das hat die SED zunächst keineswegs vertreten. Für sie war die DDR kein sozialistischer, sondern „ein demokratischer, antifaschistischer, friedliebender Staat".
In unserer DDR-Analyse, die wir bisher in den TA Ausgaben 81 bis 86 veröffentlicht haben, formulieren wir folgende zentrale Thesen:
– Der Charakter des Staates wird durch den Charakter der politischen Macht bestimmt. In der SBZ-DDR herrschte die volksdemokratische Macht und nicht

1 „Vorschau und Nachlese", Konkret, 10/2020, S. 22-23

die Diktatur des Proletariats. Ein Block aus kommunistischen, sozialdemokratischen und bürgerlichen Kräften, die als Block (Blockparteien) auftraten, übte seit der Gründung der DDR Oktober 1949 die politische Macht aus. Die DDR war bei ihrer Gründung „ein demokratischer, antifaschistischer, friedliebender Staat."

– Die SED wurde auf der Grundlage der Auflösung der KPD (Ost) und SPD (Ost) nicht als eine kommunistische, sondern als eine links-sozialdemokratische Partei gegründet. Zu keiner Zeit nach der Niederlage des Nazi-Faschismus haben weder die KPD noch später die KommunistInnen in der SED es verstanden, ein kommunistisches Programm auf der Höhe der Zeit zu entwickeln und durchzusetzen.

Die SED hat sich 1948 zum ersten Mal auf den Marxismus-Leninismus als Grundlage bezogen und setzte sich das Ziel, sich zu einer „Partei neuen Typus" zu entwickeln. Ab Juni 1952 hat sie den Beginn des Aufbaus des Sozialismus in der DDR verkündet. Und im Zusammenhang mit der Verkündung vom Aufbau des Sozialismus als grundlegender Aufgabe wurde von volksdemokratischer Ordnung gesprochen.

Die SED hat es zu keiner Zeit geschafft, die ArbeiterInnenklasse für den Sozialismus-Kommunismus zu gewinnen, die bürgerlichen Kräfte von der Macht zu vertreiben und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Sie selbst hat sich von einer links-sozialdemokratischen Partei im Laufe der Zeit zu einer revisionistischen verbürokratisierten Partei entwickelt.

Wir werden unsere Artikelserie nun mit der Analyse der volkswirtschaftlichen Entwicklung in den Anfangsjahren der SBZ-DDR fortsetzen. Wir wollen anhand der konkreten Entwicklung der Wirtschaft überprüfen, ob der Anspruch „sozialistisch" gerechtfertigt war.

Ausgangslage 1945 und volkswirtschaftliche Möglichkeiten der SBZ

In den ersten Nachkriegsjahren ging es beim wirtschaftlichen Aufbau darum, den Vorkriegszustand der Produktion zu erreichen, die Kriegsschäden zu beseitigen und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Dafür musste die faschistische Kommandowirtschaft der Nazis auf eine demokratische Wirtschaftsführung mit demokratischen Rechten für die ArbeiterInnenklasse umgestellt werden.

Hierbei stimmten die Ziele der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der antifaschistisch-demokratischen Kräfte überein. Die KPD setzt in ihren Richtlinien zur Wirtschaftspolitik Januar 1946 die richtigen Akzente: *„Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft kann weder anknüpfen an die Grundsätze der faschistischen Wirtschaftsführung noch an die Grundsätze der sogenannten freien Wirtschaft in der Zeit vor 1933,* ***noch*** *kann aus Gründen, die das Aktionsprogramm des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 darlegt, der Aufbau unserer Wirtschaft* ***zur Zeit ein sozialistischer*** *sein."* [2] (Hervorh. TA) Die weitere Ausführung ihres Wirtschaftsprogramms entspricht den Maßnahmen, die die SMAD umgesetzt hat. Ihr Wirtschaftsprogramm umreißt ein volksdemokratisches Programm, das erst einmal keinen Übergang zu einer sozialistischen Entwicklung vorsieht.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft fordert die KPD in ihrem Aufruf des Zentralkomitees Juni 1945:

„5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und ***unbotmäßige*** *Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.*

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen ***in keiner Weise*** *den Grundbesitz und die Wirtschaft* ***der Großbauern*** *berühren werden.*

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw." [3] (Hervorh. TA)

In diesem Aufruf von 1945, einem Monat nach Kriegsende, ist schon sehr gut und richtig das demokratische Wirtschaftsprogramm einer Volksdemokratie umrissen. In den bereits oben zitierten Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik von Januar 1946 führt sie das volksdemokratische Wirtschaftsprogramm weiter aus. Eine der ersten Aufgaben sieht die KPD darin, die verheerenden Kriegszerstörungen zu beheben und die Bevölkerung mit grundlegenden lebensnotwendigen Gütern zu versorgen.

Fabriken, Häuser, Straßen, Bauernhöfe lagen in Trümmern und mussten wiederaufgebaut und in Gang

2 „Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik vom 07.01.1942", „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Bd. 1 (Mai 1945 – April 1946), Dietz Verlag Berlin 1959, S. 387 – „Dokumente Arbeiterbewegung"

3 „Dokumente Arbeiterbewegung", S. 19

gebracht werden. In nur vier Jahren hatte der Nazikrieg zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland dezimiert, und das waren größtenteils KommunistInnen und AntifaschistInnen, aber auch die jungen kräftigen Menschen, die das Land jetzt dringend gebraucht hätte. *„Auf dem Territorium der DDR, der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, war ferner die wirtschaftliche Ausgangsposition durch besonders umfangreiche Zerstörungen an Industrie- und Verkehrsanlagen und durch Verwüstungen weiter agrarischer Gebiete gekennzeichnet."* [4] **1946** lag die **Bruttoproduktion der Industrie** (ohne Bausektor) bei nur **42 Prozent** des Vorkriegszustands von 1936.

Die KPD analysiert in ihren Richtlinien zur Wirtschaftspolitik Januar 1946: *„Der totale Krieg Hitlers führte das deutsche Volk auch wirtschaftlich in die größte Katastrophe seiner Geschichte. Mehr als 12 Jahre lang wurden alle Wirtschaftskräfte Deutschlands in den Dienst der Rüstung und des Krieges gestellt. Nicht nur das jährliche Volkseinkommen, sondern auch ein großer Teil des deutschen Volksvermögens wurde für die imperialistischen Raubinteressen der deutschen Konzern- und Bankenherren verpulvert. Die Produktionsmittel wurden ruiniert, die Energie- und Rohstoffvorräte aufgebraucht, der Boden durch Raubbau ausgesaugt, die Arbeitskraft des deutschen Volkes durch übermäßige Inanspruchnahme erschöpft. Das Verkehrswesen wurde zerrüttet, die Finanzreserven und die Spargelder des deutschen Volkes vergeudet, und eine Schuldenlast von 675 Milliarden Mark aufgetürmt."* [5]

Das Gebiet der SBZ-DDR war als ehemaliger Bestandteil der imperialistischen Großmacht Deutschland **insgesamt ein Industrieland** aber im Vergleich zu Westdeutschland weniger industriell geprägt. Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg waren Junkerland und damit agrarisch und Großgrundbesitz. Die Industrie war stark in Sachsen und Thüringen. Das Gebiet der DDR entsprach 40 Prozent des westdeutschen Territoriums. Die Bevölkerung betrug 1949 in der DDR ca. 18 Mio. und in der BRD ca. 50 Mio. EinwohnerInnen. [6]

Das Zentrum der deutschen Industrie mit seiner Kohle- und Stahlproduktion lag im Westen und damit auch Know-How und Infrastruktur. Die DDR musste viele zentrale Produktionsfelder aufbauen. Die Erkundung und Gewinnung von Kohle, der Aufbau einer Stahlproduktion, Aufbau wichtiger Maschinenbauindustrie und die Energiegewinnung. Trotz dieser strukturellen Nachteile gegenüber Westdeutschland wäre ein demokratischer Aufbau der Wirtschaft mit Zielrichtung zum Sozialismus möglich.

In dieser Hinsicht hatte die SBZ/DDR weitaus bessere Ausgangsbedingungen als Russland 1917, zumindest

was die wirtschaftlichen Möglichkeiten betraf.

Die sozialistische Sowjetunion half tatkräftig, den Aufbau eines demokratischen Deutschlands zu beginnen.

SMAD legt Grundstein für antifaschistisch-demokratische Volkswirtschaft

Nach dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland übte de facto die SMAD die politische Macht in der SBZ aus. Ausgehend von den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens geht die SMAD sofort dazu über, die vier „D"s umzusetzen: **Demokratisierung,**

4 „Ökonomische Geografie der Deutschen Demokratischen Republik", Bd. 1, VEB Herrmann Haack, Geografisch-Kartografische Anstalt Gotha/Leipzig, 3. überarbeitete und ergänzte Auflage, 1974, S. 38, – „Ökonomische Geografie"

5 „Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik vom 07.01.1946", „Dokumente Arbeiterbewegung", Reihe III, Bd. 1, S. 385

6 1990 lag die Bevölkerungszahl der DDR bei 16 Millionen zu 63,7 Millionen in der BRD.

Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung.

Alle antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften, die gesamte Politik der SBZ bis zur Gründung der DDR gehen vor allem auf das Konto der SMAD.

Auf dem Gebiet der Volkswirtschaft bedeuten die vier „D"s, **erstens** Zerschlagung der mit dem Nazi-Regime eng verbundenen Monopole und Kriegsindustrie, **zweitens** Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern sowie **drittens** die Bodenreform.

Die KPdSU verfolgte zum damaligen Zeitpunkt nicht die Politik, gemeinsam mit der SED eine sozialistische Revolution in Deutschland zu forcieren. Da vor allem die subjektiven Bedingungen nicht dafür gegeben waren. Das Ziel der Sowjetunion zu Stalins Lebzeiten bis 1953 ist ein antifaschistisches, demokratisches, entmilitarisiertes, friedliebendes vereintes Deutschland. Die SMAD setzt daher in der SBZ konsequent die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens um. Demokratisch-antifaschistischen Kräften übergibt sie sehr rasch bereits Ende 1945 die Selbstverwaltung. Die Ziele der SMAD und der antifaschistisch-demokratischen Kräfte stimmen überein. Weder die SMAD noch die KPD sind der Meinung, dass im Gebiet der SBZ der sozialistische Aufbau bevorstehe.

Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 heißt es*: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar* ***den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarischen-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.***" [7]

Für eine Bestandsaufnahme und Formulierung aktueller Aufgaben ist die Haltung der KPD damals richtig. In die Sphäre der Volkswirtschaft übertragen bedeutete das, vorrangig die Großkapitalisten sowie Nazi- und Kriegsverbrecher zu enteignen. Aber den Kapitalismus insgesamt vorerst nicht anzugreifen.

Um die vier „D"s, die das Potsdamer Abkommen vorsah, zu verwirklichen, musste die SMAD die Monopolkapitalisten sowie die Nazi- und Kriegsverbrecher enteignen. Dass die NSDAP durch die Großkapitalisten, vorneweg Krupp und Konsorten, mit Millionensummen [8] finanziert wurde, war 1945 kein Geheimnis mehr. Mit der Enteignung der Großkapitalisten sollte die finanzielle Basis der Nazibewegung ausgetrocknet und der Weg für eine demokratische Entwicklung vorbereitet werden.

Enteignung der Monopole, Gründung der SAG und der Volkseigenen Betriebe

Mit dem Befehl Nr. 3 vom 15. Juni 1945 verfügte die SMAD die Entwaffnung aller Personen in der SBZ. Anschließend ging sie dazu über, die Monopol- und Rüstungsindustrie zu demontieren und den Maschinenpark als Reparation teilweise in die Sowjetunion zu transportieren. Die Direktiven Nr. 38 und Nr. 39 des Alliierten Kontrollrats, wurde in der SBZ weiter konkretisiert mit dem Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 durch die SMAD: *„600 Rüstungsbetriebe wurden demontiert, davon wurden 202 Großbetriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften, SAG, umgewandelt, deren Produktion und Gewinne als Reparationen von der Sowjetunion einbehalten wurden."*

Am 12. Januar 1946 erließ der Alliierte Kontrollrat die Direktive Nr. 24 über die Entnazifizierung. Die SMAD verfolgte dieses Ziel konsequent mit eigenen Befehlen bis zum Jahr 1948. Mit dem Befehl Nr. 35 löste die SMAD die Entnazifizierungskommission auf und überließ die Verfolgung der Verbrecher der ostdeutschen Justiz.

Die SMAD setzte mit der Enteignung der Nazis und Kriegsverbrecher eine zentrale Forderung des Potsdamer Abkommens um. In welche Form die enteigneten Betriebe überführt werden sollten, in Privateigentum oder Volkseigentum wurde den ostdeutschen Selbstverwaltungsorganen überlassen. Dazu machten die Sowjets keine Vorgaben. Sachsen war das erste Land, das am 30. Juni 1946 einen Volksentscheid durchführte.

Dabei nutzte es das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid aus dem Jahre 1921. Es wurde insoweit an die Zeit angepasst als laut Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrats Kriegsverbrecher und Mitglieder der NSDAP von der Wahl ausgeschlossen wurden. Mit großer Mehrheit stimmte die sächsische Bevölkerung für die entschädigungslose Enteignung und Überführung des Eigentums von Monopolen, Kriegsverbrechern und Nazi-Faschisten in Landeseigentum. [9]

Der Volksentscheid in Sachsen diente allen anderen Ländern als Vorlage für die eigenen Volksbegehren.

7 „Aufruf der KPD von 11.06.1945", „Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR", Bd. I, 11.06.1945 bis 21.07.1955, S. 12, Dietz Verlag Berlin 1955 – „Aufruf KPD 1945"

8 Der „Adolf-Hitler-Fonds" wurde mit jährlich 50 Millionen Reichsmark gefüttert.

9 *„Bei einer Wahlbeteiligung von 94,1 vH entschieden sich bei 5,8 vH ungültigen Stimmen 77,7 vH für die Annahme des Gesetzes".* Werner Mussler, „Die volkseigenen Betriebe, Entstehung – Organisation – Aufgaben", S. 19, 1948, Die Freie Gewerkschaft, Verlagsgesellschaft mbH, Berlin – Mussler, „VEB", (vH - Prozent)

*„Wir erkennen die Bedeutung des **volkseigenen Sektors der Industrie als das Fundament der demokratischen Entwicklung der Wirtschaft und als Rückgrat der Politik der Lenkung und Planung der Wirtschaftsvorgänge.** Wir erkennen ferner die überragende Bedeutung des volkseigenen Sektors unserer Industrie bei der Überwindung der Schäden, die die nazistische Politik des Kriegspolitik und der Zerstörung unserem Volke und unserer Wirtschaft zugefügt hat und die Bedeutung der großen Arbeit, die bisher bei Wiederaufbau der Industrie geleistet wurde. Durch die Veränderung der ökonomischen Struktur unserer Wirtschaft, insbesondere durch die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, wurde der Einfluss der monopolistischen Kräfte in unserer Wirtschaft beseitigt und die Lenkung der Wirtschaft in die Hände des werktätigen Volkes gelegt."* [10] (Hervorh. TA)

Die Enteignung der Monopole und Naziverbrecher traf auf große Zustimmung unter den demokratischen Kräften.

Zum Vergleich: In der Westzone sah die Situation folgendermaßen aus: Hier übernahmen die Länderparlamente, die insbesondere von den Gewerkschaften, der KP und anderen demokratisch-antifaschistischen Kräften geforderten Sozialisierungen in die Verfassung auf. Diese „Sozialisierung" bewegte sich in der Bandbreite zwischen Vergesellschaftung des Bergbaus (NRW) und entschädigungsloser Enteignung und Vergesellschaftung (Hessen). Mit 70 Prozent stimmte die hessische Bevölkerung sowohl für den Sozialisierungsparagrafen als auch mit übergroßer Mehrheit für eine entschädigungslose Enteignung der Monopole, Kriegsverbrecher und Nazis. Im Gegensatz zur SBZ verhinderten die USA und britische Alliierte die Umsetzung des Volksentscheids in Hessen.

Die SozialdemokratInnen hatten bereits nach dem 1. Weltkrieg die Sozialisierung der Monopole verlangt, diese aber dann in der Weimarer Republik verschleppt. Die Monopole galten schlechthin unter den Linken als die eigentlichen Kriegstreiber und Profiteure des 1. Weltkriegs. [11]

Insofern ist die Forderung der Zerschlagung bzw. Zurückdrängung/Entflechtung der Monopole unter Teilen der reformistischen Linken, beispielsweise der Sozialdemokratie oder heute Die Linke akzeptiert, zumal diese Maßnahmen nicht die Fundamente des kapitalistischen Systems angreifen. MarxistInnen-LeninistInnen sollten immer hellhörig werden, wenn im Namen des Sozialismus-Kommunismus die Enteignung von Monopolen als eine sozialistische Maßnahme verkauft wird aber letztlich die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht angetastet werden. Die Wachsamkeit über solche revisionistischen Positionen soll aber die Bedeutung der Verstaatlichung der Industrie in der Volksdemokratie nicht kleinreden. Mit der Verstaatlichung der Industrie und Gründung der VEBs hat die SMAD einen gewaltigen Schritt Richtung Demokratisierung der Wirtschaft getan.

Mit Fug und Recht stellt Werner Mussler, Professor beim Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, fest: *„Durch das Volkseigentum wurden in der sowjetischen Besatzungszone erstmals in Deutschland die Voraussetzungen einer realen Demokratie, also nicht nur einer formalen Demokratie, geschaffen. Es gehört zu den Grundvoraussetzungen der Demokratie, dass Privatleuten das Verfügungsrecht über Produktionsmittel nicht in einem Ausmaß belassen wird, dass keine Gewähr mehr für die Ausnutzung des Volksreichtums im Interesse des Volkes und des Friedens gegeben ist und die Gefahr einer Desorganisation der Wirtschaftsablaufs besteht."* [12]

Mit Blick auf die zwei Weltkriege, die von deutschen Großindustriellen mit verursacht wurden, führt er richtig aus: *„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist also nicht allein nur eine Frage produktionstechnischer Zweckmäßigkeit, sondern – und das ist gerade am Beispiel Deutschlands so klar geworden – eine Existenzfrage für jedes moderne Volk."* [13]

Folgende in der Ostzone beschlagnahmte und in das Volkseigentum überführte Betriebe verdeutlichen die Praxis der Enteignung der Kriegsverbrecher und Nazis: *„Den großen deutschen monopolistischen Industrie- und Finanzvereinigungen wurde mit ihrer Enteignung in einem Teil Deutschlands ein schwerer Schlag versetzt. So gingen in die Hände des Volkes über: 38 Braunkohlegruppen, Hüttenwerke und andere Unternehmen des Flickkonzerns; insgesamt 59 Unternehmen der beiden Elektrokonzerne Siemens und AEG; 38 verschiedene Betriebe der Continental Gas-AG; 9 Werke von Mannesmann; 14 Betriebe des Rüttgerskonzerns; 11 Betriebe des Textilkonzerns Christian Dierig AG; 7 Chemiebetriebe der Henkel AG; 8 Betriebe des Reemtsmakonzerns und weitere wichtige Produktionsstätten einer Reihe deutscher Großkonzerne."* [14]

10 „Resolution der ersten Tagung der zonalen Industrievereinigungen der volkseigenen Betriebe", Mussler, „VEB", S. 5

11 *„Nach der sogenannten Novemberrevolution im Jahre 1918 glaubte man auch im bürgerlichen Lager, sich den Forderungen des Volkes nach einer Enteignung der Großindustrie nicht entziehen zu können. Auf sozialdemokratischer Seite vertraute man aber auf ‚die lebendigen Kräfte der Entwicklung' und ließ die Frage der Sozialisierung an Kommissionen und Unterausschüssen verweisen, wo sie schließlich auf die lange Bank geschoben und im Gestrüpp des parlamentarischen Formalismus abgewürgt wurde."* Mussler, „Volkseigene Betriebe", S. 7

12 Mussler, „VEB", S. 3

13 Mussler, „VEB", S. 4

14 „Beschluss des Parteivorstands vom 30. Juni 1948 zu dem Zweijahrplan 1949-1950", „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. II, Dietz Verlag Berlin 1952, S. 24-25 – „Dokumente SED"

Mussler zählt in dem bereits zitierten Buch noch 17 Betriebe des Göring-Konzerns, 17 Betriebe des Stinnes-Konzerns, neun Betriebe des Mannesmann-Konzerns und 45 Betriebe der Thüringer Gasgesellschaft auf, die enteignet wurden.

„Unter den Enteigneten befanden sich außerdem u.a. der Besitzer der Dresdner Zigarettenfabriken Philipp Reemtsma, einer der intimsten Freunde Görings und Finanzier der Nazipartei ...“ [15]

Viele der Namen und Konzerne sind uns heute noch bekannt. In der damaligen Ostzone wurden diese Monopolkapitalisten von heute auf morgen enteignet und damit entmachtet. Das war ein wichtiger und schwerer Schlag gegen das Monopolkapital.

Die Gründung der Volkseigenen Betriebe (VEBs) und die Wirtschafts- und Eigentumsstruktur 1948

Insgesamt wurden 9 281 gewerbliche Unternehmen, davon 3 843 industrielle Betriebe enteignet. Am 31. März 1948 war die Enteignung beendet. [16] *„In der Präambel zum Befehl 64 vom 17. April 1948 ist gesagt, dass von den meldepflichtigen Betrieben der Zone rund 8 vH in Volkseigentum übergegangen sind, die etwa 40 vH der industriellen Produktion der Zone hervorbringen.“* [17] Wir sehen hier verschiedene Zahlenangaben. Je nachdem welche Betriebe als Zensusbetriebe, also als meldepflichtige Unternehmen, gemeldet wurden und welche Betriebe als nichtmeldepflichtige Betriebe trotzdem unter die Enteignung und Verstaatlichung fielen, errechnen sich unterschiedliche Anteile am Gesamten. Nach Mussler wurden von ungefähr 40 000 industriellen Zensusbetrieben 3 000 Betriebe verstaatlicht, das sind 7,5 %. *„Würde man die Gesamtzahl aller enteigneten Objekte in das Verhältnis zur Anzahl aller gewerblichen Unternehmungen in der Ostzone bringen, würde sich natürlich für die in Volkseigentum übergegangen Betriebe eine wesentlich niedrigere Prozentzahl ergeben. Dies wird deutlich, wenn man bedenkt, dass beispielsweise in Sachsen 102 000 Handwerksbetriebe und 100 000 Handelsbetriebe bei nur 13 000 Industriebetrieben bestehen.“* [18]

Die Enteignung dieser Betriebe und ihre Überführung in die VEBs war ein richtiger Schritt in der volksdemokratischen Phase des Aufbaus der DDR. Die Ziele waren nicht der Aufbau des Sozialismus sondern die Demokratisierung der Wirtschaft. Unternehmer, die gegen die Nazis waren, wurden von der Enteignung verschont.

In der Entschließung des II. Parteitages September 1947 wird daher richtig festgestellt: *„Gegen diese Neuordnung richtet sich der besondere Zorn aller rückschrittlichen Elemente: Insbesondere werden die landeseigenen Betriebe mit Verleumdungen überschüttet. Einmal werden sie als sozialistische Betriebe bezeichnet, das andere Mal nennt man sie staatskapitalistische Betriebe. Sie sind jedoch weder das eine noch das andere. Die landeseigenen Betriebe sind noch nicht sozialistisch, weil die politische Herrschaft der Arbeiterklasse als Voraussetzung für den Sozialismus fehlt, und sie sind nicht staatskapitalistisch, weil der Staat, der sie verwaltet, nicht der Staat kapitalistischer Ausbeuter, sondern das demokratische Organ des Volkes ist. Diese Betriebe dienen nicht der kapitalistischen Ausbeutung, sondern den Interessen des Volkes.“* [19]

Folgende Zahlen benennen den Anteil der VEBs an der Gesamtproduktion in dem jeweiligen Bereich:

Kohleproduktion und Energieerzeugung sind zu 99,5 Prozent, Metallurgie zu 53,9 Prozent, Papier und Zellstoffe zu 44,5 Prozent, Maschinenbau zu 40,8 Prozent, Chemie zu 35,4 Prozent, Elektrotechnische Industrie zu 31,7 Prozent, Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu 13,6 Prozent und Kosmetische Industrie zu 6,5 Prozent vergesellschaftet [20]

Index der Bruttoproduktion in der Industrie (ohne Bau) und in einzelnen Zweigen bezogen auf das Territorium der DDR (1936 = 100 %) [21]

	1946	1956	1960	1966
Industrie ohne Bau	42	222	324	455
Bergbau	67	223	253	277
Energie	83	260	341	521
Metallurgie	19	161	222	291
Chemie	64	354	507	841
Maschinenbau	26	254	390	571
Elektrotechnik	38	409	814	1404
Feinmechanik, Optik	41	355	579	1009
Textil, Bekleidung	44	178	249	304
Holz, Papier	52	206	302	493

„Die Entmachtung der Kriegsverbrecher und Monopolkapitalisten sowie die demokratische Bodenreform schufen Voraussetzungen für eine neue Wirtschaftsentwicklung. Schon 1950 stieg die Industrieproduktion der DDR dank der Leistungen ihrer Werktätigen auf 111% des Vorkriegszustands von 1936 an (1946 = 42%!).“ [22]

15 Mussler, „VEB“, S. 14
16 Trotz Alledem, Nr. 83, S. 19
17 Mussler, „VEB“, S. 26
18 Mussler, „VEB“, S. 27
19 „Dokumente SED“, Bd. I, S. 218
20 Alle Zahlen aus Mussler, „VEB“, S. 27
21 „Ökonomische Geografie“, S. 38
22 „Ökonomische Geografie“, S. 38

Ganz klar mussten zuerst die Kriegsschäden beseitigt und die Reparationen an die SU bezahlt werden. Die Bruttoproduktion der Industrie 1946 beträgt nur 46 Prozent des Vorkriegszustands von 1936.
Das bedeutet, dass annähernd die Hälfte der Industrieproduktion zerstört war und wiederaufgebaut werden musste. Die Schäden in der Industrie konnten erst 1950 mit Masseninitiativen, wie die der Bergleute, überwunden werden. Laut den Angaben in der Ökonomischen Geografie hatte die DDR in der Industrie 1950 die Kriegsschäden überwunden und eine Produktionserhöhung um 11 Prozent gegenüber 1936 erreicht.
Die Sowjetunion hat alle beschlagnahmten Unternehmen, die zur Zahlung der Reparationen genutzt wurden, mit modernster Technik fit gemacht und der DDR nach und nach zurückgegeben. Von zehn Mrd. Mark Reparationen wurden letztlich nur vier Mrd. abbezahlt. Sie unterstützte die DDR mit Getreidelieferungen und technischem Knowhow.
Obwohl die Eisenbahn verstaatlicht wurde und damit ein wichtiger Teil des Verkehrswesens in der Obhut der Volksdemokratie war, befand sich der Kraftwagenverkehr und die Binnenschifffahrt zu 85 Prozent in privater Hand.

Beschäftigte (in 1 000) in den Zweigen der materiellen Produktion 1939 (umgerechnet auf die Bezirke der DDR)

Kohle, Energie	126,5
Metallurgie	73,2
Chemie	209,9
Bau, Baustoffe	586,6
Maschinenbau, Metallwaren	934,2
Elektrotechnik	171,2
Feinmechanik, Optik	82,3
Textil, Bekleidung	923,7
Holz, Papier	362,2
Glas, Keramik	86,4
Lebensmittel	397,3
Vekehr	336,7
Landwirtschaft	1. 704,7
Summe	5. 994,9

Die Zahlen der Tabelle 2 [23] zeigen, dass auf dem Gebiet der DDR 1939 in den Zweigen der materiellen Produktion ca. 1,7 Mio. Werktätige in der Landwirtschaft. und ca. 4,3 Mio. in den anderen Bereichen der materiellen Produktion arbeiteten. Der Dienstleistungssektor wurde nicht mitgerechnet.
Das bedeutet, dass die DDR auch 1945 trotz der Kriegsschäden eine industrialisierte Region war. 72 Prozent der Beschäftigten in der Produktion arbeiteten im Industriesektor. Das Potenzial eines Industrielandes mit einer ausgebildeten ArbeiterInnenklasse war trotz der Kriegsschäden vorhanden.
„An den Zweijahresplan (1949 bis 1950) schloß sich der erste Fünfjahresplan für die Jahre 1951 bis 1955 an. Durch ihn sollten die im zweiten Weltkrieg entstandenen Schäden und die aus der Spaltung Deutschlands folgenden Disproportionen der Wirtschaft weitgehend überwunden werden. Der Aufbau einer eigenen Grundstoffindustrie wurde zum wichtigsten Anliegen." [24]

Wie sah die Klassenstruktur aus?

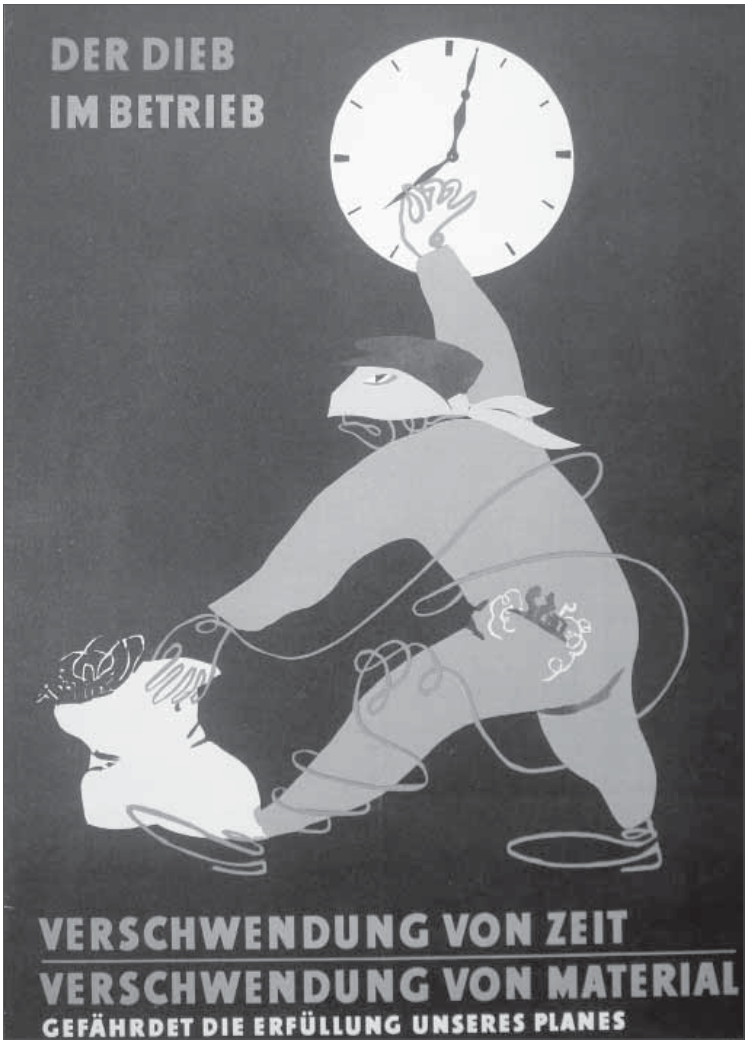
Für die Frage, ob die DDR volksdemokratisch oder sozialistisch war, reicht erst einmal eine grobe Betrachtung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, ohne in eine detaillierte Klassenanalyse einzusteigen:
„Wie aus den eingangs dieses Kapitels gemachten Zahlenangaben bereits hervorgeht, haben wir in der Ostzone keine einheitlichen Produktionsverhältnisse. Wir haben zuerst die einfache Warenwirtschaft, die sich hauptsächlich auf dem Lande, aber auch in den kleinen Handwerksbetrieben befindet, wo nicht ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigt werden und wo der Kleinproduzent im wesentlichen von seiner eigenen Arbeit lebt.
Wir haben dazu die kapitalistische Produktionsweise, die zahlenmäßig von großer Bedeutung ist. Das sind alle die Betriebe, in denen Lohnarbeiter beschäftigt werden und bei denen der Gewinn des Besitzers in der Hauptsache noch das Leitmotiv seines wirtschaftlichen Handelns geblieben ist.
Als dritte Form finden wir die genossenschaftliche Produktion, die in der Ostzone in den vergangenen Jahren eine sehr starke Förderung von seiten des Staates erfahren hat. Wir haben schließlich die im Volkseigentum befindliche Wirtschaft, deren einziges Ziel die Befriedigung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse ist." [25]
Wenn wir die uns bekannten Zahlen anschauen, wird deutlich, dass nur die Kohle- und Energieproduktion zu beinahe 100 Prozent in staatlicher Hand war.
In allen anderen Bereichen der Industrie war die Privatwirtschaft mit 50 Prozent und mehr vertreten. Die Handwerksbetriebe, die mit 800 000 Beschäftigten ins

23 „Ökonomische Geografie", S. 34. Aus praktischen Gründen wird in unserer Wiedergabe der Tabelle auf die Verteilung der Beschäftigten auf die 15 Bezirke der DDR verzichtet, stattdessen sich auf die Summen bezogen.

24 „Ökonomische Geografie", S. 24
25 Mussler, „VEB", S. 27-28

Gewicht fallen, waren ebenso privatwirtschaftlich organisiert. Für Ende 1947 zählt die SED 1 134 Handwerksgenossenschaften mit 112 033 Mitgliedsbetrieben, die zusammen 457 778 Beschäftigte umfassen. [26] Damit wäre die Hälfte aller HandwerkerInnen genossenschaftlich organisiert.

Und schließlich die Landwirtschaft, die mit 1,7 Mio. Beschäftigten die Volksdemokratie ernähren sollte, war Teil der Privatwirtschaft.



Weiterhin stellt Mussler fest – ohne Vergleiche und ohne die einzelnen Bereiche zueinander ins Verhältnis zu setzen – dass der kapitalistische Sektor von großer Bedeutung ist.

Diese Feststellung, die er 1948 getroffen hat, ist bis zum Jahre 1952 gültig. Ohne den 2. Teil unserer volkswirtschaftlichen Analyse vorwegzunehmen, stellen wir fest, dass bis Juni 1952 weder die Produktions- noch die Eigentumsverhältnisse sich qualitativ verändert haben.

Die DDR ist bis zu ihrer Verkündung des Sozialismus 1952 **ein volksdemokratischer Staat mit einer volksdemokratischen Volkswirtschaft.** Nicht mehr und nicht weniger.

Im Juni 1952, auf der 2. Parteikonferenz, erklärt die SED den Beginn des Aufbaus des Sozialismus in der DDR. Bis 1952 unternimmt die SED keine weiteren qualitativen Maßnahmen, die über die beschriebenen und von der SMAD durchgeführten Maßnahmen hinaus gehen. Maßnahmen, die den Kapitalismus zurückdrängen, die die Ausbeutung der Lohnarbeit beenden, die die sozialistische Volkswirtschaft stärken oder gar solche, die in eine sozialistische Ordnung münden. Weder – noch, nichts dergleichen!

Die SED etikettiert die DDR nun als sozialistisch, obwohl sich qualitativ nichts verändert hatte. Weder volkswirtschaftlich noch politisch gibt es Umwälzungen, die den Aufbau des Sozialismus irgendwie begründen würden. Dazu mehr im 2. Teil unserer volkswirtschaftlichen Analyse.

Dass die VEBs mit ca. 40 Prozent [27] Anteil an der Bruttoproduktion und damit am Nationaleinkommen beteiligt waren, ändert nichts an der Tatsache, dass der kapitalistische Sektor betriebs- und volkswirtschaftlich noch in der ersten Liga mitspielte. Viel schwerwiegender ist die Tatsache, dass die Mehrheit der Beschäftigten im kapitalistischen Sektor arbeitete. Das bedeutete, dass trotz oder mit der antifaschistisch-volksdemokratischen Ordnung die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse für die Mehrheit der Werktätigen vorherrschend waren. Daran haben die VEBs nichts Wesentliches verändert. Wir dürfen auch die VEBs nicht verklären. Hier wurden Direktoren und ein Management von oben bestimmt und eingesetzt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter konnten nur über ihre Gewerkschaft oder den Betriebsrat Einfluss nehmen. Sie konnten den Direktor nicht selber wählen. Wobei hier auch die Frage zu stellen ist, warum keine Leitungskollektive für die volkseigenen Betriebe durch die FabrikarbeiterInnen gewählt, sondern Einzelleitungen durch Direktoren installiert wurden.

Insofern wird von der SED und den verantwortlichen Lenkern der DDR-Wirtschaft der Widerspruch zwischen dem kapitalistischen und später fälschlicherweise als sozialistisch deklarierten „volkseigenen Sektor" der Wirtschaft entweder nicht gesehen oder verschleiert.

26 „Dokumente SED", Bd. II, S. 39

27 *„Die Grundlage der Industrie sind jetzt die volkseigenen Betriebe, die im I. Quartal 1948 nur 8 % der Gesamtzahl der meldepflichtigen Industriebetriebe darstellen, aber fast 40 % der Produktion der wichtigsten Industriezweige der Zone erzeugen. Es blieb demnach wohl die Mehrheit der Betriebe in Privatbesitz, aber der Herrschaft der Monopole wurde ein Ende bereitet."*, „Dokumente SED", Bd. II, S. 24

Widerspruch zwischen der kapitalistischen und volkseigenen Wirtschaft

Die Zahlen sagen uns, dass der kapitalistische Sektor – sowohl was seine Produktionskapazität als auch seine Beschäftigtenzahl anbelangt – die Industrie dominierte. Schauen wir auf die Landwirtschaftsbetriebe, wo im Zuge der Bodenreform aus vielen KleinbäuerInnen MittelbäuerInnen wurden, so dominierte auch hier der kapitalistische Sektor.
Hinzu kommt, dass in der Stadt die Handwerksbetriebe nach wie vor in Einzelunternehmerschaft oder Kleinunternehmerschaft geführt wurden. Der Handel war weitgehend immer noch in den Händen der Kapitalisten, viele Selbständige runden das Bild ab. 1948 dominierte die kapitalistische Produktionsweise mit den ihr eigenen Marktgesetzen, obwohl Monopole und Kriegsverbrecher enteignet worden waren.
Zum einen herrscht Konkurrenz zwischen den beiden Sektoren, um Produktion, Absatz und Beschäftigte, wie wir es in einer kapitalistischen Wirtschaft kennen. Kapitalistische Unternehmen beuten aus und leben vom Mehrwert. Zusammen mit den anderen kapitalistischen Sektoren, wie der kleinen Warenproduktion in der Landwirtschaft und dem Handwerk, bilden sie nicht nur eine wirtschaftliche Größe, sondern sind auch zahlenmäßig dem Proletariat überlegen.
In diesem Zusammenhang ist folgendes wichtig: Im „Lehrbuch der Politischen Ökonomie" wird behauptet, dass 1952 *„der Anteil des sozialistischen Sektors am Nationaleinkommen in Polen 75%; in der Tschechoslowakei 92 %; in Ungarn 86,6 %; in Rumänien 70%; in Bulgarien 85,9 %, in Albanien etwa 70 % betrug."* [28] Diese Zahlen können nur zustande kommen, wenn auch Gruppeneigentum (Kooperativen, Kollektive, einfache Zusammenarbeit etc.) zum sozialistischen Sektor hinzugezählt werden. Das ist Schönfärberei. Bemerkenswert ist noch, dass die Ökonomie der DDR im Lehrbuch nicht erwähnt wird, weder als sozialistischer noch als volksdemokratischer Staat!
Insofern lebt und arbeitet der Geist des Kapitalismus jeden Tag, jede Stunde in der SBZ weiter und wird jeden Tag aufs Neue produziert.
Auf dem II. Parteitag der SED 1947 werden zentrale Fragen der Befreiung der ArbeiterInnenklasse gar nicht thematisiert. Die SED sieht sich als Vollenderin der in Deutschland zweimal gescheiterten – bürgerlichen – demokratischen Revolution. Der Weg dahin soll über die Einheit in der SED und über die Einheit Deutschlands erreicht werden.
Die Verbesserung der Lage der ArbeiterInnenklasse soll durch Tarifverträge der Gewerkschaften und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte erreicht werden. In der Entschließung des II. Parteitages der SED 1947 wird gesagt: *„Auf dem Fundament der neuen demokratischen Wirtschaft entfalten die Gewerkschaften ihre Tätigkeiten, indem sie durch Tarifverträge eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten anstreben, durch das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ihren Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft verwirklichen, den Frauen und Jugendlichen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erkämpfen und die einheitliche Sozialversicherung und deren Selbstverwaltung durch die Versicherten schufen."* [29] Tarifrecht der Gewerkschaften und Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte gibt es auch im kapitalistischen Westdeutschland. Insofern zeugt eine Überhöhung dieser Rechte der ArbeiterInnenklasse in der DDR als Errungenschaften des Sozialismus oder gar Kennzeichnung dieser Rechte als Zeichen der Diktatur des Proletariats mindestens vom Nichtbegreifen/Unverständnis wenn nicht gar vom Verleumden des Sozialismus. Die SED setzt sich nicht eindeutig das Ziel, die kapitalistische Ausbeutung zu beenden, die Produktion und Verteilung aller Güter in die Hände der ArbeiterInnenklasse zu legen. Bis 1952 und dann bis zu ihrem Untergang unternimmt sie keine Maßnahmen, um die Macht- und Eigentumsstrukturen Richtung Sozialismus zu gestalten.
Die SED sieht nur befreundete Klassen und will die Volksdemokratie und später den Sozialismus mit der angeblich nicht mehr existenten Bourgeoise aufbauen. Dass dieses Vorhaben zum Scheitern verurteilt ist, hat uns die Geschichte der DDR bewiesen.

Bodenreform auf dem Lande

Ein weiterer Meilenstein für die demokratische Entwicklung auf dem Lande war die Bodenreform. Bereits 1945 verlangt die KPD eine Bodenreform. Diese Forderung stimmte mit den Zielen der Sowjetunion und dem Potsdamer Abkommen überein. Die SMAD hat die Umsetzung der Bodenreform in die Hände demokratisch-antifaschistischer Kräfte in der SBZ gelegt. *„Die Durchführung der Bodenreform erfolgte – unter Anleitung der Länder – durch die Kreis- und Gemeindeverwaltungen. Auf sämtlichen Verwaltungsebenen wurden insgesamt 10 000 Bodenreformkommissionen mit 52 292 Mitgliedern gebildet (Zusammensetzung: Parteilose 56,8 v. H., KPD 23,9 v. H., SPD 17,5 v. H., LDP und CDU zusammen 1,8 v. H.)"* [30]

28 Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, „Lehrbuch politische Ökonomie", Bd. 2, S. 652, Druck-Verlags-Vertriebs-Kooperative Frankfurt, 1971

29 „Dokumente SED", Bd. I, S. 218

30 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, „DDR

Junker, Fürsten, Grafen und Großgrundbesitzer mit über 100 Hektar Landbesitz und führende, aktive Nazis sowie Kriegsverbrecher wurden durch die demokratische Bodenreform enteignet. [31]

Auch auf dem Land war das Ziel die Demokratisierung, die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, der Fürstenländereien. Der Großgrundbesitz war eine materielle Basis des Nazismus und der Reaktion. Mit dieser Maßnahme erhofften sich die antifaschistisch-demokratischen Kräfte, diesen Feinden des Fortschritts ein für alle Mal den Nährboden zu entziehen. *„Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde, und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind."* [32]

Die Bodenreform in der SBZ unterscheidet sich von der Agrarrevolution in der Sowjetunion. Auch dort wurden Fürsten und Adel, die Kirchen als Großgrundbesitzer enteignet. Das Land wurde aber nicht als Eigentum an die kleinen und landlosen Bauern und Bäuerinnen übergeben, sondern ihnen nur zur Nutzung überlassen. Das Ziel war, sozialistische Strukturen auf dem Land zu schaffen.

Mit der Bodenreform in der SBZ-DDR wurden zahlenmäßig viele kleine und mittelgroße Bauernhöfe geschaffen. Viele KleinbäuerInnen entwickelten sich zur Mittelbauernschaft. *„Von den an Privatbetriebe verteilten Flächen wurden ca. 1,7 Mill. ha* (Hektar TA) *an rd. 210 000 Neubauern verteilt (Durchschnittsgröße 8,1 ha), während 0,275 Mill. ha zur Aufstockung von ca. 82 500 Betrieben der Kleinbauern verwendet wurden. Die restlichen Flächen entfielen auf Kleinpächter, Handwerker, Altbauernbetriebe."* [33]

Eine wichtige Weichenstellung für den Sozialismus wäre gewesen, den Grund und Boden sofort zu verstaatlichen und den Bauern und Bäuerinnen zur Nutzung zu überlassen. Oder als Zwischenlösung zumindest der Neubauernschaft das Land zur Nutzung und nicht als Eigentum zu übergeben. Wir gehen davon aus, dass die Kräfteverhältnisse dafür nicht vorhanden waren. Somit wurde auf dem Land das Privateigentum an Land und Höfen nicht abgeschafft. Im Gegenteil wurde die Zahl der kleinen Bauernhöfe vergrößert. Der Grund und Boden von unbescholtenen kleinen und großen BäuerInnen, die Landwirtschaft dieser BäuerInnen und die kapitalistischen Landwirtschaftsunternehmen wurden nicht angetastet. Auf dem Land waren 1,7 Mio. Menschen beschäftigt.

Sicherlich hat diese Maßnahme bei der zu Eigentum gekommenen neuen Bauernschaft Sympathien für die Volksdemokratie geschaffen, zugleich aber an Zahl viele KleinproduzentInnen und KleinkapitalistInnen hervorgebracht. Die kleinen BäuerInnen sind eine besondere **Schicht innerhalb der Kleinbourgeoisie**. Zum einen sind sie EigentümerInnen von Produktionsmitteln wie dem Boden etc., zum anderen arbeiten sie selber auf ihrem Land. Sie schwanken in der Klassenzugehörigkeit zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Je größer die Masse dieser Bauernschaft, desto schwieriger die Sozialisierung des Bodens auf dem Land und der Übergang zur sozialistischen Ökonomie. Wir stellen fest, dass mit der Bodenreform das Ziel verfolgt wurde, das Bündnis der Bauernschaft mit der ArbeiterInnenklasse zu festigen, um die Versorgung der Städte mit Nahrung und der Industrie mit Rohstoffen zu sichern. Zugleich wurde aber die kapitalistische Privatwirtschaft auf dem Land zum Nachteil von Kollektivierung und Sozialisierung gefestigt.

Diese Wesensart der Bauernschaft findet sich nicht in den Ausführungen der SED. Die SED schwärmt nur so vom Bündnis der ArbeiterInnenklasse und Bauernschaft. Falsch ist, dass den BäuerInnen mit falschen Attributen, wie „werktätige Bauern" und „vertrauensvoll", ohne Differenzierung ein falscher Klassencharakter zugeschrieben wird, der den Interessen dieser Klasse und Schichten nicht entspricht. In der Bauernschaft herrscht die Tendenz zum Kapitalismus, zur freien Marktwirtschaft vor, wo sie ihre Produkte selber anbieten und verkaufen können. Die Tendenz, zu kapitalistischen Betrieben zu werden, in denen sie Arbeitskräfte ausbeuten können. Nur unter ganz besonderen für sie vorteilhaften Entwicklungen neigen sie zur ArbeiterInnenklasse, zum Sozialismus.

Die SED hat die Schattenseiten dieser Bodenreform nicht wirklich ernsthaft thematisiert. Die Übergabe des Bodens an die BäuerInnen als Eigentum widerspricht im Grundsatz dem Streben des Sozialismus nach Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, also auch des Bodens. Mit der Bodenreform, die unter der Hauptlosung „Junkerland in Bauernhand" lief, wurden auf dem Land nicht die Grundlagen des Kapitalismus angetastet. Das war unter den gegebenen Bedingungen auch richtig. Mit Sozialismus hatte das aber nichts zu tun.

Die SED problematisiert das nicht einmal. Wie schwierig es ist, den Kapitalismus aus den Köpfen zu vertreiben und dann in der Praxis zur Vergesellschaftung voran zu schreiten, zeigt dann später die **Kollektivierungskampagne 1952**. Die alles andere als die Bekämpfung des Kapitalismus auf dem Land ist.

Im zweiten Teil unserer Analyse der Ökonomie der

Handbuch", S. 13, 1975, Bonn, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln

31 Zur Bodenreform haben wir bereits in TA 82 S. 12 – 14 ausführlich Stellung genommen. In diesem Artikel werden wir die wichtigsten Aussagen zusammenfassen.

32 „Verordnung der Provinzialverwaltung Sachsen über die Bodenreform",„Dokumente Arbeiterbewegung", Reihe III, Bd. 1, S. 136

33 „DDR Handbuch", S. 14

DDR zeigen wir auf, mit welchen Schwierigkeiten die SED beim Übergang zum Sozialismus auf dem Land zu kämpfen hatte.

1949 Gründung DDR und Übernahme der politischen Macht durch SED

Weitaus wichtiger ist die Frage, wie die SED nach der Gründung der DDR und der Übernahme der Macht die Entwicklung zum Sozialismus und Kommunismus gestaltet hat oder gestalten wollte. Die SMAD hatte wichtige Weichen für eine demokratische Gesellschaft und Wirtschaft gelegt. Die weitere Entwicklung lag in den Händen der SED.

Weitere Schritte zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung

Am 4. Juni 1947 erfolgt auf Befehl der SMAD 138/47 die Einrichtung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) als erstes zentrales Verwaltungsorgan der sowjetischen Besatzungszone zur Umgestaltung der Wirtschaft. Die DWK übernimmt ab dem 9. März 1948 die zentrale Leitung der Wirtschaft in der SBZ. Sie bestand aus VertreterInnen aller demokratischen Organisationen. Klassenmäßig waren in dieser Kommission alle Klassen in der DDR, ausgenommen Nazi- und Kriegsverbrecher, d.h. vor allem die monopolistische Großbourgeoisie und Junker, vertreten.
Auf die Währungsreform und die Gründung des Teilstaates Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Mai 1949 in den westlichen Besatzungszonen reagierte die SMAD und die SU mit einer eigenen Währungsreform am 24. Juni 1948 und schließlich mit der Gründung der DDR im Oktober 1949. Die westlichen Alliierten verstießen ganz eindeutig gegen das Potsdamer Abkommen, das zum Ziel hatte, ein friedliches, demokratisches, neutrales, entmilitarisiertes und vereintes Deutschland mitten in Europa zu bilden. Mit dem Ganovenstück des separaten Westdeutschlands leiteten der US-amerikanische Imperialismus und seine Verbündeten den sogenannten Kalten Krieg zur Eindämmung des Kommunismus ein. [34] [35]
Die Abspaltung der BRD als Teilstaat führte zu bedeutenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Von heute auf morgen wurden wichtige wirtschaftliche Beziehungen gekappt. Die DDR war von der Schwerindustrie Westdeutschlands abgeschnitten und musste eine eigene aufbauen. Der Energiesektor in der DDR war wenig entwickelt und musste mit der Erschließung des eigenen Bergbaus und der Kohleverstromung neu aufgebaut werden. Wichtige Lieferketten für die Industrie und die Landwirtschaft der DDR wurden unterbrochen.
Mit dem ersten Zweijahrplan für 1949 und 1950 und dem darauffolgenden ersten Fünfjahrplan 1951-1955 in der Geschichte der DDR wollte die SED die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen.

In dem Beschluss des Parteivorstands zum Zweijahrplan möchte die SED die Industrieproduktion 1948 um zehn Prozent erhöhen. Für 1949 und 1950 beschließt sie für jeden Wirtschaftsbereich ganz konkrete Zielvorgaben und Maßnahmen. [36]
Das sind Schritte in Richtung Stärkung des demokratischen Teilstaates DDR, um dem Ziel des einigen, demokratischen, friedliebenden Deutschland näher zu kommen.
Von der Machtübergabe durch die Sowjets 1949 bis zur Ausrufung des Aufbaus des Sozialismus Juni 1952 ergreift die SED keine qualitativen Maßnahmen, um den Übergang von der Volksdemokratie zum Sozialismus zu beginnen.

34 Die Gründung der BRD wird auf den 23. Mai 1949 datiert.
35 Die SMAD übergab mit der Gründung der DDR die politische Macht in die Hände der DDR-Regierung.
36 Vgl. „Dokumente SED", Bd. II, S. 54 ff

Trotz Corona – Krise und Alledem
Internationaler Frauenkampftag
8. März 2021
Frauenkampf ist Klassenkampf!

Der internationale Kampftag der werktätigen Frauen wurde 1910 von der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz auf Vorschlag von Clara Zetkin geschaffen. Seit 1911 finden jährlich an diesem Tag weltweit Aktionen statt, um den Kampf der Frauen gegen Unterdrückung und Ausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Straßen zu tragen.

Gründe genug für unseren Kampf!

Und zwar genau JETZT! Die Corona-Krise verschärft unsere Lebensbedingungen: Das Gesundheitswesen steht am Rande des Kollapses – Resultat jahrelanger **Maßnahmen für den Maximalprofit.** Denn in diesem System wird sogar unsere Gesundheit der Profitlogik unterworfen. Pflegepersonal ist total überlastet bei miesem Lohn. **Arbeitsrechte werden unentwegt ausgehebelt und das bleibt auch so – wenn wir nicht kämpfen!**

Die Realität von uns werktätigen Frauen ist nach wie vor doppelte Ausbeutung und Unterdrückung: Arbeitshetze, aufreibende Schichtarbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, kein gleicher Lohn bei gleicher Arbeit, Erwerbslosigkeit, Verarmung, Bürde der Haus- und Erziehungsarbeit, Männerherrschaft und Männergewalt, Kriege, Krise.

Es sind besonders wir, auf deren Buckel die Krise abgewälzt wird. Wir tragen aktuell vor allem die zusätzlichen Belastungen durch Lockdown, Homeoffice, Home-Schooling und soziale Vereinzelung. Häusliche Männergewalt gegen Frauen und Kinder ist massiv angestiegen.

Und all diese Unterdrückungsmechanismen treffen Migrantinnen, Frauen ohne Papiere und geflüchtete Frauen mit viel größerer Wucht. Geflüchtete werden an den Grenzen drangsaliert – die Meere Friedhöfe. Weltweit werden Geflüchtete gezwungen, in überfüllten menschenunwürdigen Lagern unter den miesesten Bedingungen zu überleben.

Es zeigt sich in der aktuellen Krise, was alle Krisen im Kapitalismus gemeinsam haben: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.

Unser Widerstand ist international!

Wenn wir heute auf die Straßen gehen, richten wir unsere Aktionen auch gegen die Kriege im Jemen, in Mali, Irak, Libyen, Afghanistan, Syrien, auf den Philippinen. Wir müssen deutlich machen, dass es Frauen sind, auf deren Rücken alle Kriege die größte Last abladen.

Hier in der BRD ist eine Kriegsrealität „weit weg". Aber Tag für Tag sterben auf der Welt Tausende Frauen in Kriegen, werden misshandelt und vergewaltigt, ermordet! Unter den auf Kriege folgenden Wirtschaftskrisen leiden Frauen am meisten**.** 70 Prozent der Ärmsten der Welt sind Frauen!

Und die Kriegsindustrie? Die profitiert! Die Aktien der größten Rüstungskonzerne steigen in der Krise. Im so genannten Corona-Konjunkturpaket vom Juni 2020 wird für die Bundeswehr eine halbe Mrd. Euro für ein „Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung" bereitgestellt. Insgesamt wird der Haushalt der Bundeswehr bis 2024 um mindestens 3,2 Mrd. Euro erhöht.

Frauenstreik: ArbeiterInnen, das ganze Land steht still, wenn unser starker Arm es will!

Am 8. März 2020 strömten weltweit Frauen für bessere Lebensbedingungen, für die Durchsetzung demokratischer Rechte, für Gleichberechtigung auf allen gesellschaftlichen Ebenen aber auch für andere Gesellschaftsentwürfe, wie zum Beispiel in Argentinien, auf die Straßen.

Gegen das Abwälzen der Krisenlast auf die werktätigen Frauen, gegen Prekarisierung, sexualisierte Gewalt, Femizide, Patriarchat, Rassismus und Faschismus und gegen die steigende immer brutalere Polizeigewalt.

Politischer Streik in Polen: Die Verschärfung des Abtreibungsrechts ist nicht die einzige sexistische Regelung die durch die PiS-Regierungs-Partei entschieden wurde. LGBTQ-„freie Zonen" wurden errichtet und der Sexualkundeunterricht verboten.

Massenproteste von mehreren zehntausend Werktätigen, vor allem Frauen, waren die Antwort auf diese reaktionären Maßnahmen. Täglich in mehr als 100 Städten des Landes. An dem von verschiedenen Frauen- und anderen Organisationen ausgerufenen **Generalstreik** beteiligten sich unter anderem viele junge Frauen im Gesundheitswesen, LandarbeiterInnen und auch SchülerInnen.

Werktätige Frauen bekämpfen nicht allein das

Abtreibungsverbot. Nein! Sie kämpfen gegen das ganze beschissene System!
Chile: „Un violador en tu camino" – „Der Vergewaltiger bist Du!" **Mehr als eine Million chilenische Frauen marschieren gegen Gewalt an Frauen.** Wie viele müssen noch sterben?
Spanien: „Ni Una Menos" – „Nicht eine weniger". **An den Protestaktionen beteiligten sich jeweils in hunderten Orten mehrere Millionen Frauen.**
Deutschland: Bundesweit standen wir Schulter an Schulter mit dem weltweiten Aufbruch der werktätigen Frauen. Mehr als 60 000 Frauen haben **auf vielfältige Weise** demonstriert, gefeiert und gekämpft.

Jetzt politischen Streik in Deutschland durchsetzen!

Auch wenn wir wissen, dass die reformistisch-reaktionären Gewerkschaften keinen politischen Streik mit uns durchsetzen wollen.
Es gibt viele Möglichkeiten. Ob im Betrieb, auf der Straße oder in der Schule...
Werden wir aktiv, machen wir uns sichtbar, zeigen wir den Bonzen, Konzernen und der bürgerlichen Politik, welche Kraft wir haben – wenn wir zusammenhalten, wenn wir uns organisieren und gemeinsam Widerstand leisten!
Frauenunterdrückung, wie auch immer sie aussieht, hat ihr Fundament im patriarchal-kapitalistischen System. Deswegen:

Frauenbefreiung fordert sozialistische Revolution – Alles andere ist Illusion! Kampf für Sozialismus – Kommunismus

Ja, schon einmal haben wir in der Geschichte grundlegend andere Bedingungen für uns, werktätige Frauen erkämpft.
Die sozialistische Gesellschaft in der Sowjetunion als lebendiges Vorbild: Umwälzungen zur Befreiung der werktätigen Frauen, Vergesell-schaftung der Hausarbeit sowie der Verantwortung und Erziehung für Kinder, Selbstbestimmung der Frau ... Gleichberechtigt auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens.
Lasst uns aus den Erfahrungen des jungen Sowjetstaats lernen: Klasse gegen Klasse!
Lasst uns den 8. März wieder zum Kampftag der werktätigen Frauen machen!
Bringt zu den Aktionen ALLE mit:
KollegInnen, FreundInnen, Schwestern, Mütter und NachbarInnen, Tanten ...
Schließt euch an! Bis jeder Tag 8. März ist!
Die Krise steckt im System – zusammen gegen Patriarchat und Kapitalismus!

Weltweit entern kämpfende Frauen Plätze und Straßen! Für Befreiung gegen Kapital und Patriarchat!

Am Internationalen Frauenkampftag haben dieses Jahr zum zweiten Mal trotz Pandemie und zahlreicher Einschränkungen Millionen Frauen rund um den Erdball ihre Stimmen erhoben. Überall einte uns ein Motto, „Frauenbefreiung – gegen Patriarchat und Kapitalismus". Auch wenn teils sehr unterschiedliche Forderungen gestellt und auch kontroverse Strategien zu diesem Ziel verfolgt werden.
Das Bündnis „bundesweitfrauenstreik" hat in der BRD zur Vorbereitung des diesjährigen 8. März eine digitale Plattform für alle kämpfenden Frauen und diverse Zusammenschlüsse, auch transnational in anderen Ländern, zum Beispiel Chile bereitgestellt. Aktiv beteiligt haben sich zum Beispiel kurdische Frauengruppen, GewerkschafterInnen vor allem im Care-Bereich, polnische Frauen aus der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot und regionale Frauenzusammenschlüsse aus hunderten von Städten.
In Telekonferenzen für Koordinierung und inhaltlichen Austausch wurden intensive, auch kontroverse Diskussionen geführt. Zum Beispiel, welche Forderungen stellen wir, worauf setzen wir unsere Priorität? Welche Bezeichnungen verwenden wir? Ist es richtig nur vom Frauentag zu sprechen? [1] Phantasievolle und wirksame Aktionsformen wurden vorgeschlagen, entwickelt und organisiert: Streikposten vor Kliniken, Fahrradkorsos, Schülerinnen-Streiks, Kundgebungen, Demos, Nachttanz-Aktionen …
Und das Alles unter den verschärften Bedingunge der

1 Wie sind Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen repräsentiert, wie werden Trans- und Intersexuelle etc. berücksichtigt? Ein Vorschlag unter anderen war den Begriff FLINTA*FrauenLesbenInterNonbinärTransAgender* zu verwenden. Agender: sich keinem Geschlecht zurechnende Personen. Sternchen*: für alle anderen Menschen, außer cis-Männer. Wir wollen uns demnächst inhaltlich mit dieser Diskussion befassen und unsere Position dazu klären.

Corona-Pandemie. Auf der 8. März Demo in Wien/Österreich skandierten Frauen lauthals gegen „Corona-Politik" von Regierung und Kapital die Parole: „Zurück an den Herd – das ist nicht unser Leben – drum werden wir uns erheben".
Zehntausende werktätige Frauen setzten Zeichen für einen Aufbruch und für ein Nicht mehr weiter so. Es reicht!
Wir, GenossInnen von Trotz alledem haben aktiv bei zahlreichen Aktionen mitgemacht! Unter unserem Leitmotto: „Frauenbefreiung fordert Revolution! Alles andere ist Illusion!"

8. März FrauenKampftag 2021

STUTTGART

„Die Krise heißt Kapitalismus und Patriarchat. Deshalb feministisch kämpfen!"

Unter diesem Motto fand am Internationalen Frauenkampftag in Stuttgart eine **Demonstration mit 2000 TeilnehmerInnen** statt. Die Auftaktkundgebung begann bereits sehr kämpferisch. „Unser Feminismus ist antikapitalistisch, internationalistisch und antirassistisch", so die Moderatorinnen. Die ersten Redebeiträge gingen auf die Situation von werktätigen Frauen und die Verschlechterung ihrer Lage seit der Corona-Krise ein. Das Aktionsbündnis 8. März hielt einen Redebeitrag über die Verknüpfung von Patriarchat und Kapitalismus und machte dem System eine feministische Kampfansage: **Auf einen Frauenstreik auch hier in Deutschland!** Eine Gesamtbetriebsrätin von H&M (Bekleidungs-Konzern) erklärte, dass Frau flexibel, schnell, billig, perfekt, Berufsanfängerin und immer auf Abruf bereit sein muss, wenn sie einen prekären Job in diesem Konzern haben möchte. Die Konzernführung schreibt das sogar in ihre Verträge: *„Du kannst nicht davon leben..."*
Ein kurzes Theater zur unbezahlten Reproduktionsarbeit von Frauen ging einher mit den Forderungen nach einer Übernahme dieser Arbeit durch Alle und einer angemessenen Bezahlung.

Kämpferische Demo zum 8. März

Die Demonstration startete lautstark mit den Parolen: **Frauen! Kämpfen! Frauen! Streiken! Wir nehmen uns was uns gehört!** und **Frauen, die kämpfen, sind Frauen die Leben, lasst uns das System aus den Angeln heben!** Die Stimmung war laut und kämpferisch. Es war einfach Klasse. So viele Frauen und TeilnehmerInnen unterschiedlichsten Alters und aus unterschiedlichsten Teilen dieser Welt. Frauen aus Chile, aus Rojava, aus Polen… Frauen in Rente, SchülerInnen, Pflegekräfte, Werktätige aus dem Erziehungs- und Sozialbereich, Frauen aus dem Einzelhandel, aus der Gastronomie, aus den vielen prekären Jobs, HausbesetzerInnen, gewerkschaftlich organisierte Frauen… darauf können wir mächtig stolz sein! **Küche, Ehe, Vaterland? - Unsere Antwort Widerstand!**
Der Frauenblock bildete die ersten (geschlossenen) Reihen. Im hinteren Bereich der Demonstration gab es eine Kinderbetreuung, so dass die Frauen in den kämpferischen Blöcken demonstrieren konnten, ohne sich um die Kinder kümmern zu müssen.
Auf der Zwischenkundgebung weitere Redebeiträge: Frauen aus der Pflege berichteten darüber, wie eine gute Gesundheitsversorgung für alle unter der kapitalistischen Profitlogik leide. Die Parole „**Ob Pflege oder Produktion – gleiche Arbeit – gleicher Lohn!"** begleitete diesen Beitrag.

Ein weiterer Redebeitrag thematisierte den Einfluss des patriarchalen Kapitalismus auf die Arbeitssituation von Frauen. **Gegen Patriarchat und Kapital kämpfen Frauen international!** Internationale Frauengruppen erzählten von ihren Kämpfen in Polen, in Rojava und in Chile. Ein musikalischer Beitrag von lateinamerikanischen Frauen mit dem Lied Canción sin miedo (Lied ohne Angst) griff den Kampf gegen Femizide auf.
Als die Demonstration an der

Kneipe „Oblomow" vorbeilief, machten die Gastronomie-Arbeiterinnen mit Schildern auf sexistische Sprüche und Übergriffe im Nachtleben, sowie auf die prekären Beschäftigungsbedingungen aufmerksam und wie wir Frauen uns dagegen wehren können. **Macker gibt's in jeder Stadt – bildet Banden, macht sie platt!**

Auf der ganzen Demonstrationsroute hat die Polizei provoziert und hat den Block mit den Roten Fahnen schikaniert. Frauen wurden kontrolliert und kurzzeitig festgenommen mit dem Vorwurf Sprühkreide benutzt zu haben. Es war klar und offensichtlich, dass die Polizei aus rassistischen Gründen vor allem gegen Frauen vorgegangen ist, die nicht ins Bild „weiße deutsch Frau" reinpassten**.** Wir haben uns aber nicht einschüchtern lassen und haben solidarisch und kämpferisch zusammengehalten. In der Nähe des Stuttgarter Landtags haben wir mit einer Sprühkreide-Aktion die Innere Faschisierung angegriffen.

Bei der Abschlusskundgebung haben Frauen das Justizministerium mit seiner Mittäterschaft an Femiziden konfrontiert. Mit einem Flashmob wurden 150 Schuhpaare aufgestellt, Kerzen und Zettel mit den Hintergrundgeschichten für 150 durch ihre (Ex-)Partner ermordeten Frauen im Jahr 2020, sichtbar gemacht. Und das sind nur die Zahlen, die bekannt sind. Die sogenannte Dunkelziffer liegt um einiges höher. **Gewalt an Frauen ist kein Einzelfall! Sexismus bekämpfen überall!**

Ein weiterer Redebeitrag handelte von dem alltäglichen Rassismus, den migrantische Frauen in Deutschland erfahren. **Women stand together – forever!**

Der 8. März, der Internationale Frauenkampftag war dieses Jahr für uns alle ein großer Erfolg! Obwohl an einem Montag waren so viele Frauen und TeilnehmerInnen auf der Straße und haben gekämpft. Das macht Mut!

Internationaler Kampftag werktätiger Frauen in NRW

In mehreren Städten haben wir uns an den 8. März Aktionen beteiligt. Das „Aachener Bündnis für eine Ende der Gewalt" bereitete unter dem Motto *„Frauenkampftag 2021 – Wandele Wut, Trauer und Angst in Widerstand"* vielfältige Veranstaltungen vor. Die 8. März Kundgebung wurde hauptsächlich von lokalen feministischen Frauengruppen organisiert und von einer Reihe von linken Gruppen, Verbänden und Vereinen unterstützt. Zum Beispiel „Die Linke", SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband), Antifa Aachen, Linksjugend Solid, SDAJ, SAV, F-F-F. Ungefähr 500 – 600 Menschen haben sich beteiligt. Ein erheblicher Teil davon waren junge, kämpferische Frauen. Das war sehr toll. Wir waren mit unserem neu gemalten Transparent: *„Frauenbefreiung fordert Revolution, alles andere ist Illusion!"* aktiv vor Ort. Wir haben unsere FreundInnen, Bekannten und KollegInnen mobilisiert.

Leider ließen die VeranstalterInnen nicht zu, dass wir unseren 5-minütigen 8. März Redebeitrag hielten, wir hätten unseren Redebeitrag früher anmelden müssen. Sie wollten nicht in letzter Minute den Ablaufplan der Kundgebung ändern, was aber eigentlich kein Problem gewesen wäre. Trotz alledem haben wir uns mit unserem Transparent in der Menge platziert. Anderthalb Stunden lang haben wir unsere Agitation/ Propaganda gemacht; Flugblätter verteilt, unsere Zeitung verkauft und diskutiert.

Weitere Transparente mit provozierenden, treffenden und witzigen Parolen für die Befreiung der Frauen – gegen Männerherrschaft und Kapitalismus, waren auf dem Kundgebungs-Platz zu besichtigen: *„Wir wehren uns gegen Patriarchat und Kapitalismus!"*, *„Kämpft mit uns gegen Sexismus für Emanzipation und Sozialismus!"*, *„We Are Not, Ovary Reacting"*, *„Abortion is Healthcare! Weg mit den 218 §/ 219§"*, *„Die Gesellschaft ist erst frei, wenn die Frau frei ist"*, *„Gewalt gegen Frau gibt es jeden Tag Organisiert Euch"*, *„Wandele Wut, Trauer und Angst in Widerstand"*, *„Die meisten Menschen, geben ihre Macht auf, indem sie denken, sie hätten keine"*, *„Egal ob im Haushalt oder im Betrieb: Unterdrückung und Ausbeutung durch Organisierung bekämpfen"*, *„Bagger & Macker Blockieren!"*, *„Wer nicht hören will, muss* fühlen… *Macker wegboxen!"*, *„Wenn wir streiken steht die Welt still!"*, *„Schluss mit körperliche Fremdbestimmung - Basta"*, *„Der Frau bleibt kein anderer Ausweg, als an ihrer Befreiung zu arbeiten. Dieser Befreiung kann nur eine kollektive sein."*

Wir wollen aus dem kämpferischen Redebeitrag des „Aachener Bündnisses für eine Ende der Gewalt" auf der Kundgebung einige Auszüge dokumentieren:

„Seit 110 Jahren gibt es nun den Internationalen Frauen Kampftag. Seit 100 Jahren am 8. März. Uns steht nicht der Sinn nach Feiern. Wir sind wütend, wir schließen uns zusammen, organisieren uns gegen patriarchale Zumutungen, die uns tagtäglich widerfahren. Frauen sind nach wie vor nicht nur von der Lohnarbeit abhängig,

sondern auch zusätzlich dem Mann untergeordnet. Sie erfahren auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Formen der Gewalt. Jeden dritten Tag wird eine Frau in Deutschland durch einen Angehörigen oder einen Ex-Partner oder Partner getötet. Jeden Tag wird das versucht.

Die strukturellen Gewaltverhältnisse unserer Gesellschaft übertragen Sorge- und Hausarbeit den Frauen. Und die damit verbundenen Eigenschaften und Emotionen an Frauen. Frauen werden so abgewertet. Sie haben so einen ungleich längeren Arbeitstag, sie sind vermehrt

prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt und sind häufiger von Armut betroffen. Die aktuelle Pandemie zeigt einmal mehr, wie weit wir von einer wirklichen Gleichstellung und Emanzipation entfernt sind. Die Zahl der Femizide ist weltweit angestiegen. Gleichzeitig müssen Frauenhäuser wegen mangelnder Zuschüsse schließen. Durch die vermehrte Isolation im eigenen Zuhause ist partnerschaftliche Gewalt enorm angestiegen.

Es sind zu einem Großteil Frauen, die das vollkommen marode Gesundheitssystem irgendwie am Laufen halten müssen und sie versuchen an vorderster Linie die Versorgung der Alten und Kranken so gut es geht sicherzustellen. Deswegen betonen wir nochmal: Das wir uns dem Wunsch nach der Rückkehr zur Normalität nicht anschließen. Denn in dieser Normalität wird Frauen das Recht am eigenen Körper abgesprochen; werden Frauen unterdrückt, ausgebeutet, geprügelt, missachtet, vergewaltigt und gedemütigt.

Wir stehen heute hier, weil wir für eine Gesellschaft kämpfen, die nicht auf Unterdrückung aufgebaut ist. Wo Frauen nicht mehr um ihr Leben fürchten müssen. Sondern wo sie frei werden können, ohne Angst dafür verschieden zu sein. Wir sind überzeugt, dass so eine Gesellschaft möglich ist. Wir sehen uns als ein Teil der weltweit stärker werdenden feministischen Bestrebungen. Und diese Bestrebungen werden andauern bis das gute Leben für alle erkämpft ist. Der Kampf gegen Patriarchat und Kapital und für das gute Leben muss ein gemeinsamer sein. Vernetzt und organisiert Euch. Auch unser Bündnis kann auch dafür eine Möglichkeit sein. Treten wir das Erbe unser Vorstreiterinnen an und bringen wir es zu Ende. Wandele Wut, Trauer und Angst in Widerstand."

Was wir als Mangel angesehen haben war, dass die OrganisatorInnen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung von migrantischen und die extrem prekäre Situation von geflüchteten Frauen nicht thematisiert haben.

In einigen Beiträgen von der Antifa Aachen und des SDS wurde der anwachsende Rassismus deutlich betont, und eine feministisch, antirassistische, und antifaschistische Haltung eingefordert. In weiteren Reden wurde zwar eindrucksvoll anhand von Statistiken, die besondere Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen belegt und angeklagt, gesellschaftliche Nachteile, Defizite oder Fakten genannt und auch angeprangert. Aber sie verblieben oft in einem rein reformistischen Fahrwasser. An den Staat wurden etliche kleinbürgerliche Forderungen gestellt und dabei Illusionen geschürt, falls diese verwirklicht würden, sei alles paletti. Weder wurde das System insgesamt kritisiert, noch gezeigt, wie man dieses System ändern kann und welche Lösungen es für die endgültige Befreiung der Frau gibt. Die Frauenfrage wurde nicht als Klassenfrage gesehen und thematisiert. Natürlich ist es wichtig, radikal demokratische Rechte einzufordern. Falsch ist um ein wenig Staatsknete zu betteln und uns mit Reförmchen abspeisen zu lassen.

Wir KommunistInnen sehen die einzige wirkliche Lösung darin, in einer kommunistischen Organisation, für den Sturz der herrschenden Verhältnisse, für eine sozialistischen Gesellschaft und für die Befreiung der Frauen zu kämpfen. Männerchauvinismus und Patriarchat müssen nicht nur in der Gesellschaft angegriffen und bewusst bekämpft werden. Sondern sie sind auch ein No go in den linken, revolutionären, kommunistischen Parteien und Organisationen. Das wird sich nicht von alleine durchsetzen, sondern nur durch die bewusste Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und patriarchalen Strukturen. Dem männlichen Mackergehabe müssen klare Grenzen gesetzt werden. Alle unterdrückten, werktätigen Frauen auf zum Kampf internationalistisch und organisiert und gemeinsam mit unseren Klassengenossen! Als eine starke ArbeiterInnenklasse!

Feiernd & Kämpfend durch Berlin – 8. März 2021

In Berlin haben Frauen einen wundervollen, kraftvollen Frauenkampftag gefeiert. Es gab viele dezentrale Aktionen an verschiedenen Punkten in der Stadt. Die wohl größte Aktion begann am Pariser Platz. Einige Tausende Frauen aus den feministischen, lesbischen und BTI, internationalistischen und kommunistischen Zusammenhängen trugen ihre Forderungen lautstark auf die Straße. So bunt und so viele Statements und Forderungen, die phantasievoll auf Pappschilder, auf den eigenen Körper, auf Transparente gemalt worden waren. Mit Lauti, Trommelgruppen, guter Musik wurde gerufen, gesungen und getanzt!

Schwarze Frauen nahmen Bezug auf die Black Lives Matter Bewegung und riefen zum Kampf gegen Rassismus auf. Andere Frauen trugen die Forderungen der Kämpfe aus Lateinamerika auf die Straßen der Hauptstadt. Gegen die Faschisierung in Brasilien, gegen die Sterilisation von indigenen Frauen in Peru und vor allem gegen das Patriarchat. Unsere Körper gehören uns. Mein Körper - meine Wahl!

In den Redebeiträgen wurde auf die grauenvolle Lage von geflüchteten Frauen, von Lesben, Inter-, Nichtbinären und Transmenschen hingewiesen. Am Beispiel der jezidischen Frauen in Şengal wurde die moderne Sklaverei, der Frauenhandel im 21. Jahrhundert von der Frauenorganisation DesDAN angeprangert. Die Sprecherin wies auf die Heuchelei Europas hin, die vor ihren Toren so ein barbarisches-patriarchales System des Islamischen Staates geduldet habe. Bis heute würden die Jeziden Opfer von Massakern und immer noch seien 2000 Frauen und Mädchen in den Fängen des IS. Sie beendete ihre Rede damit, dass jezidische Frauen ihre Lektion gelernt hätten und sich nie wieder kampflos ergeben würden.

Der Kampf um Frauenbefreiung ist international und internationalistisch, so wie Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Nadeshda Krupskaja das propagiert und Zeit ihres Lebens gelebt haben.

Insgesamt war diese Aktion sehr internationalistisch. Die Redebeiträge, die Ansagen in verschiedenen Sprachen. Jede Forderung für die Befreiung der Frauen hatte ihren Platz. Die Teilnehmerinnen waren international, und untereinander sehr solidarisch. Forderungen wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", „Vergesellschaftung von Kinder- und Hausarbeit" von jeher von kommunistischen Bewegungen aufgestellt, wurden in den Redebeiträgen erwähnt. Leider ist der Bezug zu Arbeiterinnenkämpfen in den Fabriken und auf Feldern dieser Welt, von Argentinien bis Zimbabwe von Bangladesch bis Chile noch viel zu schwach ausgeprägt. Es sind die Arbeiterinnenkämpfe gewesen - wie die Textilarbeiterinnen in den USA im 19. Jahrhundert oder die Arbeiterinnenstreiks im Februar 1917 in Russland, die großartige Massenkämpfe der ArbeiterInnenklasse entfacht haben. Obwohl CIS-Männer nicht erwünscht waren, liefen hier und da welche in den Reihen mit.

Manche vorbeigehenden Männer fühlten sich provoziert. Ein alter „Kerl" lief mit gesengtem Kopf an uns vorbei und brummte ununterbrochen „Scheiße", „Scheiße", „Scheiße" vor sich hin. Ein anderer Typ suchte womöglich gleichgesinnte Männer als er

unsere Genossen am Rande der Demo ansprach: „Also ich habe beobachtet, dass 30 Prozent der Frauen Lesben, 30 Prozent normal und 10 Prozent Schwule dabei sind." Das zeigt, wie manche Männer nervös provokativ auf Frauenforderungen reagieren. Ablehnung, Aggression, Gewalt, das sind die Antworten des patriarchalen Systems.

„Schluss mit dem Femizid!" Die Forderung bei Frauenmorden einen eigenen Straftatbestand des Femizids einzuführen und Männer dementsprechend zu bestrafen, wurde sehr oft gestellt.

Nicht zuletzt wurde das ganze kapitalistisch-imperialistische System für die Frauenunterdrückung und Ausbeutung verantwortlich gezeichnet. Die Antworten gaben die Frauen selbst: Revolution und Sozialismus. Auch wenn diese Stimmen noch zu wenige in der revolutionären Frauenbewegung sind, waren es in der Geschichte Arbeiterinnenkämpfe und Streiks, die Revolutionen anzettelten. Daran wurde erinnert. Diese Zeiten werden kommen. Wir haben unser 8. März Flugblatt verteilt und unser Transparent getragen.

In unserem Kampf für den Kommunismus wird Genosse Yusuf weiterleben … Unermüdlicher und entschlossener Kämpfer!

Wir haben einen wunderbaren Genossen verloren. Viel, viel zu früh … mit 57 Jahren!

Yusuf war zutiefst in seinem Inneren, in seiner ganzen Weltanschauung, in seiner Lebensweise verbunden mit der internationalen ArbeiterInnenklasse. In allen theoretischen, politischen Herausforderungen in der kommunistischen Arbeit waren die LehrmeisterInnen des Marxismus-Leninismus sein Kompass.

Die Theorie, das Wissen des Marxismus-Leninismus war für ihn nicht trockenes Bücherwissen. Mit seinem scharfsinnigen Verstand nutze er sie als Werkzeuge um interessierte Menschen, vor allem ArbeiterInnen dem Kommunismus nahezubringen.

Yusuf war ein klassenbewusster Proletarier, der sich in hartnäckiger Selbstschulung ein fundiertes Wissen über Geschichte, Klassenkämpfe und politische, historische und ökonomische Gesetzmäßigkeiten aneignete. Er wusste fast alles, und wenn er etwas nicht wusste, begann er historisch-materialistisch in den Tiefen der Geschichte und in den aktuellen Entwicklungen zu forschen. Bescheiden, aber bestimmt hat er sein gewaltiges Wissen mit allen geteilt. Er hat zahlreiche Artikel und Bücher im Kollektiv mitverfasst und publiziert.

Immer wieder verblüffte er uns mit seinem enormen Wissensschatz. Daten, Ereignisse, Personen, die historisch-politischen Umstände konnte er sofort abrufen und sie uns darlegen. Wo wir noch über Namen von ProtagonistInnen und Daten irgendwelcher Ereignisse, Abkommen mutmaßten, lieferte unser „Wandelndes Lexikon" die sicheren Fakten.

Anfang der 1980'er Jahre entschied sich Yusuf nach intensivem Selbststudium für die marxistisch-leninistische Linie von Bolşevik Partizan und organisierte sich. Er war politisch geschult und sozialisiert in der revolutionären türkisch-kurdischen Bewegung.

Besondere Schwerpunkte in der politisch-theoretischen Arbeit von Yusuf waren die kurdische und armenische Frage sowie die Praxis und Theorie des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion. Sein Ziel war seine Erkenntnisse in die Aktion des Klassenkampfes einzubringen, zu propagieren und dafür zu agitieren.

Yusuf selbst war kurdischer Herkunft. Mit der kurdischen Frage hat er sich intensiv beschäftigt. Als Angehöriger einer unterdrückten nationalen Minderheit mit alevitischen Glauben war ihm von Kindesbeinen an die Unterdrückung bewusst.

In der Bolschewistischen Partei Nordkurdistan hat er sowohl gegen den großtürkischen Chauvinismus gekämpft als auch die ideologisch-politische Auseinandersetzung mit dem kurdischen Nationalismus geführt.

Über die Geschichte des armenischen Volkes, über den Völkermord und die Verantwortung des türkischen Staates und auch des deutschen Imperialismus hatte er sich umfassende Erkenntnisse angeeignet und propagiert. Für Yusuf war die Reise nach Armenien zur Teilnahme am 100. Jahrestag des Gedenkens an den Völkermord 2015 sein emotional ergreifendstes Erlebnis. Er hat dort seine tief empfundene Solidarität mit dem Schicksal des armenischen Volkes mit armenischen FreundInnen geteilt und neue Freundschaften geschlossen.

In Vorträgen und Diskussionen sowie in Artikeln und Untersuchungen hat er sympathisierenden ArbeiterInnen und RevolutionärInnen, seinen GenossInnen diese Themen überzeugend nahegebracht und ihre Aktualität deutlich gemacht.

Als Bolşevik Partizan seine Auslandsorganisation auflöste, entschied er, nach zwanzig Jahren, sich bei Trotz alledem! für die Revolution in Deutschland zu organisieren.

Er scheute keine Mühe das politische-intellektuelle Deutsch zu lernen. Mit Verbissenheit und Energie las er sich in die deutschsprachige Literatur ein und verbesserte mit den Jahren seine Aussprache und sein Schreiben. Wieder hat er bewiesen, dass er, ein Kind einer armen Bauernfamilie, mit wenig bürgerlicher Schulbildung, mit Entschlossenheit und dem Studium des Marxismus-Leninismus, sich zu einem kommunistischen Arbeiter-Intellektuellen entwickeln konnte.

Er war unser Gesicht nach außen bei der Vorstellung unserer Linie. Er hat unsere Linie überzeugend, standhaft, ohne in Überlegenheitsarroganz zu verfallen, sowohl politischen GegnerInnen als auch der/dem interessierten ArbeiterIn dargelegt.

Er war glühender Internationalist! Er hat das Prinzip der Kommunistischen Internationale sich zu eigen gemacht. Ein/e KommunistIn kann und muss in jedem Land der Erde leben und arbeiten können. Kommunistische Prinzipien waren ihm „hoch und heilig".

Wir scherzten über sein Pflichtbewusstsein, über sein „zuerst kommt die Parteiarbeit, dann das Private". Wir

zogen seine „deutsche“ Eigenart durch den Kakao: „Erst die Pflicht, dann das Vergnügen“.
Bei Aktionen, in Konferenzen hielt sich unser Genosse nicht mit Smalltalks und Scherzrunden auf. Erst als die Arbeit erledigt war, gönnte er sich Verschnaufpausen, dann durfte auch gescherzt und gealbert werden, aber keine Sekunde vorher. Er lebte und arbeitete wie ein Parteiarbeiter aus dem Buche, so war unser Genosse Yusuf!
Seine Leidenschaft, ja seine Liebe galt den Büchern. Er war ein Sammler und Forscher. Seine „Bibliothek“ ist eine Fundgrube seltenen antiquarischer Bücher. Revolutionäre Romane, kaum auffindbarer Dokumente der Kommunistischen und Internationalen ArbeiterInnenbewegung, historische Zeitschrift, Foto- und Kunstbände, sowie grundlegende Werke der Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Rechtslehre insbesondere aus der Zeit der sozialistischen Sowjetunion.

Sein zweites Zuhause waren eine Zeitlang Antiquariate. Woche für Woche durchstöberte er diese nach kostbaren Schätzen der ArbeiterInnenbewegung. Er scheute keine Summen, um diese zu erwerben. Er behütete seine Bücher, Zeitschriften wie sein Kind. Er trennte sich sehr schwer von seinen Schätzen. Diese Vorliebe hatte er schon sehr früh und es kostete viel Mühe, um einige Exemplare hin und wieder auszuleihen.
Auf internationalem Parkett hat er bei ICMLPO und ICOR Veranstaltungen/Konferenzen als aktiver Unterstützer mit gearbeitet. Er hat in verschiedenen Ländern in ArbeiterInnenvereinen Vorträge zu einer Vielfalt politischer Themen gehalten.
Gleichzeitig war Yusuf in seinem Umfeld in antirassistischen und antifaschistischen Bündnissen aktiv. Am „Tribunal NSU-Komplex auflösen“ in Köln hat er sich engagiert beteiligt.
Mit Menschen aus allen Ländern und Kontinenten schloss Yusuf, teils auf fast nonverbaler Ebene schnell solidarisch Freundschaft.
Seine persönlichen Leidenschaften neben den Büchern waren das Wandern und das Singen/Musizieren.
In einem Arbeiterchor hat Yusuf mit seiner tiefen Stimme viel Klangfarbe beigetragen.
Bei Konferenzen oder Sommercamps haben alle GenossInnen beim abendlichen gemütlichen Zusammensein auf Yusuf und seine Saz gewartet. Ob in Deutsch, Türkisch oder Kurdisch textsicher führte er uns durch viele ArbeiterInnenlieder und Märsche. Nach intensiven Diskussionen ließen wir uns auf den Melodien durch die Zeitgeschichte der ArbeiterInnenbewegung tragen. So atmeten wir die Hoffnungen, die Zuversicht vergangener Kämpfe.
Die Stärke der RevolutionärInnen, ihr Kampfgeist, die Siege der ArbeiterInnenklasse und der Völker beflügelten uns zu neuen Ufern. Nach schwerverdaulicher Theorie und intensiver politischer Debatte waren diese Liederabende Yoga für Herz und Geist!
Das Private war politisch – das Politische privat. Yusuf lebte nach diesem Prinzip des Kommunismus. Seine privaten Bedürfnisse stellte er hinten an. Vorrang hatte die kommunistische Arbeit.
Selten hielt er die Organisation mit seinen privaten Problemen und Sorgen auf. Auch als er krank wurde und dann später mit der schweren Krankheit zu kämpfen hatte, ließ er von der Parteiarbeit nicht ab.
Seine persönliche Vorliebe für das Wandern war eng verbunden mit der Erinnerung an seine Kindheit und seine Mutter. Die weiten Ebenen und hohen Bergen waren der Fluchtpunkt zur Enge des Dorfes, bzw. der Kleinstadt. Und am Ende wollen wir nicht vergessen, Yusuf war beim Essen ein Genussmensch, und am liebsten war ihm so eine richtige Brotzeit!
Wir vermissen dich Genosse Yusuf!
Wir vermissen deine Energie und Ausdauer!
Wir vermissen deine Liebe zu den Menschen!
Wir vermissen dich, du Kämpfer und streitbarer Geist!

Wir danken allen GenossInnen, politischen Organisationen und FreundInnen, die uns solidarisch ihr Beileid und ihre Erinnerungen an Yusuf mitgeteilt haben.

AN DIE REVOLUTIONÄRE ÖFFENTLICHKEIT

Unser Genosse **Yusuf**, unermüdlicher Kämpfer für eine neue Welt ohne Grenzen und Ausbeutung, ein im wahrsten Sinne des Wortes bolschewistischer Kader ist an einem Frühlingsabend begleitet von seiner geliebten Genossin verstorben.

Er hatte seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland und wurde wegen einer schweren Erkrankung seit einiger Zeit medizinisch behandelt. Niemand von uns, vor allem auch nicht **Yusuf** selbst, hat erwartet, dass die Krankheit so schnell fortschreitet. Trotz aller Bemühungen der ÄrztInnen hat die Krankheit ihn in seinen produktivsten Jahren mit 57 Jahren aus dem Leben gerissen.

Unsere Trauer, unser Schmerz und unser Verlust sind grenzenlos.

Ein hervorragender Kopf
ein hervorragendes Herz
mit seinen Fäusten Mann
mit seinen Augen Kind
war er.
Ein grenzenloser und gottloser Kopf
war er.
Ein Genosse war er.
(...)
Die Feinde sollen Henna verbrennen
FreundInnen sollen sich einreihen

Nâzım Hikmet

Genosse **Yusuf**, geboren 1964 in Maraş im Bezirk Pazarcık, war das zweite Kind einer armen, alevitischen Bauernfamilie. Schon als Kind musste er, um das Einkommen der Familie abzusichern, auf dem Feld arbeiten. In seinem weiteren Leben hat er in verschiedenen Betrieben als Arbeiter gearbeitet. Aufgrund der Armut konnte er nur die fünfjährige Dorfschule besuchen. Als er nach Deutschland kam, hatte er keine Möglichkeit, weitere bürgerliche Schulbildung zu erhalten, außer als junger Arbeiter einige Berufslehrgänge oder Integrationskurse zu absolvieren.

Aber **Yusuf** hat sich in seiner Entschlossenheit, die Welt zu verstehen und zu verändern, selber so geschult und soviel Wissen angeeignet, dass er jede bürgerliche Schulbildung, welchen Grades auch immer, übertraf. Seinen Wissensschatz, den er beständig erweiterte, nutzte er als Waffe im Klassenkampf und konnte ihn mit seinem phänomenalen Gedächtnis jederzeit abrufen.

Von allen Menschen, die ihn kannten, wurde er dafür hochgeachtet und bewundert. Er war ein Prolet, der sich auch zu einem Theoretiker des Marxismus-Leninismus entwickelte. Er war unser „Telija".

Unser Genosse **Yusuf** war ein in jeder Hinsicht beispielhafter Kommunist, der sein ganzes Leben dem Kampf der Befreiung der „großen Menschheit" gewidmet hat.

- Er war mit seinem mit marxistisch-leninistischem Bewusstsein gewappneten Klassenstandpunkt ein hervorragender proletarischer Kader.
- Er war ein im Kampf unermüdlicher, opferbereiter Kader, der alle Aufgaben, ob klein oder groß mit der selben Ernsthaftigkeit anging. Er war einer, bei dem das Wort und die Tat übereinstimmten.
- Er war in der politischen Auseinandersetzung kompromisslos gegen jede Meinung, die er als falsch einschätzte.
- **Yusuf** war ein Genosse, der früh verstanden hatte, dass die wichtigste Waffe des Proletariats in seinem Kampf für die Befrei-

GENOSSE YUSUF
1964 - 2021

ung eine bolschewistische Partei ist, die in ihrem Kern aus professionellen Kadern besteht. Diese Wahrheit hat er in seiner Praxis seit seinem 18. Lebensjahr in den Reihen der Bolschewiki, die er als seine politische Heimat bewusst ausgewählt hat, gelebt und leben lassen.

Er war eines der konkretesten Beispiele des Verständnisses, „Wo ich bin, da ist auch die Partei“ und „Die Partei, das bin ich“.

Genosse **Yusuf** hat in der Bolschewistischen Partei (Nordkurdistan/Türkei) seit seinem 18. Lebensjahr organisiert gearbeitet und hat wichtige Funktionen ausgeübt. Bei der Gründung der Sektion Nord Kurdistan, später BP Nordkurdistan hat er eine große Rolle gespielt.

Nach der Auflösung der Auslandsorganisation der BP(NK/T) auf der Grundlage der Politik der Neuausrichtung der Auslandsarbeit, hat Genosse **Yusuf** als kommunistischer Kader in den Reihen der Bolschewistischen Initiative Deutschland/Trotz alledem! bis zu seinem leider viel zu frühen Tode weiter gearbeitet.

Er hat sich als unermüdlicher Theoretiker in die deutsche Sprache hinein gearbeitet und wichtige Beiträge wie zum Beispiel die Analyse der DDR-Geschichte geleistet. Gleichzeitig war er einer der wichtigsten Propagandisten der Politik der Organisation, ein beliebter und geschätzter Redner in Veranstaltungen.

Der Genosse **Yusuf** war ein Internationalist, der seine Identität als „Mensch“ definierte. Er war ein beispielhafter Revolutionär, der nach dem Motto lebte Revolutionär zu sein, bedeutet bis zum letzten Atemzug für die Revolution zu kämpfen.

Sein Verlust ist nicht nur für uns ein Verlust, sondern für alle Menschen, die in ihren Herzen für den Kampf um die Befreiung der großen Menschheit sind.

Yusuf ist gestorben, aber er lebt weiter im bolschewistischen Kampf!

Wir werden unsere Liebe zu ihm zeigen, indem wir unsere Trauer und unseren Schmerz in Energie für unseren Kampf umwandeln.

Das ist, was unser **Yusuf** von uns allen fordert und wünscht.

10. März 2021

e ANTIKAPITALISTISCH e ANTIRASSISTISCH e ANTIFASCHISTISCH
e ANTIPATRIARCHAL e ANTIIMPERIALISTISCH

KLASSENKAMPF!

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!